



Nr. 411 | 16.12.2021
Russland-Analysen

Memorial

<p>■ VON DER REDAKTION С Новым Годом – с Рождеством – Frohes Fest! 2</p> <p>■ DOKUMENTATION Ausschnitt aus der Friedensnobelpreisrede von Dmitrij Muratow zu Memorial, 10. Dezember 2021 2</p> <p>■ DEKODER Memorial Manuela Putz (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen) 3</p> <p>■ UMFRAGEN Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum 6</p> <p>■ DOKUMENTATION Anträge der Staatsanwaltschaften 7</p> <p>■ INTERVIEW »Die Auflösung von Memorial wäre ein symbolischer Akt gegen die ganze Zivilgesellschaft in Russland« Irina Scherbakowa (Memorial, Moskau) 8</p> <p>»Der Selbsterhaltungsinstinkt der Machthabenden funktioniert nicht mehr« 10 Swetlana Gannuschkina (Bürgerhilfe und Memorial, Moskau)</p> <p>■ KOMMENTAR Die Büchse der Pandora: »Wenn sie schon mit Memorial so umspringen, dann...« 13 Swetlana Makowezkaja (Zentrum GRANI, Perm; Mitglied des Menschenrechtsrates beim Präsidenten der Russischen Föderation)</p> <p>■ DOKUMENTATION Der Menschenrechtsrat ist besorgt wegen Memorial* 16 Kommentar von Wladimir Putin zu Memorial bei der gemeinsamen Sitzung des Präsidenten mit dem Menschenrechtsrat am 09.12.2021 16</p> <p>■ KOMMENTAR Wendejahre: Von der Zurückdrängung zur Auflösung Grigorij Ochotin (OWD-Info, Moskau) 17</p> <p>Angriff des Kreml auf Memorial 19 Nikolay Petrov (Chatham House, London)</p> <p>Feinde ringsum. »Der Westen« als Gefahr für Russlands innere Sicherheit 21 Hans-Henning Schröder (Bremen)</p>	<p>Déjà-vu 23 Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)</p> <p>Memorial als wichtiger geschichtswissenschaftlicher Akteur 25 Martin Aust (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)</p> <p>Ein Refugium der Freiheit wird zerstört 26 Marieluise Beck (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)</p> <p>Der Fall Memorial und die Instrumente des Europarats 27 Caroline von Gall (Universität zu Köln)</p> <p>Memorial im Nordkaukasus 29 Marit Cremer (Fachhochschule Potsdam und MEMORIAL Deutschland)</p> <p>Verzichtbar? Der Einsatz für Religions- und Gewissensfreiheit durch das Menschenrechtszentrum Memorial 31 Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS, Berlin)</p> <p>Der Fall Memorial: Ist das russische »Ausländische-Agenten«-Gesetz reformierbar? 33 Fabian Burkhardt (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)</p> <p>■ DEKODER Warum der Schlag gegen Memorial ein Schlag gegen Deutschland ist 35 Maxim Trudoljubow (Kennan-Institut und Meduza)</p> <p>■ NOTIZEN AUS MOSKAU Memorial und die Hoffnung 38 Jens Siegert (Moskau)</p> <p>■ DOKUMENTATION Fokus Memorial der Zeitschrift OSTEUROPA 40 Ausgewählte Stellungnahmen zur drohenden Auflösung von Memorial International und des Menschenrechtszentrums Memorial und zur zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland 42</p> <p>■ CHRONIK Covid-19-Chronik, 16. November – 03. Dezember 2021 46</p> <p>■ CHRONIK 15. November – 03. Dezember 2021 48</p>
--	--

VON DER REDAKTION

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Eigentlich hatte die Redaktion der »Russland-Analysen« für Dezember ganz andere Pläne. Dann kamen die Anträge der Staatsanwaltschaften auf Auflösung von *Memorial International* und vom *Menschenrechtszentrum Memorial*. Dieser beispiellose Vorgang verdeutlicht wie unter einem Brennglas, wie sich die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft in den dreißig postsowjetischen Jahren in Russland entwickelt haben. Mit dieser Ausgabe wollen wir einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung von Memorial für Russland, aber auch für Deutschland, einzuordnen.

Im neuen Jahr ist wieder eine thematische Breite an Ausgaben zur Regimetransformation, Wirtschaft im Fernen Osten, Kosaken, Covid-19, politischen Gefangenen und politischem Exil geplant.

Zunächst aber wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Fabian Burkhardt, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

DOKUMENTATION

Ausschnitt aus der Friedensnobelpreisrede von Dmitrij Muratow zu Memorial, 10. Dezember 2021

Derzeit kämpfen in Russland zwei Tendenzen gegeneinander.

Einerseits unterstützt der Präsident Russlands die Errichtung eines Denkmals anlässlich des hundertsten Geburtstags des Akademiemitglieds Sacharow.

Andererseits fordert die Generalstaatsanwaltschaft in unserem Land, die Gesellschaft Memorial aufzulösen. Memorial beschäftigt sich mit der Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Repressionen. Die Staatsanwälte beschuldigen sie jedoch, »Menschenrechtsverstöße« zu begehen. Vielleicht deswegen, weil in Russland der FSB [Inlandsgeheimdienst, Anm. d. Redaktion] vor kurzem erneut die Namen der stalinistischen Ermittler und Henker für geheim erklärt hat?

Ich möchte daran erinnern, dass Memorial von Sacharow gegründet wurde.

Vielleicht ist ein Denkmal für den verstorbenen Sacharow ungefährlicher als sein lebendiges, aktives Projekt?

Memorial ist kein »Feind des Volkes«.

Memorial ist ein Freund des Volkes.

Quelle: Friedensnobelpreisrede von Dmitrij Muratow, Nowaja Gaseta, 10. Dezember 2021, <https://novayagazeta.ru/articles/2021/12/10/antidot-ot-tiranii>.

Memorial

Manuela Putz (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Moskau 1988. Ein hageres Gesicht, zur Hälfte Totenkopf, prangt von einem grellroten Plakat. Dazu eine Nummer: № 700454. Dahinter verbirgt sich ein Spendenkonto, das Plakat ruft dazu auf, ein »Denkmal für die Opfer ungesetzlicher Repressionen« zu errichten. Initiiert wird diese für die Sowjetunion ungewöhnliche Aktion 1987–1988 von Aktivist:innen, die bald unter dem klingenden Namen Memorial (lat. Andenken) firmieren sollen. In der Zeit der Perestroika werden ihre Rufe nach Aufarbeitung der politischen Repressionen, insbesondere unter Stalins Herrschaft, immer lauter. Das Schweigen soll durchbrochen werden und an die Millionen Opfer erinnert werden, die im Arbeitslagersystem Gulag inhaftiert waren, zwangsumgesiedelt wurden und dort den Kälte- oder Hungertod gestorben sind oder auf dem Höhepunkt des Massenterrors 1937–38 erschossen wurden.

Die Tätigkeit von Memorial entwickelte sich von Anfang an allen staatlichen Hürden und zahlreichen Einschüchterungs- und Behinderungsversuchen seitens der sowjetischen und russischen Behörden zum Trotz. Doch in den vergangenen Jahren gerieten sowohl die Organisation selbst, als auch die einzelnen Mitglieder unter besonderen Druck. Einige lokale Mitarbeiter, wie Juri Dmitrijew von Memorial Karelien, befinden sich in Haft. 2016 wurde Memorial International als »ausländischer Agent« gebrandmarkt, 2021 droht der Organisation nun die Auflösung.

Die Anfänge der Memorial-Bewegung stehen ganz im Kontext der Reformen von Michail Gorbatschow Ende der 1980er Jahre. Perestroika und Glasnost ermöglichen einen gesellschaftlichen Aufbruch, lassen informelle Klubs und Gruppierungen entstehen und fördern eine bisher ungekannte Diskussionskultur. Diese wird von der Liberalisierung der Presse- und Medienlandschaft zusätzlich begünstigt. Diese Atmosphäre bildet den idealen Nährboden für die Entstehung von Memorial als eine der ersten unabhängigen Vereinigungen, die nicht von der Kommunistischen Partei gegründet werden.

Geburt von Memorial

Bereits 1987 formiert sich eine Initiativgruppe, die sich mit dem Appell, einen zentralen Gedenkort für die Opfer politischer Repressionen einzurichten sowie ein Informations- und Aufklärungszentrum aufzubauen, an den Obersten Sowjet der Sowjetunion wendet. Im Juni 1988 findet mit der Kundgebung von Memorial eine der ersten offiziell genehmigten Kundgebungen

in Moskau statt. Auf ihr tritt spontan der aus der Verbannung zurückgekehrte Bürgerrechtler Andrej Sacharow auf. Auch andere Wissenschaftler:innen und Kunst- und Literaturschaffende wie Bulat Okudshawa, Anatoli Pristawkin oder Jewgeni Jewtuschenko sprechen der Initiative ihre Unterstützung aus.

Viel wichtiger ist in diesem Moment jedoch der Zuspruch und das Interesse der breiten Bevölkerung. Zehntausende unterstützten die Unterschriftenaktion zur Gründung von Memorial und die damit verbundene Forderung nach einem angemessenen Gedenken. Nicht nur in Moskau, sondern vor allem auch in den russischen Regionen. Zwischen 1988 und 1990 lassen sich eine Vielzahl eigenständiger Memorial-Vereine registrieren, die auf lokaler Ebene aktiv werden. Trotz großer Widrigkeiten kann schließlich im Januar 1989 die »unionsweite freiwillige Gesellschaft für historische Aufklärung Memorial« gegründet werden, in der Gruppen aus mehr als hundert Städten vertreten sind.

Der Gründung voraus gehen mehrmonatige Grabenkämpfe zwischen jenen, die die sowjetische Führung und Staatssicherheitsorgane rechtlich zur Verantwortung ziehen wollen, und anderen, die eine gemäßigte Linie verfolgen. Die Kommunistische Partei versucht Einfluss zu nehmen, die Ziele von Memorial an sich zu reißen und ergeht sich in Schikanen, wie dem Einfrieren des Spendenkontos. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird der Dachverband 1992 als Memorial International registriert und parallel dazu das Moskauer Menschenrechtszentrum von Memorial gegründet. Das Logo der Memorial-Organisationen ist eine entzündete Kerze zum Andenken an die Opfer der Repressionen.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Im November 1988 wird in einem Moskauer Kulturhaus die sogenannte Woche des Gewissens organisiert, die einen imposanten Auftakt zu einer Vielzahl von Ausstellungsprojekten mit Archivcharakter geben soll. Auf einer meterhohen halbrunden Wand werden Dokumente Repressierter ausgestellt, versehen mit Lebensdaten und persönlichen Notizen. Diese Dokumente erhielt Memorial nach einem Aufruf an die Leserinnen und Leser in der Zeitschrift Ogonjok, in dem es darum ging, der Redaktion Entwürfe für ein Denkmal, persönliche Unterlagen wie Rehabilitationsurkunden oder Fotografien von Opfern der Repressionen aus der eigenen Familie zu übersenden. Die Resonanz, sowohl auf den Aufruf als auch auf die Ausstellung, ist unerwartet groß. Vor dem Einlass bilden sich lange Schlangen. Eine

Teilnehmerin erinnert sich, dass diese Art der öffentlichen Darstellung vollkommen neu war: »Eine absolut unglaubliche Euphorie und ein Gefühl, dass sich plötzlich ein Fenster öffnet und frische Luft hereinweht.« (<https://urokiistorii.ru/articles/moi-zdes>)

Nicht allein aufgrund seiner Wirksamkeit in der Öffentlichkeit, sondern auch durch gezielte Sammlungstätigkeit überantworten ehemals Repressierte Memorial persönliche Dokumente, die gemeinsam mit Kopien aus staatlichen Archiven und Interviews mit Zeitzeug:innen später den Grundstein für den Aufbau der Archivbestände von Memorial in Moskau legen. Neben den Stalinschen Repressionen dokumentiert das Archiv von Memorial International auch die Geschichte der Dissidentenbewegung nach 1953 sowie das Schicksal von Ostarbeitern und wird von einer Spezialbibliothek flankiert. Seine außerordentliche Bedeutung als Russlands unbequemes Gedächtnis ist unbestritten.

Russlands unbequemes Gedächtnis

Mit ihrem Fokus auf die Darstellung einzelner Schicksale wird die Woche des Gewissens auch zur Vorreiterin der Aktion Rückgabe der Namen. Jedes Jahr rund um den 30. Oktober, dem offiziellen Gedenktag der Opfer politischer Verfolgung, verlesen Memorial-Mitglieder über viele Stunden hinweg Namen und Lebensdaten Repressierter. In Moskau findet die Aktion vor dem ehemaligen KGB-Gebäude auf dem Lubjanka-Platz statt. An diesem Ort wird am 30. Oktober 1990 der Solowezki-Stein eingeweiht, der zum zentralen Denkmal für die Opfer politischer Repressionen wird. Damit kann Memorial noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine seiner maßgeblichen Forderungen umsetzen.

In den folgenden Jahren entstehen viele weitere Gedenkort. So ist Memorial auch Mitbegründer der Initiative, die am Standort des ehemaligen Straflagers Perm-36 ein Museum für die Geschichte der politischen Repressionen aufgebaut hat. Auch einzelne Orte von Massenerschießungen wie etwa im karelischen Sandarmoch, werden als Erinnerungsorte markiert. Mit der Eröffnung eines Virtuellen Gulag-Museums verlagern sich die Aktivitäten zusätzlich ins Netz. (<http://www.gulagmuseum.org/start.do;jsessionid=AE4B32BB764EC728DE4272D6970E31D0>)

Die knapp einhundert einzelnen Memorial-Organisationen in Russland und im Ausland (unter anderem in der Ukraine, in Kasachstan, Litauen und seit 1993 in Deutschland) realisieren unzählige Ausstellungen, Forschungs- und Archivprojekte und veröffentlichen Hunderte Publikationen. Allen voran die sogenannten Gedenkbücher mit biographischen Angaben Repressierter, die Datenbank Opfer des politischen Terrors in der UdSSR, die über eine Million Personeneinträge beinhaltet, aber auch regelmäßige Zeitschriften und eine Viel-

zahl an Forschungsliteratur zum Gulagsystem und den Staatssicherheitsorganen.

Seit 1999 findet regelmäßig der Geschichtswettbewerb Der Mensch in der Geschichte. Russland im 20. Jahrhundert statt. Schülerinnen und Schüler blicken auf die Geschichte der Repressionen durch das Prisma ihrer eigenen Familiengeschichte oder ihres unmittelbaren Umfelds. (<https://urokiistorii.ru/>)

Menschenrechtsarbeit

Von Beginn an steht die Arbeit des Dachverbands Memorial International als auch der regionalen Vereine auf mehreren Standbeinen und wird lokal individuell gewichtet. Dabei setzt man sich nicht nur die historische Aufarbeitung und das Gedenken an die Repressionsopfer zum Ziel. Einzelne Memorial-Abteilungen konzentrieren sich auch auf Menschenrechtsarbeit im klassischen Sinne: Sie bieten sowohl Rechtsbeistand und juristische Konsultationen für Betroffene an und übernehmen außerdem auch die Aufgabe eines Interessenvertreters in gesamtgesellschaftlichen Belangen – wie im Falle der Ausarbeitung der Gesetzgebung zur Rehabilitierung der Opfer. Zudem koordiniert Memorial in vielen Regionen die Arbeit von Ehrenamtlichen, die sich sozial engagieren und ehemalige Repressierte oder deren Angehörige zusätzlich versorgen. Das Menschenrechtszentrum von Memorial beschäftigt sich zudem in seiner Arbeit fortan mit der Menschenrechtslage und seit Beginn der Tschetschenienkriege vorrangig mit den Konflikten und den daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen im Kaukasus, auch nach dem offiziellen Ende der Kriege in der Region.

Gedenken und Menschenrechte im Konflikt

Im Verlauf des über dreißigjährigen Bestehens von Memorial wird der Verband mit seinen vielgestaltigen Aktivitäten zu einem der wichtigsten Akteure der russischen Zivilgesellschaft. Er ist wohl auch eine ihrer bekanntesten Stimmen im Ausland. Dabei bildet der Menschenrechtsgedanke die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart; die wenig ausgeprägten Hierarchien sowie die lebendige Diskussionskultur sind die Stärke von Memorial.

Die Spielräume für Memorial-Organisationen in den einzelnen Regionen sind allerdings oftmals sehr unterschiedlich und von der Ausrichtung der jeweiligen Projekte und dem jeweiligen Zeitpunkt abhängig. Vor allem im Bereich der Menschenrechte im Kaukasus kommt es zu teils brutalen Übergriffen auf Aktivist:innen. So wird 2009 Natalja Estemirowa ermordet, Mitarbeiterin von Memorial in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny und enge Kollegin der ebenfalls ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja. Der Büroleiter des Menschenrechtszentrums von Memorial in Grosny, Ojub Titijew,

wird 2018 wegen angeblichen Drogenkaufs und -transportes verhaftet. Das Büro im inguschetischen Nasran wird einige Tage später Ziel eines Brandanschlags. Nicht nur im Kaukasus, sondern punktuell auch in anderen Regionen gerät Memorial unter Druck. Für große Resonanz sorgt unter anderem die Verhaftung und das konstruierte Gerichtsverfahren gegen Juri Dmitrijew in der Republik Karelien.

Es ist schließlich jedoch das Agentengesetz, das die Arbeit von Memorial gemeinsam mit einer Vielzahl weiterer NGOs grundsätzlich auf den Prüfstein stellte. Als das Gesetz in Reaktion auf die massiven Proteste von 2011/2012 in Kraft tritt, folgen unmittelbar Schmierereien am Sitz der Organisation in Moskau. Zwischen 2014 und 2016 werden mehrere Memorial-Organisationen, darunter das Menschenrechtszentrum von Memorial, Memorial International, aber auch Memorial-Vereinigungen in Jekaterinburg, Sankt Petersburg und Rjasan, als sogenannte »ausländische Agenten« registriert. Seither müssen sie ihre Veröffentlichungen mit einem entsprechenden Hinweis versehen. Memorial verurteilt diese NGO-Gesetzgebung offen und wird in mehreren Gerichtsprozessen zu hohen Geldstrafen wegen Nichtbeachtung der damit verbundenen Auflagen verurteilt. Diese können jedoch mit Hilfe von Spendenaktionen beglichen werden.

Am 11. November 2021 schließlich geht bei Memorial International die Klage der russischen Generalstaats-

anwaltschaft ein. Diese fordert mit dem Vorwurf, gegen die Agentengesetzgebung zu verstoßen, die Organisation aufzulösen. Parallel dazu wird dem Menschenrechtszentrum von Memorial eine gleichlautende Klage zugestellt. Die Klagen gegen beide Organisationen mobilisieren viele Unterstützer:innen im In- und Ausland, die sich mit zahlreichen Aufrufen, Petitionsschriften sowie an der von Memorial gestarteten Kampagne #MeMemorial / #МыМемориал beteiligen.

Doch was sind die Motive dahinter: Geht es in einem zunehmend repressiven Klima darum, einen weiteren unabhängigen Akteur zu kontrollieren, auszuschalten? Geht es darum, die Deutungsmacht über die Geschichte zu erlangen (der Journalist Oleg Kaschin spricht von einer »Bestrafung des historischen Erinnerns«) – und damit auch um einen Shift in der offiziellen Geschichtspolitik, in der kritische Nischen bislang noch einen Platz hatten? Geht es beim Vorgehen um die international bekannte Organisation nicht nur um ein Signal nach innen, sondern nach außen, an den Westen – wie es etwa Maxim Trudoljubow und auch Memorial-Mitbegründerin Irina Schtscherbakowa vermuten? Spielt all dies zusammen? Darüber lässt sich nur mutmaßen. Irina Schtscherbakowa geht im Podcast von Memorial Deutschland jedoch davon aus: »Das ist keine juristische, sondern eine politische Entscheidung von ganz oben.«

Stand: 24.11.2021

Über die Autorin:

Manuela Putz ist promovierte Historikerin und Wissenschaftsmanagerin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte von Lagerhaft und Dissens, alternativer Literatur und inoffizieller Kunst in der Sowjetunion nach Stalin.

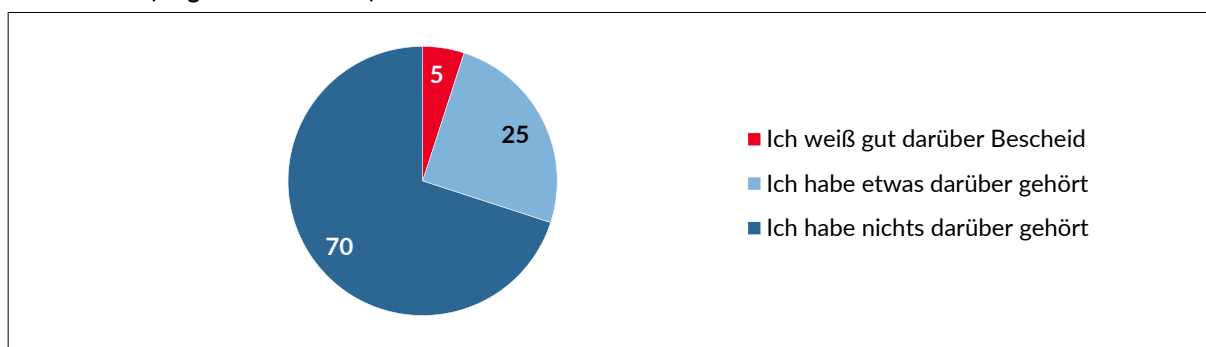
Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoer.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoer für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

UMFRAGEN

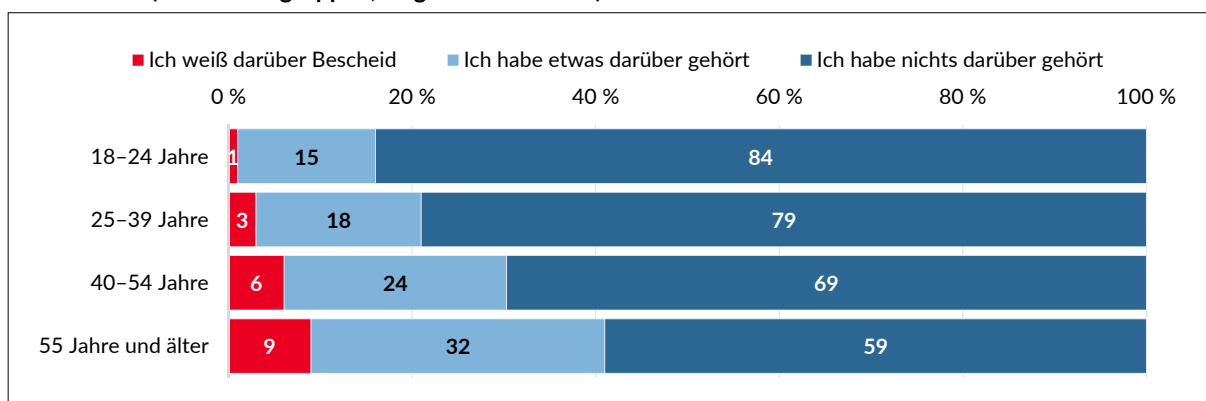
Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum

Grafik 1: Wissen Sie über die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisation Memorial Bescheid? (Angaben in Prozent)



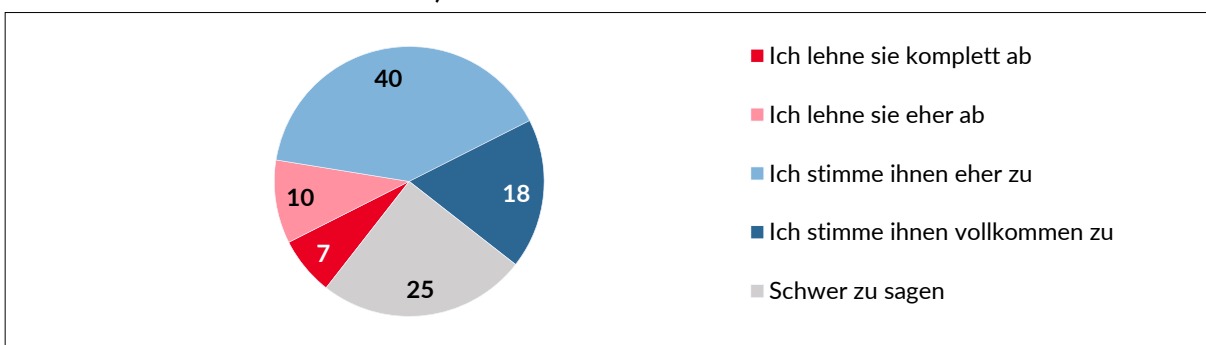
Quelle: Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum, 03.12.2021, <https://www.levada.ru/2021/12/03/obshhestvennoe-mnenie-o-likvidatsii-memoriala/>

Grafik 2: Wissen Sie über die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisation Memorial Bescheid? (nach Altersgruppen; Angaben in Prozent)



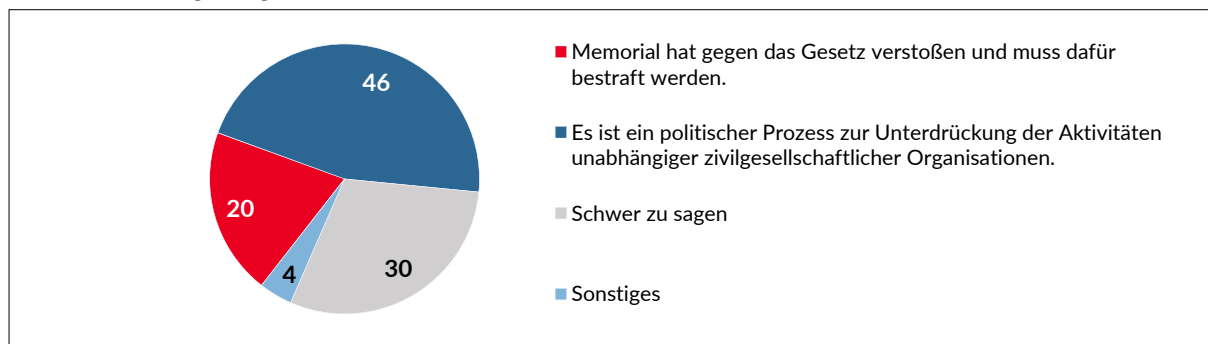
Quelle: Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum, 03.12.2021, <https://www.levada.ru/2021/12/03/obshhestvennoe-mnenie-o-likvidatsii-memoriala/>

Grafik 3: Wie stehen Sie zu den Aktivitäten von Memorial? (Angaben in Prozent von denen, die gut über Memorial Bescheid wissen)



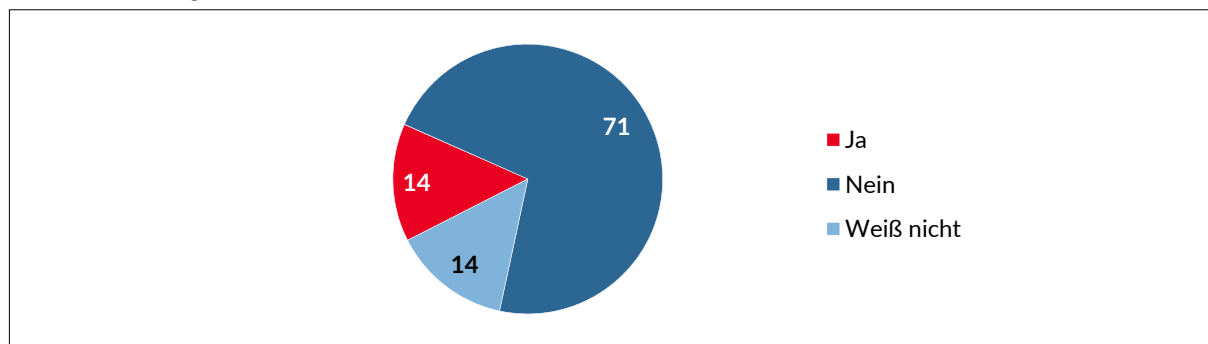
Quelle: Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum, 03.12.2021, <https://www.levada.ru/2021/12/03/obshhestvennoe-mnenie-o-likvidatsii-memoriala/>

Grafik 4: Die Staatsanwaltschaft hat nun ein Verfahren zur Auflösung von Memorial mit der Begründung eingeleitet, die Organisation würde gegen das Gesetz über »Ausländische Agenten« und den Kampf gegen Extremismus verstoßen. Welche der folgenden Aussagen entspricht am ehesten ihrer Meinung? (Angaben in Prozent)



Quelle: Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum, 03.12.2021, <https://www.levada.ru/2021/12/03/obshhestvennoe-mnenie-o-likvidatsii-memoriala/>

Grafik 5: Gibt es in ihrer Familie oder unter ihren Angehörigen Opfer der stalinistischen Repression? (Angaben in Prozent)



Quelle: Öffentliche Meinung zur Liquidierung von Memorial, Lewada-Zentrum, 03.12.2021, <https://www.levada.ru/2021/12/03/obshhestvennoe-mnenie-o-likvidatsii-memoriala/>

DOKUMENTATION

Anträge der Staatsanwaltschaften

Antrag der Generalstaatsanwaltschaft der Russländischen Föderation auf Auflösung von Memorial International

Der vollständige Antrag in deutscher Übersetzung im »Fokus Memorial« der Zeitschrift OSTEUROPA: <https://zeitschrift-osteuroopa.de/blog/antrag-der-moskauer-generalstaatsanwaltschaft-auf-aufloesung-von-memorial-international/>

Staatsanwaltschaft Moskau fordert Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial

Die Staatsanwaltschaft Moskau hat beim Moskauer Stadtgericht die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial beantragt. Der Antrag stammt vom 8.11.2021, am heutigen 12.11.2021 ist der vollständige Antrag Memorial gestellt worden. Aus ihm geht hervor, dass das Menschenrechtszentrum Memorial nicht nur »die Mitteilung unterlässt, dass es in der Funktion eines ausländischen Agenten auftritt«, sondern dass in seinen Schriften auch Anzeichen der Rechtfertigung von Extremismus und Terrorismus vorlägen.

Kurze Zusammenfassung des Antrags im »Fokus Memorial« der Zeitschrift OSTEUROPA in deutscher Sprache: <https://zeitschrift-osteuroopa.de/blog/staatsanwaltschaft-moskau-fordert-aufloesung-des-menschenrechtszentrums-memorial/>

INTERVIEW

»Die Auflösung von Memorial wäre ein symbolischer Akt gegen die ganze Zivilgesellschaft in Russland«

Irina Scherbakowa (Memorial, Moskau)

Russland-Analysen: An welchen Projekten haben Sie dieses Jahr gearbeitet?

Scherbakowa: Ich bin Vorsitzende des Wissenschaftlichen Informationszentrums von Memorial International und in dieser Funktion hauptsächlich für die historische Arbeit verantwortlich. Daher bin ich an mehreren Projekten beteiligt, die von Memorial durchgeführt wurden und werden, zum Beispiel an der Ausstellung »Der Stoff«, die der Erinnerung an Frauen im Gulag auf der Basis unserer Sammlungen gewidmet ist und seit dem 4. Oktober in unserem Saal gezeigt wird. Wir bereiten gerade den Ausstellungskatalog vor, der Anfang nächsten Jahres in Druck geht. Zu Beginn dieses Jahres haben wir noch eine weitere Ausstellung gezeigt, die Andrej Sacharow, seiner Rolle bei der Gründung von Memorial und seinem letzten Lebensjahr gewidmet war: »Sacharow und Memorial. Das letzte Jahr«. In der ersten Jahreshälfte fand wieder der Schülerwettbewerb statt, allerdings wegen der Pandemie nur online. Wir haben vor kurzem einen Preis für unser Zwangsarbeiterbuch »Für immer gezeichnet« (das auf Deutsch beim Ch. Links Verlag erschienen ist) in der Schweiz bekommen. Das Buch wurde vor zwei Wochen auch auf Englisch veröffentlicht. Insgesamt laufen also viele Projekte im Bereich der historischen Aufarbeitung.

Russland-Analysen: Welche Folgen könnte eine mögliche Auflösung von Memorial International für diese Projekte haben?

Scherbakowa: Ganz so einfach ist es nicht. Was kann eine NGO wie Memorial, die kaum über viele Gelder verfügt und viel schwächer als der Staat ist, erreichen, wenn das Thema der historischen Aufarbeitung ein so gewaltiges ist? Wenn es um das Leben von Millionen geht und das Land so riesig ist? Wir waren uns immer bewusst, dass unsere Kräfte sehr begrenzt sind, und dass wir als aufklärerische und historische Institution eigentlich nur die Erinnerung an den sowjetischen Terror aufrechterhalten können. Man kann nicht alles vernichten und verbieten, was in den 30 Jahren nach der Perestrojka zu diesem Thema geleistet wurde. Es ist sehr viel publiziert worden, es sind im Land Denkmäler errichtet worden, es gibt ein staatliches Gulag-Museum in Moskau, und es wurde ein staatliches Denkmal aufgestellt, das an die Opfer erinnert.

Russland-Analysen: Wie würden Sie die Rolle von Memorial als Teil der russischen Zivilgesellschaft beschreiben? Welches Signal sendet die Klage der Staatsanwaltschaft gegen Memorial International an die russische Zivilgesellschaft?

Scherbakowa: Die Menschen in Russland begreifen sehr wohl, in welche Richtung sich die staatliche Ideologie bewegt. Als Memorial sind wir in den letzten Jahren immer wieder angegriffen worden. Wir sind als »ausländische Agenten« eingestuft worden, und unsere Veranstaltungen wurden nur zähneknirschend zugelassen. Die Pandemie hat zusätzlich dazu beigetragen, dass die »Rückgabe der Namen«, also jene Gedenkveranstaltung, bei der in ganz Russland die Namen der Erschossenen verlesen werden und die in Moskau am Solowezkij-Stein zu einer immer größeren Veranstaltung mit tausenden Menschen wurde, wegen Corona-Auflagen von den Behörden untersagt wurde. Das war offensichtlich nur ein Vorwand, denn gleichzeitig fanden staatliche Veranstaltungen statt, die nicht einmal im Freien, sondern drinnen durchgeführt wurden. Die Behörden haben die Pandemie ausgenutzt, um unsere Gedenkveranstaltungen zu verbieten. Für die Menschen ist das ein deutliches Signal und ein Grund dafür, warum die drohende Auflösung von Memorial so hohe Wellen schlägt. Denn so schwach wir auch sein mögen: Für die Menschen im Land ist klar, dass die Auflösung von Memorial ein symbolischer Akt gegen die ganze Zivilgesellschaft wäre. Der Staat kann sich ab und zu etwas erlauben, sogar die Erinnerung an die Opfer des sowjetischen Terrors (und, das muss ich unterstreichen: viel weniger an die Täter). Aber Memorial ist eine NGO, die sich unabhängig gemacht hat und eigenständig Geld für ihre Projekte einwirbt. Unsere Aufarbeitung der Geschichte passt nicht zum vorherrschenden Patriotismus, der auf nationalen Stolz und Nationalismus baut. Deswegen sollen wir verboten werden. Das ist für die Menschen ein Signal, dass der Staat dabei ist, die letzte Schwelle zu überschreiten. Das ist auch der Grund, warum sich bei uns viele Menschen gemeldet und ihre Empörung oder ihre Solidarität bekundet haben. Allerdings sind wir, offen gesagt, in der Minderheit, sonst wäre es nie so weit gekommen. Aber die Unterstützung dieser Minderheit in der Bevölke-

rung ist sehr viel größer als in den 1990er Jahren. Damals war es eine Selbstverständlichkeit, dass es einige Organisationen gibt, die sich öffentlich mit der Aufarbeitung der Geschichte beschäftigen, ohne sich der Gefahr eines Verbots auszusetzen. Die Zeiten haben sich jedoch geändert, und das macht den Menschen natürlich Angst und empört sie.

Russland-Analysen: Sie haben das Gesetz über »ausländische Agenten« erwähnt, auf das sich die Staatsanwaltschaft bezieht. Gleichzeitig machen verschiedene Organisationen, teilweise auch Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, wie OWD-Info, Vorschläge, wie das Gesetz über »ausländische Agenten« reformiert werden könnte. Einige meinen, das Gesetz sollte komplett abgeschafft werden. Andere wie der Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratow schlagen Nachbesserungen vor. Kann dieses Gesetz reformiert werden?

Scherbakowa: Momentan sehe ich keine Anzeichen dafür, dass das Gesetz wirklich reformiert werden kann. Memorial hat in Russland mehrmals gegen dieses Gesetz geklagt, wir haben immer verloren. Eine Sammelklage liegt seit etwa zehn Jahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ohne dass das Gericht darüber befunden hätte. In unseren Augen ist das Gesetz nicht mit der russischen Verfassung und den Grundrechten vereinbar. Es ist so breit formuliert, dass jede zivilgesellschaftliche Aktivität unterbunden werden kann. Hunderte Organisationen und Privatpersonen sind bereits zu »ausländischen Agenten« erklärt worden. Ich sehe beim russischen Staat keine Bereitschaft, das Gesetz zu reformieren. Es besteht wenig Hoffnung, aber wir müssen dafür kämpfen, und wir sollten jede Gelegenheit dafür nutzen, um das Gesetz abzumildern.

Russland-Analysen: Sie haben in letzter Zeit sehr viel Zuspruch und Solidarität bekommen innerhalb von Russland, aber auch international. Gleichzeitig sind die Aussagen zum Gesetz über »ausländische Agenten«, etwa die vom Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, vom Europarat, von der Venedig-Kommission des Europarates, dahingehend eindeutig, dass es aufgehoben werden oder zumindest gründlich überarbeitet werden muss. Einerseits gibt es international diese Solidarität und eine einheitliche Meinung, andererseits konnte die internationale Gemeinschaft Memorial konkret nicht schützen. Es gibt bisher noch kein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Empfinden Sie das fehlende Urteil als mangelnde Solidarität? Könnte die internationale Gemeinschaft da noch mehr tun als reine Solidaritätsbekundungen?

Scherbakowa: Die inneren Angelegenheiten in Russland können nur von innen verändert werden. Das passiert erst dann, wenn die Menschen begreifen, dass es so nicht weitergehen kann, dass sie sich so lautstark äußern müssen, damit es einen Einfluss hat auf die russische Regierung hat. Aus dem Ausland haben sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschen und Initiativen gemeldet und sich solidarisch gezeigt, vor allem aus Deutschland. Es bleibt fraglich, ob das unsere Regierung beeinflussen wird. Die drohende Auflösung von Memorial ist auch ein Signal an die Außenwelt. Die russischen Machthaber wollen zeigen, dass sie mit der Zivilgesellschaft machen können, was sie wollen. Andererseits ist dieses Signal auch zweideutig: Es spricht von Schwäche, wenn sie unsere Wenigkeit bekämpfen, weil sie Angst vor unseren Aussagen haben. Das sollten die Entscheidungsträger im Westen genau verstehen. Natürlich sind in der Politik auch Kompromisse notwendig, aber es gibt Schwellen, die einfach nicht überschritten werden sollten. Man kann nicht einfach so tun, als merke man gar nicht, was gerade passiert. Letztendlich geht es auch um die Moral: Je mehr Solidarität wir verspüren und je stärker diese Solidarität gezeigt wird, desto mehr hilft das der russischen Zivilgesellschaft. Denn das Gefühl, überhaupt nicht wahrgenommen zu werden, ist bedrückend und sendet das völlig falsche Signal. Von außen kann man nur sehr schwer auf Russland einwirken, aber ich glaube, dass der Westen vor allem im Bereich der Korruption viel mehr tun kann. Viele Russen investieren ihr Geld im Westen und erwerben dort Immobilien. Und der Westen scheint das einfach so hinzunehmen. Der Westen sollte im Bereich der Korruptionsbekämpfung viel mehr tun und nicht einfach die Augen verschließen.

Russland-Analysen: Deutschland bekommt eine neue Regierung, die gerade ihren Koalitionsvertrag veröffentlicht hat. Darin steht, dass die Beziehungen zur russischen Zivilgesellschaft von großer Bedeutung sind, dass diese aufrechterhalten und ausgebaut werden sollen. Wie sollte die neue Regierung das machen? Was wäre ihre Botschaft an die neue Regierung?

Scherbakowa: Vor allem sollte die neue deutsche Regierung Russland mit offenen Augen betrachten und nicht einfach wegschauen. Sie sollte Solidarität zeigen und ihre Meinung klar zum Ausdruck bringen. Es muss Grenzen für Kompromisse geben. Das betrifft nicht nur Russland, sondern Osteuropa insgesamt. Das betrifft auch Belarus und die Ukraine. Die Realität sollte mit Vernunft und großer Offenheit wahrgenommen werden. Die neue deutsche Regie-

rung darf sich dieser Realität nicht verschließen, pure Realpolitik wäre der völlig falsche Ansatz. Das würde ich als Botschaft mitgeben.

Das Gespräch wurde am 29. November 2021 aufgezeichnet. Die Fragen stellte Fabian Burkhardt.

Über die Autorin

Irina Scherbakowa ist seit 1999 Leiterin der Bildungsprogramme der Gesellschaft »Memorial« (Moskau) und koordiniert die *Oral History*-Projekte der Gesellschaft »Memorial« (Opfer des Gulag, Ostarbeiter, Mauthausenprojekt u. a.). Bis 1987 war sie vorrangig als Germanistin und Übersetzerin deutscher Belletristik tätig. Seit Ende der 1970er Jahre sammelte sie Tonbandaufzeichnungen der Erinnerungen von Opfern des Stalinismus und Gulag-Häftlingen. Neben zahlreichen Publikationen ist sie Herausgeberin von Sammelbänden zu den Themen Stalin-Opfer, Totalitarismus, Gulag, Ostarbeiter und Erinnerungspolitik. Irina Scherbakowa erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen, u. a. das Bundesverdienstkreuz im Jahr 2005, den Carl-von-Ossietzky-Preis 2014, die Goethe-Medaille 2017 und das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 2019.

Lesetipps

- Irina Scherbakowa, Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Für immer gezeichnet. Die Geschichte der »Ostarbeiter« in Briefen, Erinnerungen und Interviews. September 2019, Ch. Link Verlag, https://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel_nr=9057.
- Irina Scherbakowa. Memorial unter Druck, in: Osteuropa, 3–4/2020, S. 215–228. Frei zugänglich im »Fokus Memorial« der Zeitschrift OSTEUROPA unter <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/memorial-unter-druck/>.
- Nina Frieß. Der Solowezki-Stein. Vom Weißen Meer zur Schaltstelle des KGB: Wie die Zivilgesellschaft gegen das Vergessen der Opfer des Großen Terrors kämpft, dekoder, 05. Oktober 2021, abrufbar unter: <https://kremlin.dekoder.org/solowezki-stein>.

»Der Selbsterhaltungsinstinkt der Machthabenden funktioniert nicht mehr«

Swetlana Gannuschkina (Bürgerhilfe und Memorial, Moskau)

Russland-Analysen: Welche Bedeutung hat das Menschenrechtszentrum Memorial als Teil von Memorial und für die russische Zivilgesellschaft insgesamt?

Gannuschkina: Das Menschenrechtszentrum Memorial kann man nicht unabhängig von der Gesellschaft Memorial betrachten. Memorial ist eine internationale Organisation, die während der Perestrojka Ende der 1980er Jahre durch eine Initiative von unten geschaffen wurde, was damals, zu Sowjetzeiten eigentlich unmöglich war. Die erste Aufgabe von Memorial International war, das Gedenken an die Opfer der Repressionen zu wahren. Nach einiger Zeit wurde jedoch deutlich, dass Menschenrechtsverletzungen immer und in jedem Land begangen werden, auch während der Perestrojka in der Sowjetunion und dann im postsowjetischen Russland. 1991 entstand innerhalb von Memorial das Menschenrechtszentrum Memorial als Mitgliedsorganisation von Memorial International, um sich dem Schutz der Menschenrechte zu widmen.

Die Bedeutung von Memorial International ist kaum zu überschätzen. Mit Stolz, und wenn wir mal jede Bescheidenheit beiseitelassen, können wir sagen, dass Memorial International eine weltweit bekannte Organisation ist: Memorial gibt es in Deutschland, in Frankreich, in der Ukraine, in Lettland usw. Memorial ist also eine internationale Organisation, die jetzt weltweit Menschen unterstützt und an die Opfer von Repressionen in der ganzen Welt erinnert. Die Staatsanwaltschaft klagt gegen Memorial International wegen formaler Verstöße gegen das widerwärtige Gesetz über »ausländische Agenten«. Alles, was wir sagen und tun, müssen wir mit dem Vermerk kennzeichnen, dass wir in das sogenannte *Verzeichnis der Organisationen, die die Funktion eines »ausländischen Agenten«* erfüllen, eingetragen sind. Natürlich erfüllen wir absolut nicht die Funktion von »ausländischen Agenten«. Das Menschenrechtszentrum Memorial wird in einem weiteren Gerichtsprozess angeklagt, zusätzlich zu Verstößen bei der Kennzeichnung als »ausländischer Agent« (darum geht es nur zu einem sehr geringen Teil: Wir kennzeichnen alles, die Anklage bezieht sich lediglich auf vier Einzelfälle). Das Menschenrechtszentrum wird aber darüber hinaus angeklagt, Terrorismus und Extremismus zu rechtfertigen. Das ist eine Lüge: Wir rechtfertigen weder Terrorismus noch Extremismus. Wir verteidigen Menschen, die unschuldig des Terrorismus und Extremismus bezichtigt werden. In Russland sind etwa die Zeugen Jehovas als extremistisch

eingestuft, obwohl sie sonst nirgendwo in der Welt als extremistisch eingestuft sind. Außerdem werden einige Personen aufgrund ihrer angeblich »extremistischen« Aussagen als »Extremisten« eingestuft, obwohl sie das nicht sind. Wir rechtfertigen in keiner Weise Terrorismus oder Extremismus, wir verteidigen unschuldige Opfer solcher Anschuldigungen.

Russland-Analysen: Warum erfolgt dieser Angriff gerade jetzt, und warum stört Memorial den russischen Staat?

Gannuschkina: Das ist die Fortsetzung eines langfristigen Trends: Unsere Tätigkeit ist dem russischen Staat schon lange ein Dorn im Auge. Das wurde offensichtlich, als der ehemalige Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Wladimir Putin, an die Macht kam. Seit dem Jahr 2006 wurde uns systematisch das Leben erschwert, mit nicht enden wollenden Berichten, die wir den Behörden vorlegen müssen. 2012 wurde das Gesetz über »ausländische Agenten« verabschiedet, gegen das beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Beschwerde eingeleitet wurde, über die der EGMR bisher allerdings noch kein Urteil gefällt hat. Das nehmen wir als fehlende Solidarität seitens der europäischen Gemeinschaft wahr.

Die Tendenz ist eindeutig: Das Regime will die russische Zivilgesellschaft zerstören, die Machthabenden haben vor uns große Angst und sprechen immer von angeblichen Revolutionen. Und hier kommt die ausländische Finanzierung ins Spiel. Es wird hier gesagt wir bekämen von westlichen Organisationen finanzielle Unterstützung, auch von staatlichen Stellen, und würden so angeblich in deren Auftrag handeln. Das entspricht absolut nicht der Wahrheit. Jeder, der weiß, wie die Zivilgesellschaft funktioniert, weiß auch, dass dies nicht wahr ist. Wir sind doch völlig von einer Finanzierung aus Russland selbst abgeschnitten, insbesondere durch das Verzeichnis über »ausländische Agenten«. Seit 2017 dürfen wir per Gesetz keine staatliche Finanzierung mehr erhalten (»Ausländische Agenten« dürfen nicht in das staatliche Verzeichnis von NGOs mit »sozialer Orientierung« aufgenommen werden. Sie sind nicht als »Erbringer nützlicher Dienste« anerkannt und erhalten deswegen keine staatliche Finanzierung, Anm. d. Redaktion). Uns bleibt keine andere Möglichkeit, außer uns innerhalb von Russland über Crowdfunding zu finanzieren. Die Tradition zu spenden, hat sich allerdings in der russischen Bevölkerung bisher noch nicht in der Breite etabliert. Außerdem bleiben uns noch Gelder von westlichen Stiftungen, mit denen wir zwar ein freundschaftliches Verhältnis pflegen, die uns aber niemals einen Auftrag erteilen. Wir entwickeln unsere Projekte selbst und stellen eine Anfrage: Seid ihr bereit, diese Projekte zu finanzieren? Es läuft niemals umgekehrt: Die Stiftungen fragen nicht an, ob wir eine bestimmte Aufgabe übernehmen könnten. Aber die russische Regierung stellt sich quer, denn sie hat Angst und kann keine Kritik oder Debatte vertragen. Jede Aussage über Politik – oder allgemeiner noch über das Regime, z. B. über den FSB oder über das Bildungsministerium – wird als staatsfeindlich und als politische Tätigkeit eingestuft, obwohl Aussagen oder Kritik keine politische Tätigkeit darstellen. Wir sind »Konsumenten« und äußern uns deswegen als Konsumenten der russischen Politik und nicht als jemand, der Politik betreibt. Parteien machen Politik. Unsere Strukturen haben als Teil der russischen Zivilgesellschaft das Recht, die Politik der russischen Regierung zu kritisieren. Denn wir sind deren Konsumenten und Auftraggeber. Wir sind auch ein Teil des Staates, auch wir sind Russland. Aber die Machthabenden wollen das einfach nicht verstehen, sie wollen, dass wir ihre Untertanen sind. Jeder Widerstand gegen dieses Machtverhältnis wird mittlerweile schon als Gesetzesbruch wahrgenommen. Das Verfassungsgericht hat uns mitgeteilt: Wenn ihr die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt, könnt ihr machen, was euch beliebt. Aber es war von Anfang an klar, dass dies nicht stimmt. 2017 gab es das erwähnte Verbot, durch das wir keine staatliche Finanzierung mehr bekommen dürfen. Das wäre nicht einmal so schlimm gewesen, aber seit Ende letzten Jahres, Anfang dieses Jahres ist unsere Tätigkeit immer mehr eingeschränkt worden. Die zwei Klagen (der Moskauer Staatsanwaltschaft gegen das Menschenrechtszentrum Memorial als eine Moskauer Organisation und der Generalstaatsanwaltschaft beim Obersten Gerichtshof hinsichtlich der Liquidierung von Memorial International) sind die Folgen dieses langfristigen Prozesses. Dabei ist vorgesehen, dass alle Zweigstellen aufgelöst werden, unter anderem die, die sich im Ausland befinden, was aus Sicht des Regimes »leider« nicht passieren wird.

Russland-Analysen: Von vielen werden derzeit Änderungen am Gesetz über »ausländische Agenten« vorgeschlagen, auch von systemtreuen Kräften. Ist das Gesetz reformierbar?

Gannuschkina: Es gibt viele Änderungsvorschläge, auch von uns freundlich gesonnenen Organisationen, die diese Unverschämtheit, dieses Übel korrigieren sollen. Zum Beispiel haben Journalisten, die jetzt auch als »ausländische Agenten« eingestuft werden können, Vorschläge über Gesetzesänderungen eingebracht. Aus meiner Sicht gibt es hier zwei wichtige Aspekte zu beachten:

Erstens haben wir schon gewisse Erfahrungen gemacht. Vor einiger Zeit hatte sich der Menschenrechtsrat beim Präsidenten an Wladimir Putin gewandt mit der Bitte zu klären, was genau unter »politischer Tätigkeit« zu verstehen sei. Putin gab

eine Anweisung, dass genauer definiert werden sollte, was »politische Tätigkeit« bedeutet. Was war das Ergebnis? Früher stand im Gesetz, dass dies, dies oder jenes als »politische Tätigkeit« zu verstehen sei, was im Widerspruch zur Politik des Staates steht. Inzwischen ist dieser »Widerspruch« gegen den Staat nicht mehr im Gesetz zu finden. Das heißt, dass jede Äußerung über das Regime und dessen Politik als »politisch« eingestuft werden kann. Anstatt diesen Begriff zu konkretisieren und einzuengen wurde er endlos ausgedehnt. So sah also das Ergebnis des Ersuchens aus, das Gesetz zu ändern. Wir bitten diejenigen, die uns vernichten wollen, uns auf andere Weise zu vernichten. Aus meiner Sicht ist das ein sinnloses Unterfangen.

Zweitens halte ich den Begriff »ausländischer Agent« für beleidigend, da es im Russischen ganz anders klingt als das englische »foreign agent«. In Russland denkt man sofort an »Spion«, eine andere Interpretation ist hier nicht möglich. Diese Wortverbindung muss wieder ihren natürlichen Sinn zurückerhalten, nämlich »Spion«, und sie muss aus der Gesetzgebung verschwinden. Außerdem muss sich der Staat gegenüber denjenigen entschuldigen, die in das Verzeichnis der »ausländischen Agenten« eingetragen wurden. Wenn wir ein normales und modernes Land sein wollen, ist das der einzig mögliche Ausweg. Ein so großes Land wie Russland kann sich nur durch Dialog entwickeln, einen Dialog zwischen Regierung und Gesellschaft. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Indem die Zivilgesellschaft zerstört wird, zerstört der russische Staat das Land und auch sich selbst. Der Selbsterhaltungsinstinkt funktioniert bei den Machthabenden offensichtlich nicht mehr. Sie selbst sind auf diesen Dialog mit einem Gegenüber angewiesen, wie jeder von uns. Die Vorschrift, dass wir uns als Nichtregierungsorganisation regelmäßig einer Buchprüfung unterziehen müssen, halte ich für sinnvoll. Auch wir haben eine externe Kontrolle nötig. Wir brauchen eine Prüfung, wir brauchen eine Begutachtung und Bewertung von außen. In jedem unserer Projekte kalkulieren wir eine bestimmte Prozentzahl für die Buchprüfung ein. Genauso hat der Staat eine externe Prüfung nötig, denn wir sind die Konsumenten seiner Leistungen. Wir haben das Recht auf Meinungsäußerungen darüber, wie der Staat seine Pflichten erfüllt. Was die Machthabenden umtreibt, kann ich nicht sagen, aber für mich gibt es dafür nur ein Wort: Angst. Aber warum diese Angst so groß ist, wissen sie selbst besser. Vielleicht haben sie schlimmeres angerichtet, als bisher bekannt ist.

Russland-Analysen: Was würden Sie gerne der neuen deutschen Regierung mitteilen? Was wäre Ihre Empfehlung, wie die neue Regierung die Beziehungen zur russischen Zivilgesellschaft gestalten sollte?

Gannuschkina: Aus meiner Sicht hat sich in den letzten Jahrzehnten eine gemeinsame Zivilgesellschaft entwickelt. Ich betrachte mich nicht mehr getrennt von meinen gleichgesinnten Kollegen in der ganzen Welt. Das ist eine wunderbare und positive Tendenz. Wir teilen viele Einschätzungen. Wir teilen die Bewertung unserer ukrainischen Kollegen über die Ereignisse in der Ukraine und der russisch-ukrainischen Beziehungen. Wir vertreten die gleiche Position in Bezug auf die Annexion der Krim wie unsere Kollegen im Ausland. Genauso haben wir eine einheitliche Position, wenn Deutschland ungerechtfertigt – und manchmal ganz brutal – Menschen nach Russland abschiebt, die dann ohne hinreichende juristische Grundlage zu langen Haftstrafen in russischen Gefängnissen verurteilt werden. Es hat sich also eine gemeinsame Zivilgesellschaft herausgebildet: Wir schreiben uns ständig, wir sind ständig in Kontakt, das Internet hat uns riesige Möglichkeiten zur Kommunikation gegeben. Wir leben in einem gemeinsamen Informationsraum in einer gemeinsamen Zivilgesellschaft. Aus praktischer Sicht, das habe ich oft gesagt, sollten Treffen zwischen Regierungsvertretern Deutschlands und Russland zusammen mit dieser gemeinsamen Zivilgesellschaft Europas und Russlands stattfinden. Für uns ist diese Vermittlerrolle von Regierungsvertretern anderer Länder, die sich der Bedeutung der Zivilgesellschaft bewusst sind, sehr wichtig. Denn dies hat aufgehört. Wir brauchen aber diese Treffen; wir haben aufgehört, mit unserem Staat zu sprechen. Sie wollen uns einfach nicht hören. Setzt uns an einen Tisch! Helft uns dabei, dass wir in eurer Anwesenheit mit ihnen sprechen können, wenn sie schon bei uns zuhause nicht mit uns sprechen wollen. Früher hat der Westen einmal diese Rolle eines Vermittlers übernommen, ebenso wie internationale Strukturen wie z. B. die Vereinten Nationen. Heute erfüllt der Westen diese Funktion jedoch nicht mehr.

Das Gespräch wurde am 25.11.2021 aufgezeichnet. Die Fragen stellte Fabian Burkhardt.

Über die Autorin

Svetlana Gannuschkina ist Gründerin und Vorsitzende von »Bürgerhilfe« (*Grashdanskoe Sodejstwie*, <http://www.refugee.ru/>), der ersten und wichtigsten russischen Nichtregierungsorganisation, die Geflüchtete unterstützt. Im Jahr 1993 baute sie das Menschenrechtszentrum Memorial mit auf, 1996 gründete sie das Memorial-Netzwerk »Migration und Recht«. In den Jahren 2002 bis 2012 war sie Mitglied des Menschenrechtsrates beim Präsidenten, den sie 2012 aus Protest verließ, als Wladimir Putin erneut für das Präsidentenamt kandidierte. Für ihre Unterstützung von Geflüchteten erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem 2004 den *Nansen-Flüchtlingspreis* der Vereinten Nationen und 2016 den *Alternativen Nobelpreis* (»Right Livelihood Award«).

KOMMENTAR

Die Büchse der Pandora: »Wenn sie schon mit Memorial so umspringen, dann...«

Swetlana Makowezkaja

(Zentrum GRANI, Perm; Mitglied des Menschenrechtsrates beim Präsidenten der Russischen Föderation)

Eine Auflösung von Memorial wäre ungerecht und unverhältnismäßig

Die Generalstaatsanwaltschaft hat beim Obersten Gericht eine Klage eingereicht, durch die eine der ältesten Menschenrechtsvereinigungen Russlands aufgelöst werden soll. Vor einigen Jahren schon ist Memorial International in das Verzeichnis der NGOs aufgenommen worden, die als »ausländische Agenten« eingestuft werden. Jetzt fordert die Generalstaatsanwaltschaft, die Tätigkeit der Organisation endgültig zu beenden. Ähnliche Maßnahmen ergriff die Staatsanwaltschaft Moskau mit ihrem Vorgehen gegen das Menschenrechtszentrum Memorial. Die Staatsanwaltschaften sind der Ansicht, die Organisationen würden ständig, böswillig und gezielt russische Gesetze verletzen.

Die Meldung von einer möglichen Schließung einer der ältesten, standhaftesten und äußerst nützlichen gesellschaftlichen Organisationen Russlands hat mich zutiefst bestürzt. Nach Einsicht in den juristischen Kern der Klage bin ich wie andere zum Schluss gekommen, dass es keine unveränderlichen Umstände und keine begründete Gefahr gibt, die ein »letztes Mittel«, also die Schließung der Organisationen von Memorial, erforderlich machen würden. Es ist völlig unklar, wie die Staatsanwaltschaft ihre Vorwürfe gegen die Organisation derart hart formulieren und gleichzeitig erklären kann, dass sich Memorial International beispielsweise in den letzten 14 Monaten keine Gesetzesverstöße hat zuschulden kommen lassen, auch nicht des Gesetzes über »ausländische Agenten«. Das ist auch der Grund, warum wir in der Erklärung des Menschenrechtsrates beim Präsidenten die Situation als ungerecht und angesichts der vorliegenden Verstöße als unverhältnismäßig bezeichnet haben.

Darüber hinaus sind wir überaus besorgt, dass Organisationen aus »technischen« Gründen aufgelöst werden könnten, weil nämlich das Recht sich zu Vereinigungen zusammenschließen ein zentrales Menschenrecht darstellt und von besonderem Wert ist. Und Memorial ist eine der Säulen und treibenden Kräfte bürgerschaftlicher Kultur in Russland.

Memorial als treibende Kraft der russischen Zivilgesellschaft

Memorial hat nicht nur die Erinnerung an die politischen Repressionen bewahrt, sondern auch eine riesige

Menge historischer Quellen für diese Erinnerung in Umlauf gebracht und musealisiert. Memorial hat als erste von der familiären Erinnerung als Teil des historischen Gedächtnisses unserer Heimat gesprochen. Die verschiedenen Organisationen von Memorial haben seinerzeit eine ganze Bandbreite bürgerschaftlicher Aktivität begründet: eine öffentliche Debatte über den Kaukasus ohne Xenophobie, eine menschenrechtliche Perspektive auf das Geschehen in der russischen Gesellschaft, freie Bildungsarbeit, Entwicklung einer angewandten Geschichtsbetrachtung in den Schulen, Freiwilligenbewegungen, soziale Hilfeleistung für Opfer der Repressionen und deren Kinder, Entwicklung eines alternativen Zivildienstes, Humanisierung der Rekrutierung in die Armee und vieles mehr. Memorial steht für eine besondere Art bürgerschaftlichen Dienens. Memorial ist etwas, was unbedingt zu bewahren ist.

Der Gerichtsprozess über die Schließung von Memorial ist wie ein Vergrößerungsglas, durch das die gesellschaftliche Nutzlosigkeit der Gesetzgebung über »ausländische Agenten« und die derzeit vielfältige Verwundbarkeit gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen erkennbar wird.

Die Auflösung von Memorial würde ein deutliches Signal an andere zivilgesellschaftliche Organisationen senden

Jemand von den seit langem bestehenden NGOs, den regionalen Organisationen von Memorial und deren natürlichen Nachbarn im regionalen gesellschaftlichen Leben mag diese Affäre als Zeichen wahrnehmen, dass dadurch die langwährende und öffentliche Tätigkeit einer registrierten Organisation entwertet wird. Eine registrierte Organisation, die über langjährige Erfahrung in ihrer Arbeit wie auch in der Zusammenarbeit mit dem Staat bei der Ausarbeitung und Umsetzung staatlicher Konzeptionen verfügt (bei Memorial war es die »Staatliche Konzeption zur Verewigung der Erinnerung an die Opfer politischer Repressionen« – eine Arbeit im Scheinwerferlicht), könnte sich nicht als etwas Wertvolles erweisen, sondern als Schwachpunkt für gesellschaftliches Engagement. Nach dem Motto: »Wenn sie schon mit Memorial so umspringen, dann...«

Schließlich gibt es viele Themen, die für die verschiedenen Generationen zivilgesellschaftlicher Aktivist:innen in Russland wichtig sind, an die sich diese

erinnern und die mit Memorial in Verbindung gebracht werden, selbst wenn Memorial jetzt nicht mehr dazu arbeitet.

Jedes dieser Themen ist für den zivilgesellschaftlichen Frieden sehr sensibel. Der Fall Memorial wird hier vor allem in Bezug auf die Themenfelder betrachtet, die Memorial bearbeitet hat. Weil eine mögliche Schließung von Memorial für viele Aktivist:innen-Gruppen, die sich mit denselben Themenfeldern befassen, beunruhigend ist, da sie eine Arbeit nach einigermaßen klaren Regeln – und eben nicht nach dem Gutdünken der Kontrollbehörden – in Frage stellt.

Vertreter:innen der Wissenschaft, unabhängige Bildungsorganisationen und Journalist:innen weisen darauf hin, dass in der öffentlichen Diskussion zu den Vorwürfen gegen Memorial Phrasen wie »Versuche der Geschichtsverfälschung« oder »Unterstützung verbotener extremistischer Organisationen« verwendet werden. Der Fall Memorial macht die Gefahr schwarzweißer Weltansichten und propagandistischer Nötigung deutlich, mit der eine »amtliche« Deutung des Lebens und der Geschichte durchgesetzt werden soll. Das ist der Grund, warum diejenigen, die sich wegen oder um Memorial zusammenschließen, dazu aufrufen, dass man über die immer noch nicht verheilten Wunden der Russ:innen aus Friedens- und Kriegszeiten wie normale Menschen reden soll. In einem solchen Gespräch zwischen Menschen werden unausweichlich unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Memorial steht für lebendige, nicht für eine staatlich verordnete, schematisierte Geschichte. Für Geschichte als pragmatische und inhaltliche Aneignung dessen, worin der Wert des Friedens besteht und worin der Preis des Sieges in einem Krieg.

Eine Auflösung von Memorial würde die Büchse der Pandora öffnen

Viele zivilgesellschaftliche Aktivist:innen und Expert:innen verweisen auf den Pandorabüchsen-Effekt, der sich für aus einem ungünstigen Ausgang des Gerichtsverfahrens für NGOs ergeben könnte. Es soll zwar (das haben die Behörden und das Verfassungsgericht erklärt und das hat Präsident Putin mehrfach deutlich gemacht) nicht darum gehen, dass eine Organisation deshalb diskriminiert wird, weil sie ausländische Mittel erhält und sich mit etwas beschäftigt, was das Justizministerium oder andere Kontrollorgane als »politische Tätigkeit« bezeichnen. Wenn sie das Gesetz beachten, sollen sie in Ruhe weiterarbeiten können. Und sogar die Staatsanwaltschaft behauptet, dass Memorial International zumindest in den letzten vierzehn Monaten das Gesetz absolut penibel befolgt hat... Und dennoch: Jetzt geht es um eine mögliche Schließung von Memorial! Man möchte sich kaum vorstellen, wie die

Behörden auf unterschiedlicher Ebene unter dem Eindruck dieses Vorbilds jetzt gegen diverse Organisationen nach gleichem Muster vorgehen könnten.

Die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« ist kontraproduktiv

Selbstverständlich ist auch die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Es ist klar, dass das Gesetz und dessen Anwendung für die Gesellschaft sehr viel kontraproduktiver ist als gemeinhin angenommen. Beides hat üble Auswirkungen auf die öffentliche Rhetorik. Letztere senkt die Hürden dafür, dass Menschen mit anderen Ansichten und mit internationaler Erfahrung sozial diffamiert werden, dass sehr viele Organisationen, Vereine und Personen an den Pranger gestellt und als *a priori* manipuliert und marionettenhaft hingestellt werden. Diese Gesetze und ihre konkrete Anwendung beeinträchtigen die Qualität der »Rechtsordnung«, sie widersprechen und entwerten somit die Reform der Kontroll- und Aufsichtsbehörden im Land und pervertieren diejenigen, die im Justizwesen tätig sind.

Die Gesetzgebung steht auch beispielhaft für die Lücken in der Funktion staatlicher Behörden (mitunter alles andere als Sicherheitsbehörden), die nicht für das Entstehen und die Radikalisierung gesellschaftlicher Konflikte verantwortlich sind. Es geht hier auch um eine drastische Verstärkung der Bürokratisierung (also einer Verstärkung der administrativen Barrieren) für die Arbeit von NGOs. Und um eine Gesetzgebung, die eine erhebliche Anzahl (auch charitativer) Organisationen »terrorisiert«, weil diese nicht eindeutig verstehen können, wie man angesichts dieser Bestimmungen vorausschauend gesetzestreu sein soll – sie können dies nur um den Preis erhöhter Risiken und Selbstzensur oder verringerter Ressourcen erreichen. Gemeint sind Organisationen, die wohl nie zu »ausländischen Agenten« erklärt werden, die aber die Kosten für die unvernünftige, oft überregulierende und weit auslegbare Gesetzgebung und deren Anwendung zu tragen haben. Hier meine ich längst nicht nur Privatpersonen, die als Journalist:in zum »ausländischen Agenten« wurden, als ob sie Frankenstein selbst wären.

Ende 2020 und 2021 kam es zu einer weiteren Runde von Listungen, die ein weiteres Mal verdeutlichten, wie problematisch die Anwendung des »Ausländische Agenten«-Gesetzes ist: In das Register wurden auch charitative Organisationen aufgenommen, die zu HIV-Aids, Gewalt in der Familie, einer wissenschaftlichen Analyse im Menschenrechtsbereich und der Medien arbeiten, aber auch einfache Personen, z. B. Redaktionsmitglieder, Mitarbeitende von Monitoringprojekten oder Anwält:innen. Es gab Überprüfungen aufgrund von Beschwerden bestimmter Vigilant:innen und Denun-

ziant:innen, in manchen Fällen mehrfach von den gleichen.

Es regt sich Protest gegen das Gesetz über »ausländische Agenten«

In diesem Sinne ist wohl ein für die Gesellschaft erhebliches Maß überschritten und ein neues Niveau des Protestpotenzials gegen dieses Gesetz erreicht worden.

Mehrere Hunderttausend Menschen unterzeichneten eine Petition, die eine Änderung dieses Gesetzes verlangt. Charitative Organisationen haben einen Brief veröffentlicht, der eine Reform der Aufsichtspraxis anmahnt. Es gab Solidaritätskampagnen. Der Menschenrechtler beim Präsidenten tagte und reichte bei der Regierung und der Föderalen Versammlung in zwei Paketen Vorschläge für eine Reform des Gesetzes ein. Abgeordnete zweier »oppositioneller« Dumafraktionen legten Entwürfe für eine Korrektur des Gesetzes über »ausländische Agenten« vor.

Das könnte einem wohl Hoffnung geben, dass es nicht zu einer weiteren Verschlechterung kommt. Wird sich die Lage jedoch auch bessern? Es sieht nicht so aus, als ob es zu einer grundsätzlichen Demontage der Gesetzgebung kommen wird. Möglicherweise werden aber einige Gruppen von Organisationen, vor allem solche, die im sozialen Bereich arbeiten, aus dem Wirkungsbereich des Gesetzes herausgenommen, wie auch Angehörige einiger Berufsgruppen, etwa Medienschaffende. Nämlich dort, wo besonders klar ist, dass es völlig unvernünftig wäre, Organisationen unter dem Damoklesschwert eines potenziellen »ausländischen Agenten« zu halten und wo diese Organisationen über viel Verhandlungsmacht verfügen.

Memorial und die deutsch-russischen Beziehungen

Der Fall Memorial hat auch Auswirkungen auf Russlands Beziehungen zu anderen Ländern, unter anderem zu Deutschland. Es wäre für Russland wie auch für

Deutschland und jedes andere Land richtig und wichtig, Möglichkeiten für Zusammenarbeit zu bewahren, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen und eben nicht auf der Ebene der Regime, der Ebene der Staaten – zusammenarbeiten können Städte, NGOs, kulturelle Communities... Die Möglichkeiten für Zusammenarbeit zu bewahren und zu fördern bedeutet gleichzeitig, die Lage zu normalisieren. Wir haben es mit dem Phänomen zu tun, dass die Haltung zur Demokratie, zu den Menschenrechten, zu staatlicher Fürsorge sehr sensibel darauf reagiert, wie sich jene verhalten, die wir als »Träger der Norm« betrachteten. Und in einigen Fällen, die zugegebenermaßen kompliziert sind, nämlich in Bezug auf das Impfen, auf Migrant:innen, das Versammlungsrecht, den Schutz der Mitarbeitenden, da können wir sehen, wie die erwartete »goldene Norm« vor unseren Augen auseinanderfällt. In diesem Sinne wünsche ich mir sehr, dass man in Deutschland an der Überzeugung für die Rechte und Freiheiten der eigenen Bevölkerung, die ja allgemeine europäische Werte darstellen, festhält.

Der Raum für einen weniger dramatischen Dialog sollte nach Möglichkeit bewahrt werden. Wir brauchen Dialog-Plattformen! Wenn es die Möglichkeit gibt, etwas ähnliches wie ein deutsch-russisches Forum wieder zu errichten, dann sollte man das natürlich tun. Wenn Menschen miteinander reden, wenn Organisationen miteinander reden, dann werden dort Möglichkeiten zur Zusammenarbeit geschaffen, wo Regierungen, Ministerien oder Militärs sie verloren haben. Und es ist wichtig, von allen Seiten eine »Abrüstung« zu betreiben. Man sollte auf keinen Fall das Säbelrasseln unterstützen oder Kriegsrhetorik einsetzen (nicht einmal von einem Kalten Krieg); das ist im Interesse aller Länder. Und Deutschland weiß wie kein anderes Land, dass jeder Sieg einen Preis hat und dieser für das Menschliche im Menschen meist unerträglich hoch ist.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Swetlana Makowezkaja hat 2007 das Zentrum für zivilgesellschaftliche Analyse und unabhängige Forschung (Zentrum GRANI) in Perm gegründet und ist seitdem dessen Leiterin. Sie ist Autorin von Dutzenden Trainingsprogrammen für Mitarbeitende von sozialpolitisch tätigen NGOs und für Staatsangestellte, von Fortbildungsmaterialien und von Analysen und Strategiepapieren über die Zivilgesellschaft und die Leitung von NGOs. *Swetlana Makowezkaja* ist Mitglied des Menschenrechtsrats beim Präsidenten und Vorsitzende der Kommission für öffentliche Kommunikation und die Beziehungen zu den Regionen des Gesellschaftsrates beim Arbeitsministerium der Russischen Föderation.

Der Menschenrechtsrat ist besorgt wegen Memorial*

Die Generalstaatsanwaltschaft hat einen Antrag zur Auflösung der »Internationalen Gesellschaft für Geschichte, Bildung, Gemeinnützigkeit und Menschenrechte Memorial« (Memorial International)* eingereicht. Am selben Tag beantragte die Staatsanwaltschaft der Stadt Moskau die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial*.

Der Rat beim Präsidenten der Russländischen Föderation für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte misst dem Vereinigungsrechts große Bedeutung bei und bewertet die Zwangsauflösung einer der ältesten zivilgesellschaftlichen Organisationen als eine extreme Maßnahme. Der Menschenrechtsrat ist derzeit der Auffassung, dass die vorgeschlagene Maßnahme unverhältnismäßig und ungerecht ist, da die Aufsichtsbehörden in den letzten 14 Monaten keinen einzigen Verstoß von Memorial International* gegen seine rechtlichen Verpflichtungen und nur zwei geringfügige Verstöße vom Menschenrechtszentrum Memorial festgestellt haben.

Der Rat beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, berät sich und wird Maßnahmen ergreifen, um die Angelegenheit rund um Memorial* gütlich beizulegen.

* NGO, die als ausländischer Agent eingestuft ist.

Quelle: Rat beim Präsidenten der Russländischen Föderation für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte (»Menschenrechtsrat«), 12. November 2021, http://president-sovet.ru/presscenter/news/spch_obespokoen_situatsiey_vokrug_memoriala/

Kommentar von Wladimir Putin zu Memorial bei der gemeinsamen Sitzung des Präsidenten mit dem Menschenrechtsrat am 09.12.2021

Im »nichtöffentlichen« Teil der Sitzung fragte der Journalist Nikolaj Swanidse Putin über die Gerichtsverhandlungen in Bezug auf Memorial International und das Menschenrechtszentrum Memorial. Der Präsident antwortete, dass er diesbezüglich zusätzliche Materialien angefordert habe und merkte an, dass der Gerichtsprozess über die Auflösung noch nicht abgeschlossen sei: »Natürlich habe ich zur Kenntnis genommen, was hinsichtlich Memorial in den Medien berichtet wurde. Und ich habe natürlich darum gebeten, mir zusätzliche Materialien zur Verfügung zu stellen, um mir ein Bild vom Geschehen zu machen«, sagte Putin (Zitat nach RIA Nowosti, <https://ria.ru/20211209/putin-1763033539.html>).

»Hinsichtlich der internationalen Organisationen, die Memorial zu verteidigen versucht: Diese sind bei uns in das Verzeichnis der terroristischen und extremistischen Organisationen aufgenommen worden. Das ist natürlich eine Frage, die weiterer Untersuchungen bedarf«, erklärte Putin und erwähnte insbesondere Hizb ut-Tahrir. Dokumente belegten laut Putin, dass die Organisation [Memorial, Anm. d. Redaktion] mehrfach demonstrativ Gesetzesverstöße begangen habe.

Dabei unterstrich der Präsident aber auch, dass er der Organisation [Memorial, Anm. d. Redaktion] Achtung entgegenbringe. Aus dem für ihn eigens für die Sitzung erstellten Bericht [derartige Berichte werden von der Präsidialverwaltung oder den Geheimdiensten erstellt, Anm. der Redaktion] las Putin einen Befund vor, demzufolge »einige Personen« von Memorial als Opfer politischer Repressionen deklariert worden wären, die »nach Erkenntnissen israelischer Fachleute« den Nazis gedient hätten.

Anmerkung

Memorial International merkt in einer Stellungnahme vom 13. Dezember 2021 (<https://www.memo.ru/ru-ru/memorial/departments/intermemorial/news/649>) an, dass eine Datenbank mit Millionen von Einträgen (<https://base.memo.ru/>) Fehler enthalten kann. Die Personen, die Putin bei der gemeinsamen Sitzung mit dem Menschenrechtsrat als Nazikollaborateure bezeichnete, wurden von Memorial schon am 27. August 2021 aus der Opfer-Datenbank gelöscht. Memorial bedauert, dass sich Putin aus Sekundärquellen bedient, anstatt sich direkt an Memorial zu wenden. Ein Grund für die Fehleranfälligkeit der Datenbank ist auch, dass immer noch der Zugang zu umfangreichen Archivbeständen fehlt.

Quelle: Ausschnitt aus »Wideokonferenzija Putina s tschlenami SPTsch. Glawnoe« (»Videokonferenz von Putin mit den Mitgliedern des Menschenrechtsrates. Das Wichtigste«), Nowaja Gaseta, 09. Dezember 2021, <https://novayagazeta.ru/articles/2021/12/09/videokonferentsiia-putina-s-chlenami-spch-glavnoe>.

KOMMENTAR

Wendjahre: Von der Zurückdrängung zur Auflösung

Grigorij Ochotin (OWD-Info, Moskau)

In den Jahren 2019 bis 2021 erfolgte eine qualitative Veränderung der politischen Repressionen in Russland. Sie wechseln von einhegenden Maßnahmen hin zu einer Vernichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zu diesem Ergebnis kommen wir in dem Bericht »Repressionen und repressive Methoden: 2021. Von der Zurückdrängung zur Vernichtung« (<https://liberal.ru/lm-ekspertiza/repressii-i-repressivnye-tehnologii-2021-ot-sderzhivaniya-k-unichtozheniyu>), der im September von der Stiftung »Liberalnaja missija« (dt.: »Liberale Mission«) veröffentlicht wurde. Die weitere Entwicklung dieser Tendenzen im Herbst dieses Jahres erfordern weniger eine Analyse, sondern sind eher Ergebnis unmittelbarer Beobachtung, weil sich die Welle der Repressionen jetzt gegen uns richtet, gegen OWD-Info und unsere Freunde und Partner der Organisationen von Memorial.

Warum genau dieser Zeitraum? 2019 kam es in Moskau zu umfangreichen Protesten zur Unterstützung für den verhafteten Journalisten Iwan Golunow, und gleich darauf zur Unterstützung der Kandidierenden bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma, denen die Registrierung verweigert wurde. Und es gelang damals nicht nur, Golunow freizubekommen, sondern auch die Hälfte derjenigen, die wegen ihrer Beteiligung an diesen Protesten festgenommen worden waren. Die Gesellschaft war damals solidarisch, und das machte es möglich, etwas zu verändern. Möglicherweise war es dieser Sieg und eine veränderte Wahrnehmung hinsichtlich der Polizeigewalt, die als einer der Auslöser für die weitere Transformation der Repressionen dienten. Das frühere Niveau der Repressionen schüchtert nicht mehr ein, empört jetzt aber.

Ein Symbol für diese Transformation ist die Vergiftung und spätere Verhaftung von Alexej Nawalnyj. Sie wurde in ganz Russland von sehr massiven Protesten zur Unterstützung von Nawalnyj begleitet, auf die das Regime heftig reagierte: Über 17.000 Personen wurden festgenommen, über 150 wurden im Rahmen des sogenannten »Palast-Prozesses« (der Name spielt auf Nawalnyjs Youtube-Blockbuster über Korruption im Zusammenhang mit Wladimir Putins Palast im südrussischen Gelendschik an. Nach den Solidaritäts-Demonstrationen für den verhafteten Nawalnyj wurde zahlreichen Protestierenden der Prozess gemacht. Anm. d. Redaktion) strafrechtlich verfolgt. Danach mussten wir mit ansehen, wie die Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK) aufgelöst, »Offenes Russland« vernichtet, und »Komanda 29« (»Team 29«) aus Russland vertrieben und

das investigative Medium »Projekt« zur »unerwünschten Organisation« erklärt wurden. Im November 2020 kommt es zu weiteren Gesetzesänderungen über »ausländische Agenten« und einer verstärkten Anwendung des Gesetzes nicht nur gegen NGOs, sondern auch gegen Mainstream-Medien wie »Medusa« und den Fernsehsender »Doschd« sowie unmittelbar gegen Journalist:innen und Privatpersonen.

Unsere Schlussfolgerung aus dem Herbst war einfach: Das ist keine vorübergehende Verschärfung der Lage im Zusammenhang mit Nawalnyj und den Wahlen zur Staatsduma. Es ist ernst und das für lange Zeit. Die Frage ist: Warum?

Erstens, weil das die Art und Weise ist, wie das Phänomen der Repressionen strukturiert ist. Aufgrund internationaler Studien wissen wir, dass Repressionen tendenziell zunehmen. Das künftige Niveau der Repressionen hängt unmittelbar vom bereits erreichten Niveau ab. Das beobachten wir in Russland seit 10 Jahren.

Zweitens sehen wir, dass die Repressionen nicht mehr ein Instrument sind, das ein- oder ausgeschaltet werden kann, und das vom Kreml kontrolliert wird. Die Repressionen sind bereits eine eigene Institution; die dazugehörigen Normen sind in die Gesetzgebung eingebaut; dahinter stehen die Interessen der verschiedenen Ministerien und Interessengruppen; sowohl auf föderaler wie auf regionaler Ebene. Und es ist leichter, eine Institution zu schaffen, als sie wieder abzuschaffen.

Drittens sind die Repressionen eine reaktive Institution. Sie sind stets eine Reaktion des Regimes auf »Gefahren«. Und wir können beobachten, wie in den letzten zwei Jahren diese »Gefahren«, die Gefahr, die die unterschiedliche Wahrnehmung des Regimes birgt, stark zugenommen hat. Das betrifft sowohl die Proteste von 2019, die in ihrem Ausmaß unerwartet waren, wie auch die Proteste im Winter 2021, die in ihrer Dimension wie auch in ihrer Verbreitung über die Regionen beispiellos waren. Sie übertrafen wohl sogar die Proteste auf dem Bolotnaja-Platz 2011/12. Wir können zudem ein Erstarken der Zivilgesellschaft beobachten, seit zehn Jahren. Und seit 2017 zeigen Umfragen, dass der Rückhalt des Regimes in der Bevölkerung zurückgeht.

Nach den Dumawahlen setzten sich diese Tendenzen fort; unsere Prognose erwies sich demnach als richtig. Für eine Analyse ist es zu früh, umso mehr, als die Repressionen jetzt auch uns betreffen. Im September 2021 wurde OWD-Info als »ausländischer Agent« eingestuft, und im November stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag, Memorial aufzulösen. Das Menschenrechts-

zentrum Memorial, unseren wichtigsten Partner. Deswegen betrifft uns dieser Vorgang unmittelbar.

In der Tat kann man sich keine bessere Illustration unserer These eines Übergangs von der Einhegung zur Vernichtung denken, als den Versuch, die zwei Memorial-Organisationen aufzulösen. Wir wissen alle, dass Memorial nicht nur für die historische Erinnerung steht, nicht nur für Menschenrechte, sondern für die Zivilgesellschaft selbst. Memorial ist deren Symbol. Es ist die älteste und angesehenste Organisation der Zivilgesellschaft. Die Organisationen von Memorial sind ein Kern der Zivilgesellschaft, sie sind NGOs von zentraler Bedeutung, ohne die die Existenz Dutzender, ja Hunderter anderer Initiativen unmöglich oder nur schwer vorstellbar wäre. Die mögliche Auflösung von Memorial ist ein Signal an die gesamte Zivilgesellschaft, nicht nur an die NGOs, sondern auch an die Medien und an Kultur- und Bildungsprojekte überall im Land. Wenn eine nationale Institution der Erinnerungsarbeit unter einem fiktiven Vorwand mit einem Fingerschnipsen aufgelöst werden kann, was ist dann erst für ein kleines Menschenrechts- oder Bildungsprojekt in, sagen wir mal, Tambow zu erwarten?

Es liegt auf der Hand: Diese Tendenz wird weitergehen. Mehr noch, wir können eine Ausweitung der politischen Repressionen über den traditionellen zivilgesellschaftlichen und politischen Bereich hinaus in den Bildungs- und Kulturbereich beobachten. Die Repressionen haben jetzt ihre Auswirkung auf Bildung, Kultur und urbane Entwicklung, auf alles, was lebendig ist und autonom vom Staat. Es sind bisher nur Anfänge, aber diese Entwicklung ist im Universitätsbereich bereits deutlich spürbar.

Im Herbst ist auch deutlich geworden, dass die Repressionen, von denen wir üblicherweise sprechen, lediglich den Kern des Ganzen darstellen. Der Druck innerhalb der Bürokratie und der Eliten ist sehr viel spärlicher untersucht, hat jedoch drastisch zugenommen. Ich komme nicht umhin, zwischen der Verhaftung Sergej Sujew, des Rektors der »Schaninka« (der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften), und dem Fall Marina Rakowa (der ehemaligen stellvertretenden Bildungsministerin und stellvertretenden Präsidentin der »Sberbank«; Anm. d. Red.) – also mit German Gref und der »Sberbank« –, eine Verbindung zu ziehen. Ich komme auch nicht umhin, zwischen der Einstufung des »Bard College« als »unerwünschte Organisation« und der allzu unabhängigen Haltung von Alexej Kudrin eine Verbindung zu ziehen. Sowohl Gref wie auch Kudrin gehören zu Putins engster Umgebung. Das alles ist keine neue Tendenz. Eine Studie des Instituts für Probleme der Rechtsanwendung kommt zu dem Schluss, dass pro 100 Spitzenbeamten alljährlich eine:r gerichtlich verurteilt wird, 70 Prozent davon

zu Freiheitsentzug. Wir können das auch bei unserer praktischen Arbeit beobachten: Alle haben jetzt Angst, und das nicht ohne Grund. Den einen sitzt das Gericht im Nacken, anderen steht eine Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft bevor. Und es geht hier nicht um die üblichen Verdächtigen, sondern um öffentliche Einrichtungen, Universitäten und Staatsdiener:innen.

Schauen wir uns nochmal an, warum das alles geschieht. Und wichtiger noch, warum es früher oder später aufhören wird.

Zum einen sagt die russisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin Marija Snegowaja, die Repressionen in Russland seien auf außenpolitische Fragen zurückzuführen. Diese Schlussfolgerung hat ihre Berechtigung. Ja, es stimmt, die geopolitische Lage ist gereizt. Was wir jedoch tatsächlich beobachten, ist die Auswirkung der Proteste und »farbigen Revolutionen« im Nahen Ausland. Wir sehen diesen Zusammenhang auch in der Rhetorik der Regierung und anhand der restriktiven Gesetze, die verabschiedet werden. Wir erkennen die Motive unter anderem durch die begleitenden Begründungen zu den Gesetzesentwürfen. Die Ereignisse in Belarus und Kirgisistan können sehr wohl einer der Auslöser für die Verschärfung der repressiven Politik in Russland gewesen sein. Ich formuliere es mit Bedacht vorsichtig: Nicht Ursache, sondern einer der Auslöser.

Zweitens ist ein sehr viel wichtigerer Auslöser in der innenpolitischen Lage zu sehen, und hier vor allem in den Protesten. Die Zivilgesellschaft entwickelt sich weiter, die Stimmung in der Gesellschaft ändert sich, und wir beobachten nicht nur einen Rückgang der Umfragerate für das Regime, sondern auch einen Wertewandel.

Drittens eine Hypothese. Das Regime nimmt die Gesellschaft nicht als Subjekt wahr. Das derzeitige Niveau der Repressionen gegen die Zivilgesellschaft ist deshalb irrational, weil letztere keine reale Gefahr für die Machthabenden darstellt. Eine reale Gefahr besteht aus Sicht der Eliten und im Rahmen des Konzepts vom »Machtübergang« (gemeint ist die Debatte über die Frage, wie lange Putin noch an der Macht bleiben bzw. wie ein möglicher Machttransfer aussehen könnte, Anm. d. Redaktion) in gewissen Gruppen innerhalb der Eliten. In jenem Teil der Elite, der eher verhandlungsfähig ist und in der Gesellschaft ein eher annehmbares Image genießt. Die Position dieser Gruppen bei einem potenziellen Machtkampf innerhalb der Eliten wird durch den Druck auf die Zivilgesellschaft geschwächt.

Unseren Bericht vom Herbst beenden wir in Anlehnung an ein Werk von Alexej Jurtschak mit den Worten »Alles scheint ewig – bis es einmal aufhört« (<https://press.princeton.edu/books/paperback/9780691121178/everything-was-forever-until-it-was-no-more>). Und ich bin überzeugt, dass es aufhören wird, die Frage ist nur, wann und warum. In vergleichenden Länderstudien

wird oft gesagt, dass Repressionen mit der Demokratisierung zu Ende gehen, aber dass wenn es zu einer Demokratisierung kommt, die Repressionen nicht unbedingt ganz aufhören, aber schwächer werden. Die zweite verbreitete Ansicht ist, dass ein Wechsel des Machthabenden vonnöten ist, was im Endeffekt aber das Gleiche ist. In meinen Augen ist das zu abstrakt, die Frage ist doch, was Demokratisierung bedeutet und warum sie erfolgt.

Bei OWD-Info sprechen wir eher davon, dass ein Ende der Repressionen damit zusammenhängt, dass sie in der Gesellschaft anders wahrgenommen werden. Wir haben diesen Prozess mehrfach beobachten können. Im Jahr 2019, als sich die Haltung der Moskauer:innen und der Russ:innen in Bezug auf Polizeigewalt drastisch änderte, kam es zu einer großen gesellschaftlichen Solidaritätskampagne, und Menschen kamen aus den Gefängnissen frei. Eine Illustration hierfür ist ein Parolenwechsel bei den Protestierenden. Aus »Dopuskaj!« (»Lasst sie zu!« – die Kandidierenden bei den Wahlen) wurde »Otpuskaj!« (»Lasst sie frei!« – aus dem Gefängnis). Daher denken wir, dass sich bei einer veränderten Wahrnehmung der Repressionen ein echtes Fenster der Möglichkeiten für Veränderungen und eine Demokratisierung öffnet. Und wir sehen, dass sich diese Wahrnehmung ändert. Russland ist hier Teil eines globalen Trends, bei dem die Gesellschaft die unterschiedlichsten Arten von Gewalt erheblich weniger toleriert. Wir können auch die Haltung zur Gesetzgebung über »ausländische Agenten« betrachten. Umfragen des Lewada-Zentrums von 2016 zufolge waren 56 Prozent der Ansicht, der Sinn des Gesetzes bestehe darin, den Einfluss des Westens in Russland einzuschränken. Nur 26 Prozent meinten, es sei eine Methode, um Druck auf unabhängige NGOs auszuüben. 2021 hielten bereits 48 Prozent der Befragten das Gesetz für repressiv und 43 Prozent meinten, es schütze die Souveränität des Landes.

Wie wird es weitergehen? Unsere Aussichten erscheinen jetzt recht schwammig und wenig ermutigend. 2021

Über den Autor

Grigorij Ochotin ist Mitbegründer von OWD-Info und unabhängiger Analytiker. Von 2014 bis 2018 war er Mitglied des Vorstandes von Memorial International. Von 2001 bis 2011 arbeitete er als Journalist und war unter anderem für das Portal »Polit.ru«, die Zeitungen »Wedomosti«, »Bolschoj gorod« und für »RIA Nowosti« tätig.

Angriff des Kreml auf Memorial

Nikolay Petrov (Chatham House, London)

Alljährlich am 30. Oktober wird in Russland der Tag des Gedenkens an die Opfer politischer Repressionen begangen. In diesem Jahr veröffentlichte Memorial

war insgesamt ein Jahr gesellschaftlicher und politischer Apathie, vergleichbar etwa mit jener von 2014 und 2015. Die Zivilgesellschaft ist jedoch kein Wertpapiermarkt, der zulegt, abflaut oder sich erholt. Die Zivilgesellschaft gleicht eher einem Torfbrand, der beständig unter einer Schicht Torf und Erde schwelt; und niemand kann genau sehen, wie er schwelt. Von Zeit zu Zeit aber schießt eine Flammensäule aus dem Torf hervor und löst einen Waldbrand aus. Die letzten 10 Jahre haben wir immer wieder unerwartete Ausbrüche von Protesten in den verschiedensten Regionen und aus unterschiedlichsten Anlässen gesehen. Und diese Anlässe lösen sich nicht in Luft auf, wie auch die Zivilgesellschaft nicht einfach verschwunden ist. Für eine Demokratisierung haben sich die wichtigsten Grundlagen herausgebildet: Der Wunsch nach Veränderungen wird in der Gesellschaft stärker. Und zwar nicht nur nach politischen Veränderungen und nach Freiheit, sondern auch nach einem anderen Bildungswesen, nach einer erschwinglichen und guten Gesundheitsversorgung, nach einer angenehmen urbanen Umgebung. Die Menschen haben sich verändert, zumindest in den großen Städten. Die Menschen haben Appetit bekommen. Und der Staat ist nicht in der Lage, diese Wünsche zu erfüllen. Nicht immer aus Böswilligkeit. Einfach, weil er nicht kann. Weil es keine Kanäle für Feedback gibt, weil der Staat es nicht sonderlich versteht, weil er sich sehr davor fürchtet, von der Gesellschaft an die Leine genommen zu werden. Diese fundamentale Kluft ist bestimmend für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft und die immer unangemessenere Reaktion des Staates auf Wünsche aus der Gesellschaft. Diese Situation wird sich irgendwann auf irgendeine Weise auflösen müssen. Und in diesem zukünftigen Wandel wird die Zivilgesellschaft der wichtigste Akteur sein.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

am Vorabend die Information, dass es im Land derzeit mindestens 442 politische Gefangene gibt. Es folgte die von Memorial jedes Jahr organisierte »Rückgabe der

Namen«, bei der den ganzen Tag lang die Namen derjenigen verlesen werden, die während des Großen Terrors 1937–1938 erschossen wurden. Eine Woche später klagten Staatsanwaltschaften bei Gericht auf die Auflösung zweier verwandter Organisationen, der *Gesellschaft für historische Aufklärung, Bildung, Fürsorge und Menschenrechte* »Memorial International« und des *Menschenrechtszentrums* »Memorial«. Beide Organisationen waren von den Behörden als »ausländische Agenten« eingestuft worden, erstere 2016 und letztere 2014. Den Staatsanwaltschaften zufolge verstoßen die Organisationen grob gegen die Gesetzgebung über »ausländische Agenten«.

Dieser Angriff, das haben die ersten Gerichtsverhandlungen gezeigt, erscheint hinsichtlich der von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Belege absolut schlecht vorbereitet und ad hoc. Das Oberste Gericht, das das Verfahren gegen Memorial International verhandelt, vertagte sich nach dem ersten Sitzungstag auf den 14. Dezember. Das Stadtgericht Moskau, vor dem das Verfahren gegen das Menschenrechtszentrum verhandelt wird, vertagte sich auf den 16. November. Die Daten sind wichtig, weil für den 9. Dezember das jährliche Treffen von Präsident Putin mit dem Menschenrechtsrat angesetzt ist, der bereits erklärt hat, dass er dort die Geschehnisse um Memorial ansprechen werde.

Es ist klar, dass sowohl die Entscheidung, die Anträge bei den Gerichten zu stellen, als auch die Entscheidung über den Ausgang der Verhandlungen eine rein politische ist, die letztlich Wladimir Putin persönlich trifft. Eine Analyse der juristischen Begründung und der nur schwerlich einleuchtenden Forderungen des Regimes, wie sie in den Klagen formuliert sind, hat wenig Sinn. Man denke nur an die Formel, die in der Zeit der Repressionen unter Stalin kursierte und mal diesem selbst, mal Staatsanwalt Wyschinskij zugeschrieben wird: »Haben wir jemanden erstmal, wird sich schon ein Paragraf finden«.

Der aktuelle Angriff gegen Memorial hat sowohl taktische wie auch strategische Gründe. Bereits die Funktionsbeschreibung einer Gesellschaft für historische Aufklärung, Bildung und Menschenrechte birgt das, was einem zielstrebig autoritärer werdenden und totalitäre Züge annehmendem Regime kategorisch missfallen. Wenn sich das Regime mit der Geschichtskomponente noch abfinden könnte, so geht das bei den Bereichen Bildung und Menschenrechte in keinsten Weise. Bei Memorial geht es schließlich nicht nur darum, die Erinnerung an die Repressionen unter Stalin zu wahren und bürgerschaftliche Bildung zu fördern, etwa bei jungen Menschen. Memorial lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die politischen Repressionen, die heute in Russland erfolgen. Die russische Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft werden über die politische Situation im Land informiert. Memorial ist ein Sammel-

punkt für die gesamte russische Zivilgesellschaft, es ist eine Plattform, und Tribüne, wie es im Land praktisch kaum noch eine gibt.

Die politischen Repressionen werden jetzt in Russland nicht nur ausgeweitet, mit einer Ausweitung des Kreises der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Medien oder einfach Personen, die zu »ausländischen Agenten« oder »unerwünschten Organisationen« erklärt wurden. Die Repressionen werden auch intensiver, indem Organisationen geschlossen und Menschen außer Landes getrieben, verhaftet und ins Gefängnis geworfen werden.

Seit Memorial zu einem »ausländischen Agenten« erklärt wurde, hat der Druck des Kreml auf Memorial zugenommen, die Schlinge zog sich allmählich zu. Es wurde versucht, Memorial mit gewaltigen Geldstrafen zu ersticken. In Karelien und Inguschetien wurden die Leiter der jeweiligen regionalen Organisation von Memorial aufgrund fabrizierter Straferfahren verurteilt. Das Regime versuchte, Veranstaltungen von Memorial zu stören und setzte dazu junge Neonazis ein, wie kürzlich bei der Vorführung eines Filmes von Agnieszka Holland über den Holodomor.

Es stimmt, dass Memorial durch all diese Maßnahmen geschwächt wurde, sowohl in Bezug auf die im Vergleich zu früher stark eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten, als auch hinsichtlich der Unterstützung von Seiten der Gesellschaft. Eine vor kurzem durchgeführte Umfrage des Lewada-Zentrums ergab, dass nur ein Viertel der Befragten von Memorial wussten, und von diesen wiederum fand nur die Hälfte die Arbeit von Memorial gut. Ein gleicher Anteil ist der Ansicht, dass das Vorgehen gegen Memorial politisch motivierter Druck durch die Regierung ist. Immer weniger junge Menschen wissen von Memorial; und immer weniger wissen um die stalinistischen Repressionen gegen Angehörige der eigenen Familie.

Zudem war und bleibt Memorial ein Feind des in Russland triumphierenden Tschekismus, der früher genötigt gewesen war, sich mit der Existenz einer solchen Organisation abzufinden, der heute aber spürt, dass der Preis, der innerhalb wie außerhalb Russlands wegen einer Schließung von Memorial zu zahlen wäre, geringer geworden ist.

Derzeit sind unterschiedliche Szenarien für die nahe Zukunft denkbar, die Entwicklung wird von der Haltung der russischen Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft abhängen. Dass eine Reihe offizieller und semioffizieller Personen sowie Organisationen unterschiedlich deutlich ihre Unterstützung für Memorial International gezeigt haben (zwar nur für dieses, und nicht für das Menschenrechtszentrum), könnte bedeuten, dass letzteres zum Hauptziel wird; der Kreml könnte vorläufig das eine Memorial begnadigen und das andere schließen.

Es ist klar, dass dies auf keinen Fall das Ende der Geschichte ist. Memorial – und zwar die Hauptorganisation und das Menschenrechtszentrum – werden ihre Mission nach Kräften fortführen, und sei es unter härteren Bedingungen. Klar ist auch, dass die Linie, die Organisationen zu isolieren und ihre Rolle in der Gesellschaft zu schwächen, weiterverfolgt werden wird, selbst wenn sie jetzt nicht per Gerichtsbeschluss geschlossen werden sollten. Memorial bleibt dabei nicht einfach nur eine

sehr wichtige Verteidigungslinie, sondern ein Symbol der gesamten russischen Zivilgesellschaft. Wenn Memorial geschlossen und in den Untergrund gedrängt werden könnte, bedeutete das, dass der Kreml im Umgang mit Strukturen der Zivilgesellschaft nun völlig entfesselt agieren kann.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Nikolay Petrov ist Senior Research Fellow im Forschungsprogramm Russland und Eurasien bei der britischen Denkfabrik Chatham House in London. Zuvor war er unter anderem Wissenschaftler am Carnegie Center Moscow und Professor für Politikwissenschaft an der Higher School of Economics in Moskau. In den Jahren 2015 bis 2018 organisierte Petrov in Kooperation mit Memorial die öffentliche Expertendiskussionsreihe »Das Land, in dem wir leben«.

Feinde ringsum. »Der Westen« als Gefahr für Russlands innere Sicherheit

Hans-Henning Schröder (Bremen)

Am 2. Juli 2021 veröffentlichte die russische Führung ihre »Strategie für die nationale Sicherheit der Russländischen Föderation« (publication.pravo.gov.ru/Document/View/000202107030001). Besondere Aufmerksamkeit widmete das Strategie-Papier der inneren Situation Russlands. Die innere Ordnung des Landes sei bedroht: das Kriminalitätsniveau sei hoch, der »Extremismus« – ein Begriff, der mehr oder minder alle oppositionellen Aktivitäten bezeichnen kann – wirke sich negativ auf Gesellschaft und Politik aus. Von Bedeutung aber seien besonders die Einflüsse aus dem Ausland:

»Destruktive Kräfte im Ausland und im Innern unternehmen Versuche, die objektiven sozioökonomischen Schwierigkeiten in der Russländischen Föderation zur Förderung negativer sozialer Prozesse, zur Zuspitzung interethnischer und interreligiöser Konflikte zu nutzen.«

Ausländische Geheimdienste und von ihnen kontrollierte russländische NGOs sind danach im Lande aktiv, internationale terroristische und extremistische Organisationen werben russländische Bürger an. Zur Verbreitung von Falschinformationen und zur Organisation ungesetzlicher Aktionen werden – so das Strategiepapier – die Möglichkeiten genutzt, die soziale Netzwerke bilden.

Bei der Abwehr dieser Gefahren steht für die russische Führung der Kampf gegen Einmischung von außen und gegen ausländische Nachrichtendienste an erster Stelle, da diese Dienste und andere Organisationen und Einzelpersonen – so das Strategiepapier – den nationalen Interessen Russlands schaden und Anschläge auf die Verfassung und die Rechte der Bürger verüben, etwa

durch Anstiftung zu »Farbrevolutionen«. Dass Revolutionen nur negative Folgen haben können, das, so versicherte Präsident Putin im Oktober vor dem Waldaj-Club (<http://kremlin.ru/events/president/news/66975>), wisse man in Russland aus eigener Erfahrung:

»Diese Beispiele aus unserer Geschichte [1917 und 1989/91] erlauben es uns festzustellen, dass eine Revolution nicht der Ausweg aus der Krise ist, sondern sie nur verschärft. Keine Revolution war jemals den Schaden wert, den sie dem menschlichen Potenzial zugefügt hat«

Die USA und manche Länder des Westens würden aber – so der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew (<https://rg.ru/2021/05/31/patrushev-raskryl-neizvestnye-podrobnosti-zhenevskoj-vstrechi-s-sallivanom.html>) – alles daran setzen, eine solche Entwicklung in Gang zu bringen:

»Um Russland einzudämmen, wird der politische und wirtschaftliche Druck verstärkt, es wird versucht, die gesellschaftspolitische Lage im Land zu destabilisieren, die Protestbewegung anzustacheln und zu radikalieren und die traditionellen geistigen und moralischen Werte Russlands zu untergraben.«

Die Weltordnung befinde sich, so die Sichtweise der russischen Führung in einem tiefgreifenden Umbruch, in dem sich neue Strukturen und neue Spielregeln erst herausbilden. Transnationale Unternehmen versuchen, die Rolle von Staaten einzuhegen, internationale Institutionen verlieren an Einfluss und das System globaler Sicherheit ist kaum noch funktionsfähig. Zugleich nehme die soziale Ungleichheit zu und innenpolitische

Probleme verschärften sich. In dieser Krisensituation strebe »der Westen« danach, seine Hegemonie zu erhalten – und dazu nutze er auch die sozialen Netzwerke, kritische Medien und Nichtregierungsorganisationen.

Der Wandel der Welt, so das Strategiepapier, betreffe nicht nur die Beziehungen zwischen den Staaten, sondern auch die allgemeinmenschlichen Werte und bedrohe die traditionellen geistig-moralischen Maßstäbe und die unverrückbaren moralischen Prinzipien. Persönliche Freiheit werde absolut gesetzt, es gelte, dass alles erlaubt sei, man propagiere Egoismus und Sittenlosigkeit, pflege den Kult der Gewalt, des Konsums und des Genusses, und legalisiere Drogen. Russländische Werte seien aktiven Angriffen von Seiten der USA, ihrer Bundesgenossen, transnationaler Unternehmen und ausländischer NGOs ausgesetzt:

»Die informationelle und psychologische Diversion und die ›Verwestlichung‹ (*westernisazija*) der Kultur verstärkt die Gefahr, dass die Russländische Föderation ihre kulturelle Identität verliert.«

Indem man fremde Ideale und Werte einpflanze, und Bildung, Wissenschaft, Kultur, Religion, Sprache und Informationspolitik ohne Rücksicht auf historische Traditionen reformiere, zerstöre man das Fundament der kulturellen Souveränität und untergrabe die Staatlichkeit. So entstehe aggressiver Nationalismus, Xenophobie, religiöser Extremismus und Terrorismus. Die jahrhundertalte Geschichte und die kulturellen Werte, die Moral und Sittlichkeit seien die Grundlage der russländischen Gesellschaft, auf der die Souveränität der Russländischen Föderation basiert.

Diese Leitbilder halten den Staat mit seinen unterschiedlichen Ethnien und seinen verschiedenen Konfessionen zusammen. Um diese Gemeinsamkeit zu schützen, soll, so das Strategiepapier, die »historische Wahrheit« verteidigt und jeglicher Geschichtsfälschung entgegen gewirkt werden. Die Institution der Familie und die traditionellen familiären Werte will man stärken. Staatliche Informationspolitik solle die traditionellen geistig-moralischen und kulturell-historischen Werte propagieren und destruktive Ideen von außen abwehren. Das System der Bildung und Erziehung soll entwickelt werden, und sozial verantwortliche Persönlichkeiten hervorbringen, die nach geistiger und moralischer Vervollkommnung streben. Die traditionellen Konfessionen will man unterstützen. Das kulturelle Erbe soll gewahrt, die Errungenschaften der russländischen Wissenschaft und Technik, der Literatur, Kunst, Musik und des Sports popularisiert werden. Es sollen auch geistig-moralische und patriotische Initiativen unterstützt werden, z. B. karitative Projekte und Freiwilligenbewegungen. Ferner will man die russische Sprache schützen und die Verbreitung von Ausdrücken, die »nicht den vorgeschriebenen Normen entsprechen« (etwa Vulgärsprache) unterbinden.

Daher gilt es, die russländische Gesellschaft vor der »auswärtigen Ideen- und Werteexpansion« und der auswärtigen destruktiven informationell-psychologischen Einwirkung zu schützen, die Verbreitung extremistischer Inhalte, der Gewaltpropaganda, der rassistischen und religiösen Intoleranz und der interethnischen Feindschaft zu verhindern.

Das Strategiepapier hat ein Ziel: das aktuelle System politischer Herrschaft in Russland zu erhalten. Reale Probleme wie Korruption, Kriminalität, Migration und interethnische Konflikte werden wohl gesehen, doch die »Strategie« unterstellt, dass Kräfte »von außen« die Unzufriedenheit in Russland schüren und einen Umsturz – eine »Farbrevolution« – herbeiführen wollen. Das eben soll verhindert werden. Politische Strukturen, die sich kritisch mit der Führung auseinandersetzen, will man mundtot machen. Parallel sollen eigene Institutionen und Organisationen aufgebaut werden, die die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen simulieren sollen. Auf diese Weise will man die Gesellschaft befrieden. Gesellschaft wird also als staatliche Veranstaltung gedacht, nicht als soziales Gefüge, in dem Staatsbürger zusammenwirken und sich austauschen.

Die russische Führung unterstellt, dass die Versuche, das politische System in Russland zu destabilisieren, vom »Westen« ausgehen. Damit knüpft sie an Denkmuster an, die seit langem im nationalrussischen Milieu geläufig sind. 2008 etwa rief der Dokumentarfilm »Der Untergang des Imperiums«, den Tichon Schewkunow, heute Metropolit von Pskow und Prochow, zusammengestellt hat, und der den Fall Konstantinopels 1453 thematisiert, heftige Diskussionen hervor. Tichons Version vom Verrat der katholischen (westlichen) Mächte Rom und Venedig an der orthodoxen Metropole Konstantinopel wurde als Sinnbild für die internationale Situation in der Gegenwart verstanden (Archimandrit Tichon (Schewkunow): *Gibel imperii. Wisantijskij urok* [Der Untergang des Imperiums. Eine byzantinische Lektion]. Telekanal »Rossija«, 30. Januar 2008, https://youtu.be/dkShRaW5_K0). Das Muster von westlichem Verrat und westlicher Diversion findet sich wenig überraschend auch heute in der Rhetorik führender russischer Politiker. So behaupten Putin und Lawrow hartnäckig, es habe einen vom Westen gesteuerten Mordanschlag auf den belarussischen Staatschef Lukaschenka gegeben (für den es keine Belege gibt). Die EU mische sich offen in Russlands innere Angelegenheiten ein, wie z. B. im Falle Nawalnyj. Ihr gehe es um Abschreckung und Eindämmung Russlands. Patruschew, gegenwärtig Sekretär des Sicherheitsrates, unterstellt, die Massenbewegung in der Ukraine, die zum Sturz des Präsidenten Janukowytsch führte, und die Proteste in Belarus seien vom »Westen« diktiert und initiiert. Ähnliche Entwicklungen in Russland wolle man verhindern.

Vor diesem Hintergrund muss das Vorgehen gegen freie Medien, Journalisten und Nichtregierungsorganisationen bewertet werden. Die russische Führung ist durch die Reaktionen vor allem der USA auf ihr Vorgehen in der Ukraine verunsichert. Die Aktivitäten der USA und der EU im postsowjetischen Raum werden als Bedrohung und Verletzung der eigenen Interessensphäre verstanden. Die russischen Eliten haben sich in eine geistige »Wagenburg« zurückgezogen und sehen ringsum nur Feinde. Diese Sichtweise bestimmt auch die Interpretation der Entwicklung im Innern. Spätestens seit der umstrittenen Rentenreform des Jahres 2018 stagnieren die Umfragewerte von Putin. Die niedrige Impfquote des Jahres 2021 zeugt nicht von einem hohen Vertrauen in die Führung. Die niedrige Akzep-

tanz des politischen Systems bedeutet noch nicht, dass seine Stabilität direkt in Frage gestellt ist. Die Mobilisierung von Protestlern ist nicht hoch, die Opposition schwach und schlecht organisiert. Dennoch ist die Führung besorgt und greift verstärkt zu repressiven Maßnahmen. Sie setzt Medien unter Druck, verfolgt kritische Journalisten und Oppositionsvertreter. In diesen Kontext gehört auch das Vorgehen gegen »Memorial«. Es ist nur erklärbar aus der Vorstellung der Führung, eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte, das Eintreten für allgemeine Menschenrechte und freie Meinungsäußerung würden die Stabilität des Systems gefährden. Dies ist die angstgesteuerte Überreaktion einer Elite, die nicht an die eigene Stärke glaubt.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder habilitierte sich 1994 an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Osteuropäische Geschichte und lehrte u. a. am Osteuropa-Institut der FU Berlin als apl. Professor »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin gearbeitet. 2003 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Heiko Pleines die Russland-Analysen gegründet, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis April 2017 war. 2015 – 2016 war er Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die Gründung eines Osteuropa-Instituts.

Déjà-vu

Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

»In jenen Monaten wurde ich noch in eine andere, sehr komplexe politische Sache hineingezogen. Sie hat eine dramatische Entstehungsgeschichte und noch unklare, doch potentiell sehr große Perspektiven, was den Einfluß auf das öffentliche Leben und das öffentliche Bewußtsein betrifft. Ich rede von »Memorial«.

Das schrieb der Physiker, Menschenrechtsaktivist und Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow (1921 – 1989) in seinen Memoiren über die Anfänge Memorials im Jahr 1988, dessen Mitbegründer er war. Wie recht er hatte, als er von den »großen Perspektiven«, dem »Einfluss auf das öffentliche Leben« und »Bewusstsein« sprach. Man möchte nur hoffen, dass er damals nicht ahnte, wie dramatisch auch die »Liquidierungsgeschichte« sein würde. Man möchte sagen, so bedauernswert es ist, dass er, der dieses Jahr seinen hundertsten Geburtstag gefeiert hätte, nicht das Ende der Sowjetunion miterlebte, so gut ist es, dass er nicht miterleben muss, dass 33 Jahre nach der Gründung Memorial vor dem Aus steht. Und das nicht, weil die selbst gesteckten Aufgaben der Erinnerung und Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen erledigt oder von anderen staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organi-

sationen übernommen worden wären. Nein, weil Memorial in seinem »Einfluß auf das öffentliche Leben und das öffentliche Bewußtsein« zu erfolgreich, zu wichtig, zu zentral ist und damit diametral dem entgegensteht, was die Regierung für die Gesellschaft will: Geschichte nur als Glanz und Gloria, die Jugend »patriotisch« erziehen und keine Dokumentation von heutigen Menschenrechtsverletzungen.

Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn als Farce, sagte einst Karl Marx. Aber so wenig sich die vergangene Sowjetunion mit Karl Marx erklären lässt, so wenig adäquat lässt sich die Wiederkehr der politischen Verfolgung, der Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit, der Unterbindung von Versammlungsfreiheit, der »Liquidierung« von gesellschaftlichen Organisationen wie Memorial als Farce abtun. Und dennoch hat man den Eindruck, das alles schon einmal gesehen, gehört, ja erlebt zu haben, scheinen alle raffinierten Mittel der Schikane und »administrativen Maßnahmen« bereits von Sacharow in seinen Memoiren beschrieben zu sein: »Diese Konferenz [im Oktober 1988] war als Gründungsveranstaltung geplant; dort sollte die Satzung verabschiedet und die Schaffung der historisch-aufklä-

rerischen Allunions-Gesellschaft ›Memorial‹ bekanntgegeben werden. Aber etwa eine Woche zuvor begann das Zentralkomitee [der KPdSU] aus verschiedenen, wenig einsichtigen Motiven, Einwände gegen die Durchführung der Gründungskonferenz zu erheben. (...) In Wirklichkeit hatte das Zentralkomitee einfach Angst vor einer unabhängigen (schwer zu kontrollierenden) öffentlichen Massenorganisation, der zudem viele berühmte Personen angehörten.« Die Sätze Sacharows lassen sich eins zu eins auf die heutige Zeit übertragen, nur dass der Prozess sozusagen rückwärts läuft: Memorial ist bereits gegründet, also versucht der Staat mit allen Mitteln seine Tätigkeit zu erschweren. Die heute vorgebrachten »wenig einsichtigen Motive und Einwände« kommen als Brandmarkung als »ausländischer Agent« daher und gipfeln in dem absurden Vorwurf, Memorial würde Geschichtsklitterung betreiben. So absurd beide Anklagepunkte sind, so gut sind sie platziert, denn sie zielen auf Memorials wichtigstes kulturelles Kapital: Integrität und Unbestechlichkeit. Gerade jene, die sich seit 33 Jahren für eine schonungslos aufklärende Geschichtswissenschaft einsetzen und dafür jedes Jahr Schülerwettbewerbe im Schreiben von Geschichtsesays ausloben, werden beschuldigt, der Jugend ein falsches Geschichtsbild zu vermitteln, das eben nicht von Patriotismus (»Wir haben Europa befreit«), sondern von Aufklärung (»Wir waren an vielen Verbrechen beteiligt«) geleitet ist.

Weil auch der zweite Versuch einer Gründungskonferenz am 17. Dezember 1988 von den Behörden verhindert wurde, gründete sich Memorial erst im Januar 1989. Doch da war der sowjetische Staat schon auf eine andere List verfallen: Was nicht aufzuhalten war, konnte man wenigstens schikanieren: »Mitte Dezember wurde den ›Memorial‹-Vertretern der Zugang zu ihrem Bankkonto entzogen (...). Als formeller Vorwand diente die Tatsache, daß ›Memorial‹ nicht offiziell registriert war.« Zweimal wurden Sacharow und andere Gründungsmitglieder ins Zentralkomitee der KPdSU bestellt und auf sie erheblicher Druck ausgeübt: Sie sollten das gesammelte

Geld an das Kultusministerium übergeben, das damit selbst ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des stalinistischen Terrors errichten werde, und Memorial bräuchte nicht gegründet zu werden, da die KPdSU bald selbst staatliche Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte einsetzen werde. Das hielt die Bürgerrechtsaktivist:innen nicht von der Gründung von Memorial ab, im Gegenteil. Doch: »Die Position von ›Memorial‹ ist auch nach der Gründungskonferenz schwierig und ungewiß. Bis heute wird ›Memorial‹ die Registrierung verweigert, (...). Alle bestehenden Allunions-Organisationen wurden durch Regierungsbeschlüsse geschaffen und bedürfen angeblich keiner Registrierung. Somit hat ›Memorial‹ weiterhin keinen Zugang zu seinem Bankkonto. Die örtlichen Gruppen und ihre Mitglieder sind Verfolgungen ausgesetzt«, schrieb Sacharow im Sommer 1989. Auch das klingt erschreckend bekannt: Organisationen, die man nicht verbieten kann, ihrer finanziellen Grundlage zu berauben. Mit zahlreichen Strafverfahren hat die russische Staatsanwaltschaft Memorial in den letzten Jahren überzogen, weil sie angeblich ihre Internet- und Printmedien nicht korrekt als Produkte eines »ausländischen Agenten« gekennzeichnet haben, und ihnen dafür empfindliche Geldstrafen auferlegt. Und so hat man den Eindruck, alles wiederholt sich: das Abgraben von Finanzmitteln, die deutlichen Hinweise, für Denkmäler und Geschichtsaufarbeitung sei der Staat und nicht eine dahergelaufene NGO zuständig, statt der Behinderung des Gründungsakts nun das Strafverfahren zur Erzwingung der Auflösung. Nur, es ist keine Farce, es ist eine Katastrophe; die Geschichte bewegt sich nicht mehr vorwärts, sondern wird rückwärts abgewickelt. Exakt 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat man den Eindruck, sie sei wieder da: mit ihrem verklärten Geschichtsbild, ihrer Gängelung der Gesellschaft, ihren »administrativen Maßnahmen«, ihrem Absolutheitsanspruch. Ein Déjà-vu.

Alle Zitate aus Andrej Sacharow: Mein Leben, 2. Auflage, München, Zürich: Piper 1991, S. 793–799.

Über die Autorin

Prof. Dr. *Susanne Schattenberg* ist Historikerin und Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Parteiführer Chruščev und Brežnev, der homo sovieticus, Dissens und Konsens. 2017 ist ihr Buch »Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie« beim Verlag Böhlau erschienen.

Memorial als wichtiger geschichtswissenschaftlicher Akteur

Martin Aust (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

Die Staatsanwaltschaft Russlands hat die Auflösung von Memorial beantragt. Die zuständigen Gerichte haben ihre weitere Befassung mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft in die zweite Dezemberhälfte dieses Jahres verlegt. Zuvor wird die drohende Auflösung von Memorial Gegenstand eines Treffens zwischen Präsident Putin und dem Rat für Menschenrechte in Russland sein. Ob sich damit die drohende Schließung von Memorial abwenden lässt, steht dahin. Allein die Beantragung der Schließung unter dem fadenscheinigen Vorwand, Memorial habe gegen Bestimmungen des Gesetzes über ausländische Agenten verstoßen, lässt schlimmes befürchten. Der Vorstoß der Staatsanwaltschaft richtet sich gegen die älteste und größte Menschenrechtsorganisation in Russland. Memorial ist 1989 in der Sowjetunion unter maßgeblicher Beteiligung des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow und der Germanistin und Historikerin Irina Scherbakowa gegründet worden. Der Antrag der Staatsanwaltschaft stellt einen beispiellosen Angriff auf die Zivilgesellschaft und Meinungsfreiheit in Russland dar. Zugleich gilt er aber auch einer wissenschaftlichen Institution, die wie keine andere für das Gedächtnis Russlands steht.

Die Anfänge Memorials in der Sowjetunion fallen in die Phase der Glasnost, als Gorbatschow es zuließ, dass die blinden Flecken der sowjetischen Geschichte und insbesondere des Stalinismus ausgeleuchtet werden. Die Erfahrung des stalinistischen Terrors hatte sich buchstäblich in beinahe jede Familiengeschichte in der Sowjetunion eingeschrieben, musste dort jedoch im Zeichen von Angst und Furcht häufig beschwiegen werden. Memorial vermaß und dokumentierte diese Geschichte. Memorial kartierte die Lager des Gulags und der Erschießungsstätten. Memorial rekonstruierte die Namen der Opfer, gab ihnen ihre Stimme zurück. Memorial sammelte Lebensinterviews von Überlebenden und ihren Nachfahren, initiierte und unterstützte die Eröffnung von Gedenkstätten des stalinistischen Terrors wie beispielweise in Perm und neuer Erinnerungspraktiken wie »Die letzte Adresse«, die den letzten Wohnort von Opfern des stalinistischen Terrors

mit Plaketten an Hauswänden im öffentlichen Raum sichtbar macht.

Memorial ist in dreifacher Hinsicht ein wichtiger geschichtswissenschaftlicher Akteur. Das gilt zuerst für die konzeptionelle Weiterentwicklung von Geschichtswissenschaft. In den 1990er Jahren wandte sich die Geschichtsschreibung in vielen Ländern verstärkt den einzelnen Menschen, ihren Erfahrungen und Selbstbeschreibungen zu. Die große Geschichte von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erhielt eine anthropologische Dimension. Wie einzelne Menschen Umbrüche erfahren haben, unter welchen Zwängen Menschen lebten, aber auch über welche Handlungsmacht sie verfügten und wie sie sie nutzten, wie sie ihr eigenes Leben erzählten – dies waren neue und drängende geschichtswissenschaftliche Fragen der 1990er Jahre. Memorial hat sie in Russland maßgeblich mitentwickelt und sie in der Geschichtsschreibung etabliert. Zweitens hat Memorial dabei Unschätzbare für die Internationalisierung von Geschichtsschreibung geleistet. Die Moskauer Zentrale von Memorial ist in einem Netzwerk mit Filialen in Belarus, der Ukraine, Deutschland, Tschechien, Frankreich, Belgien und Italien verbunden. Memorial steht exemplarisch dafür, dass Geschichtswissenschaft allein als internationale Kooperation gelingen kann. Drittens hat Memorial über die Jahrzehnte ein einzigartiges Archiv angelegt. Es ist in verschiedene Sammlungen unterteilt. Sie umfassen ein Archiv der Geschichte des Gulags von 1918 bis 1956, ein Archiv der poststalinistischen Dissidenz in der Sowjetunion, ein Archiv der Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter, die die Deutschen zur Zwangsarbeit im Reich deportiert hatten, mit mehr als 320.000 Briefen und Memoiren, ein Archiv lebensgeschichtlicher Videos und Audiodateien zur Tätigkeit von Memorial, ein Fotoarchiv des 20. Jahrhunderts und ein Zentrum der Oral History. Die Geschichte der Sowjetunion kann ohne diese Materialien nicht geschrieben werden.

Der russländische Staat mag Memorial als Organisation verbieten können. Doch wir Historikerinnen und Historiker müssen alles uns Mögliche dazu beitragen, dass Memorial als Idee, Gedächtnis, Archiv und Partner der Geschichtswissenschaft weiterlebt.

Über den Autor

Martin Aust ist Professor für Geschichte und Kultur Osteuropas an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Vorsitzender des Verbands der Osteuropahistorikerinnen und -historiker Deutschlands. Jüngste Publikationen: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991 (München 2019); Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939 – 1945 (Bonn, 2021).

Ein Refugium der Freiheit wird zerstört

Marieluise Beck (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

»Memorial« – Weshalb ist es so wichtig und so umstritten, sich zu erinnern? An die Opfer, die Täter, die Namen, die Orte, die Spuren und Zeugnisse. Nicht nur aus Respekt für die Opfer – auch um Eurer, um unserer Zukunft willen. Damit Willkür, Unmenschlichkeit, Leiden, das Brechen von Menschen, das zügellose Ausleben von Macht, die Strafflosigkeit – damit all das nie wieder zurückkehren kann.

Der Wahn Hitlers, das totalitäre System des Nationalsozialismus, das Europa beinahe zerstörte – zu seiner Aufarbeitung bedurfte es zunächst des Anstoßes durch die alliierten Sieger. Sehr zögerlich und langsam stellte sich das deutsche Volk diesen dunklen Jahren der Geschichte.

Der Wahn Stalins, das totalitäre System der Sowjetunion hatte ein anderes Gesicht, eine andere Ideologie, andere Charakterzüge und doch viele strukturelle Gemeinsamkeiten. Auch dieses Regime führte viele Millionen ins Verderben – Erschießungskommandos, Gulag, Holodomor, Deportationen.

Aber es gab keine Siegermächte, die verlangten, sich mit dieser Tragödie zu konfrontieren.

Stalins Tod brach die schlimmste Welle der Gewalt, doch Unterdrückung und Willkür, das Ausgeliefertsein blieb.

Auch in der Sowjetunion machten sich mutige, aufrechte und kluge Menschen auf den Weg der Erinnerung. Sie gingen in Archive, soweit sie zugänglich waren, befragten Zeitzeugen, sammelten Material. Sie trafen sich in kleinen Zirkeln, vertraulicher Austausch fand in den Küchen statt.

Arsenij Roginskij ging für diese verbotene Spurensuche noch ins Straflager. Man arbeitete im Untergrund, fotografierte Zeugnisse. St. Petersburg und Moskau wurden zu Zentren, in denen das Schweigen gebrochen wurde.

Keine Familie in der Sowjetunion, die nicht einen oder eine verloren hatten. Erschütternde Zettel von Müttern, die ihren Kindern noch einen letzten Gruß zukommen ließen.

Die leeren Augen derer, die wussten, dass sie der Tod erwartete, für nichts. Aus reiner Willkür.

Über die Autorin

Marieluise Beck ist Direktorin für Ostmitteleuropa/Osteuropa am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Sie war langjährige Abgeordnete im Deutschen Bundestag von Bündnis 90/Die Grünen und ist seit gut dreißig Jahren mit den Menschen von Memorial verbunden.

1990 schienen die Türen aufzugehen. Es gab Luft zum Atmen. Wahrheiten durften benannt, Opfer und ihre Zeugnisse gesucht, Täter benannt werden. Das System der Repression, das das ganze Land in Angst versetzt hatte, durfte erforscht werden.

West und Ost reichten sich die Hand. In den 90er Jahren konnten wir in Deutschland und den Folgestaaten der Sowjetunion gemeinsam die Zivilisationsbrüche des destruktiven 20. Jahrhunderts erforschen.

Schon lange gefällt dem Putin-Regime die Arbeit an der Wahrheit nicht mehr. Schon lange arbeitet der Kreml an einer neuen Deutungshoheit der Geschichte, will die imperiale Größe wieder herstellen. Die Siege der Sowjetunion werden wieder gefeiert, ihre Abgründe stören das heroische Bild. Dass nur die Wahrheit über die Vergangenheit neue Untaten verhindern kann, passt nicht mehr in die Logik der Macht.

Schon lange zieht sich der Ring um Memorial zu. Die »Nestbeschmutzer« sollen schweigen oder das Land verlassen. Sie werden erneut mit Haft und Straflager bedroht.

Die Archive sollen wieder geschlossen werden. Darunter auch das größte Archiv zu Zwangsarbeitern in Deutschland, das von Memorial aufgebaut wurde.

Memorial ist ein großes Netzwerk, es reicht über Russland hinaus, in die baltischen Staaten, in die Ukraine, ja, bis nach Deutschland.

Zerstört werden soll nicht nur eine Organisation. Zerstört werden soll die Chance auf einen Neuanfang durch Erinnerung. Es geht um Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit als Grundlage für ein demokratisches und friedliches Europa.

Die Gründer und Träger von Memorial sind gewaltfrei und unbeugsam zugleich. Sie setzen ihren friedlichen Kampf um Recht und Gerechtigkeit auch vor Gericht fort, obwohl jeder weiß, dass die Urteile nicht im Gerichtssaal gefällt werden.

Es gibt viele Gründe, diese mutigen Menschen zu lieben. Die Staatsmacht kann Gebäude schließen und Organisationen verbieten. Aber den Geist von Memorial wird sie nicht besiegen.

Der Fall Memorial und die Instrumente des Europarats

Caroline von Gall (Universität zu Köln)

Der Fall Memorial zeigt, dass der Europarat der Zerstörung des Russischen NGO-Sektors in den letzten Jahren kaum etwas entgegensetzen konnte. Auf ein Urteil des EGMR zum Gesetz über »ausländische Agenten« wird schon seit bald neun Jahren gewartet. Wenn das Urteil erst kommt, nachdem in Russland der NGO-Sektor bereits weitgehend zerstört ist, wird das im Kreml als Zeichen der Schwäche des Europarats interpretiert werden.

Das Vorgehen der staatlichen Behörden gegenüber der NGO »Memorial« wirft nicht nur ein deutliches Licht auf das russische politische Regime, sondern auch auf den Europarat und seine Aufgabe, dem Autoritarismus in Europa etwas entgegensetzen. Streng genommen können Mitgliedsstaaten vom Europarat ausgeschlossen werden, die seine Ziele, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht teilen. Das ganze System beruht darauf, dass die Staaten die Normen freiwillig befolgen, Instrumente zur Durchsetzung gibt es kaum. Die massiven Repressionen gegen NGOs und Andersdenkende, wie zuletzt die von der Staatsanwaltschaft angestrebte Liquidation von Memorial, die Verfassungsänderungen, die Wladimir Putin nahezu unbeschränkt regieren lassen, aber auch bereits die völkerrechtswidrige Annexion der Krim zeigen, dass die russische Politik tatsächlich eine Bedrohung für die Ziele des Europarats darstellt. Allerdings besteht ein gewaltiger politischer Spielraum im Hinblick darauf, einen Mitgliedstaat bei Vertragsverletzungen auszuschließen oder zu sanktionieren. Die deutsche Regierung hatte sich im Sommer 2019 vor allem deshalb für den Erhalt der russischen Mitgliedsrechte ausgesprochen, um russischen Bürger:innen die Möglichkeit zu sichern, bei Menschenrechtsverstößen Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erheben zu können.

Auch im Fall Memorial bliebe nach der Liquidation und möglichen weiteren individuellen Strafen deshalb heute der Gang nach Straßburg, wenn – wie zu erwarten – vor russischen Gerichten kein Recht gesprochen wird. Dies kann positiv bewertet werden. Der EGMR wird dann unzweifelhaft eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) feststellen. So muss das Gesetz, mit dem in die Vereinigungsfreiheit nach Art. 11 EMRK eingegriffen wird, hinreichend bestimmt, d. h. in der Anwendung klar und vorhersehbar sein. Bereits in ihrem Gutachten vom 27. Juni 2014 sowie erneut im Gutachten vom 6. Juli 2021 hatte die Venedig-Kommission des Europarats festgestellt, dass dies für das hier einschlägige sog. Gesetz über den

ausländischen Agenten vom 13. Juli 2012, auf dessen Grundlage die Angriffe auf russische NGOs erfolgen, nicht der Fall ist. Die gesetzlich geschaffene Pflicht von Vereinigungen, sich bei »politischen Tätigkeiten«, die aus dem Ausland finanziert werden, als »ausländischer Agent« zu bezeichnen, verletzt die Vereinigungsfreiheit. Insbesondere der Terminus »politische Tätigkeit« birgt die Gefahr der willkürlichen Anwendung. Außerdem hat der Begriff »ausländischer Agent« stigmatisierende Wirkung. Der legitime Zweck, Transparenz über ausländische Finanzierungen zu erzielen, dürfe nicht dazu missbraucht werden, das Vereinsleben insgesamt zu zerstören, so die Venedig-Kommission. Letztlich ist der sog. »chilling effect« einer Maßnahme zu berücksichtigen. Danach wiegt ein Eingriff besonders schwer, wenn er geeignet ist, andere Menschen von einem gewünschten zivilgesellschaftlichen Verhalten abzubringen. So war von Anfang an deutlich, dass das Gesetz geeignet war, die russischen NGOs stark unter Druck zu setzen. In der Praxis wurde das Gesetz schnell nicht nur als stille Drohung, sondern aktiv als Grundlage für Repressalien genutzt.

Wenn ein späteres Urteil des EGMR für die Betroffenen rückwirkend individuelle Genugtuung bringen mag, so zeigt gerade der Fall Memorial, dass der Europarat der Zerstörung des russischen NGO-Sektors in den letzten Jahren nichts entgegensetzen konnte. Denn die Moskauer Dachorganisation Memorial International hatte bereits vor bald neun Jahren, am 6. Februar 2013, Individualbeschwerde gegen erste Maßnahmen auf der Grundlage des »Agentengesetzes« vor dem EGMR erhoben (Beschwerde »Ecodefence gegen Russland und 48 weitere«, Az. 9988/13). Doch ein Urteil ist trotz der eindeutigen starken strukturellen Probleme des Gesetzes bis heute nicht gefallen. Stattdessen verschärfte Russland die Gesetzgebung gegenüber NGOs stetig weiter. Daraufhin wurden im Jahr 2017 erneut Beschwerden von russischen NGOs gegen das Agentengesetz vorgebracht (Beschwerde »Levada centre gegen Russland und 15 weitere«, Az. 16094/17). Und auch hier stehen die Entscheidungen noch aus. Dies kann man damit erklären, dass dem EGMR Kapazitäten fehlen. Am 31.10.2021 waren 16.000 Beschwerden aus Russland anhängig. Auch mag es in bestimmten Fällen sinnvoll sein, ein Verfahren mit inhaltlich ähnlichen, später eingereichten Beschwerden zeitlich parallel zu entscheiden, wie dies jetzt offensichtlich in den Verfahren »Ecodefence und andere« und »Levada centre und andere« geschieht. Angesichts der Bedeutung der Thematik und des starken »chilling effect« des Agentengesetzes und seiner Anwen-

dung hätte hier aber ein Weg gefunden werden müssen, die Verfahren zu priorisieren und jedenfalls die ersten Beschwerden bereits zu entscheiden. So ist die Verfahrensdauer der ersten Beschwerden auch für den EGMR ungewöhnlich lang und es wirkt, als scheue der EGMR den Konflikt mit Russland.

Wenn die Urteile nach neun Jahren dann aber irgendwann einmal gesprochen werden, sind sie nicht nur Symbol für späte Gerechtigkeit. Die Feststellung des Rechtsbruchs nach Jahren der Repression und einer weitgehenden Zerstörung der russischen NGOs ohne Aussicht darauf, das Urteil durchzusetzen, wird dann auch zu einer Machtdemonstration des Kremls. Wladimir Putin kann mit dem Urteil zeigen, dass das Völkerrecht in der Praxis nicht vor tiefgreifenden Menschenrechtsverletzungen schützen kann. Er demonstriert damit nicht nur die Schwäche derjenigen, die seine Repressalien treffen, sondern auch des Europarats, der vor derartigen Repressionen schützen soll, dies aber in Russland nicht wirksam kann. Im Zusammenhang mit der russischen Propaganda von der antirussischen Haltung des EGMR, Doppelstandards und der fehlenden Moral der westlichen liberalen Gesellschaft schwächt das den Europarat. Zynisch wirkt auch der Antrag der russischen Generalstaatsanwaltschaft auf Liquidation von

Memorial International. Danach fordere die in Art. 10 EMRK garantierte Informationsfreiheit die Liquidation, wenn Memorial nicht darüber informiere, »ausländischer Agent« zu sein. Tatsächlich schützt die EMRK aber gerade davor, sich »ausländischer Agent« nennen zu müssen. Im Sinne von Ivan Krastev und Stephen Holmes ist ein derartiges Verhalten nur als »aggressive Parodie« des Völkerrechts zu bezeichnen (vgl. »Das Licht, das erlosch«, Berlin 2019.)

Wenn die Mitgliedstaaten des Europarats den russischen Bürger:innen die Klagemöglichkeit erhalten wollen, dann müssen sie die Beschwerde so effektiv wie möglich gestalten. Es bedarf u. a. schneller Verfahren und des politischen Drucks gegenüber Russland zur Durchsetzung der EMRK durch die Mitgliedstaaten. Hier hätten auch die Parlamentarische Versammlung und das Ministerkomitee stärker genutzt werden können. Wenn aber mit Kritik gespart worden wäre, um das Ausscheiden Russlands aus dem Europarat zu verhindern, um den Bürger:innen die Klagemöglichkeit zu erhalten, dann wäre jedenfalls im Fall Memorial für die Menschenrechte nicht viel gewonnen. Der Fall sollte daher auch dazu genutzt werden, eine Neubewertung der russischen Europaratsmitgliedschaft vorzunehmen. Für den russischen NGO-Sektor käme das allerdings zu spät.

Über die Autorin

Prof. Dr. *Caroline von Gall* ist Rechtswissenschaftlerin. Sie habilitierte sich im Januar 2021 an der Universität zu Köln zum europäischen Grundrechtsschutz. Außerdem forscht sie zum Verfassungs- und Völkerrecht der Staaten Osteuropas.

Lesetipps

- Council of Europe, European Commission For Democracy Through Law, Opinion on Federal Law n. 121-fz on non-commercial organisations (“law on foreign agents”), on Federal Laws n. 18-fz and n. 147-fz and on Federal Law n. 190-fz on making amendments to the criminal code (“law on treason”) of the Russian Federation, Adopted by the Venice Commission at its 99th Plenary Session (Venice, 13–14 June 2014), CDL-AD(2014)025 [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2014\)025-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2014)025-e).
- Council of Europe, European Commission For Democracy Through Law, Russian Federation—Opinion on the Compatibility with international human rights standards of a series of Bills introduced to the Russian State Duma between 10 and 23 November 2020, to amend laws affecting “foreign agents”, adopted by the Venice Commission at its 127th Plenary session (Venice and online, 2–3 July 2021), CDL-AD(2021)027 [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2021\)027-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2021)027-e).
- Beschwerde »Ecodefence gegen Russland und 48 weitere«, Az. 9988/13, abrufbar unter: <https://hudoc.echr.coe.int/eng/#%22itemid%22:%22001-173049%22>}.
- Beschwerde »Leveda centre gegen Russland und 15 weitere«, Az. 16094/17, abrufbar unter: <https://www.mediadefence.org/wp-content/uploads/2020/06/Leveda-v-Russia-third-party-intervention-ECtHR-FINAL.pdf>.

Memorial im Nordkaukasus

Marit Cremer (Fachhochschule Potsdam und MEMORIAL Deutschland)

Die Anfänge im Kaukasus

Mit dem Zerfall der Sowjetunion brechen besonders an ihren Rändern kriegerische Konflikte aus. Am stärksten davon betroffen ist neben Zentralasien der Kaukasus. Bereits 1989 nimmt die spätere Mitbegründerin der Memorialorganisation »Migration und Recht«, Swetlana Gannuschkina, an einer ersten Beobachtermission in Berg-Karabach teil und begründet damit das Programm »*Gorjatschie totschi*« (»Hotspots«), das zum Dauerbrenner des 1991 gegründeten Menschenrechtszentrums Memorial werden sollte.

Memorial folgt dabei von Anfang an der Annahme, dass Frieden und Stabilität untrennbar mit der Achtung der Menschenrechte verbunden sind. Die Beobachtung und Dokumentation von Konflikten stellen die Grundlage seiner Arbeit dar. Umfassende Informationen über Menschenrechtsverletzungen werden bereitgestellt, Falschinformationen und Gerüchte entlarvt, um eskalierende Konflikte entschärfen und juristisch aufarbeiten zu können. Memorial berät und unterstützt Geschädigte vor nationalen Gerichten und gibt die Fälle bei unbefriedigender Entscheidung an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) weiter. Bis heute wurde die Russische Föderation in zahlreichen Fällen von der im Nordkaukasus weit verbreiteten Praxis von Entführungen, spurlosem Verschwindenlassen von Häftlingen, rechtswidrigem Freiheitsentzug, Folter und der Nichtuntersuchung von Straftaten vom EGMR für schuldig befunden und zu Entschädigungszahlungen verurteilt.

Beginnend mit der Aufarbeitung der Ereignisse während des ossetisch-inguschischen Konflikts 1993–1994 verlagert sich die Arbeit Memorials schwerpunktmäßig in den Nordkaukasus. In Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Tschetschenien werden ständige Vertretungen und juristische Verbindungsbüros von Memorial aufgebaut, um der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen in den bewaffneten Konflikten zu begegnen, die Gesellschaft über ihre Rechte auch während dieser Auseinandersetzungen und staatlicher Terrorismusbekämpfung zu informieren und nach Soft-Power-Strategien der Konfliktlösung zu suchen.

Tschetschenien und kein Ende

Als russländische Truppen 1994 in Tschetschenien einmarschieren und Grosnyj zum Jahresende bereits fast vollständig zerstört ist, machen es sich die Menschenrechtsbeobachter von Memorial zur Aufgabe, die verheerenden Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts unter Einsatz ihres

eigenen Lebens zu dokumentieren und an die Öffentlichkeit zu bringen.

Nachdem im Juni 1995 tschetschenische Unabhängigkeitskämpfer um Schamil Basajew das Krankenhaus in Budjonnowsk einnehmen und Hunderte Geiseln nehmen, um einen Waffenstillstand in Tschetschenien zu erzwingen, verhandeln der ehemalige politische Gefangene Sergej Kowaljow, der sieben Jahre Einzelhaft im sowjetischen Straflager Perm 36 überlebte und sein Mitstreiter von Memorial, Oleg Orlow, mit den Terroristen und bieten sich selbst zum Austausch für die Geiseln im Krankenhaus an.

Dokumentationen der Gewalt

Die »Chronik der Gewalt« (<https://memohrc.org/ru/tags/hronika-nasiliya>) wird als ein fortlaufendes Format der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus zu einer wichtigen frei zugänglichen Quelle. Sie und zahlreiche weitere regelmäßig publizierte Berichte und Bulletins (<https://memohrc.org/ru/specials/byulleten-pravozashchitnogo-centra-memorial-situaciya-v-zone-konflikta-na-severnom-kavkaze>) des Menschenrechtszentrums werden zu wertvollen Grundlagen von – oft verlorenen – Klagen vor russischen Gerichten und oft erfolgreichen Klagen vor dem EGMR in Straßburg gegen die Russische Föderation.

Ebenso wichtig für die Aufarbeitung der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Nordkaukasus sind Veröffentlichungen, die namentliche Auskunft geben über getötete, vermisste oder in Gefangenschaft geratene russländische Soldaten.

Mit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges 1999 intensiviert das Menschenrechtszentrum seine Arbeit im Nordkaukasus und richtet mehrere Büros in der Region ein, in denen ortsansässige Kolleg:innen Aussagen über Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, nach Vermissten suchen, juristische Beratung oder Vertretung vermitteln und humanitäre Hilfe verteilen.

Die »Chronik der Gewalt« erlangt nun auch in europäischen Ländern Brisanz, wohin ab Anfang der 2000er Jahre immer mehr tschetschenische Familien fliehen. Auf Einladung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg trägt Swetlana Gannuschkina jährlich ihren Bericht über die Menschenrechtssituation in Tschetschenien vor und appelliert mit zunehmender Eindringlichkeit an die Behörden und Gerichte, Menschen aus Tschetschenien in Europa Asyl zu gewähren.

Zum »Klassiker« der Dokumentationen über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien wird die in

fünf Bänden erschienene Chronik »Hier wohnen Menschen« (*»Sdes shiwut ljudi«*). Der Titel bezieht sich auf eine Toraufschrift, mit der die von vielfachem Beschuss geplagten Bewohner:innen von Höfen auf ihre Anwesenheit aufmerksam machen wollen, um weiteren Beschuss zu verhindern.

Memorial International gründet im Jahr 2001 das Informationsportal *»Kawkaskij uzel«* (Der Kaukasische Knoten, <https://www.kavkaz-uzel.eu>), das fortan auf seiner Website über Ereignisse aus dem Kaukasus berichtet und über seine englischsprachige Seite *»Caucasian Knot«* zu einer wichtigen Nachrichtenquelle auch über die Region hinaus wird.

Internationale Resonanz

Immer mehr Publikationen von Memorial über die »Konfliktzone Nordkaukasus« finden durch von zahlreichen internationalen Stiftungen und Programmen geförderten übersetzten Herausgaben ihren Weg in die europäische Öffentlichkeit. »Zu wissen, dass du noch lebst. Kinder aus Tschetschenien erzählen«, das von Irina Scherbakowa und Grigorij Schwedow 2004 unter dem Titel *»Byt Tschetschenzem – mir i wojna glasami schkolnikow«* (»Tschetschene sein – Frieden und Krieg gesehen mit den Augen von Schülern«) publiziert wird, erscheint zwei Jahre später mit Vorworten von Klaus Bednarz und Ralf Fücks im Berliner Aufbau Verlag. Zu den fliehenden Menschen aus Tschetschenien, die in Europa eine neue und weitgehend unbekannte Bevölkerungsgruppe darstellen, stellt Memorial fundierte Informationen, Analysen und Reportagen aus dem Kriegsalltag bereit. MEMORIAL Deutschland macht Tschetschenien zu einem seiner Forschungsschwerpunkte und veröffentlicht 2007 die erste grundständige Studie zu Tschetschenien und tschetschenischen Frauen in Deutschland (<https://www.transcript-verlag.de/978-3-89942-630-4/fremdbestimmtes-leben/>), der eine weitere zu Bewältigungsstrategien der tschetschenischen Diaspora in Deutschland folgt (https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/angekommen_und_integriert-14257.html).

Schwerste Zeiten

Im Nordkaukasus wird für Memorial die Luft immer dünner. Der Leiter des Programms *»Hotspots«*, Oleg Orlow, sowie mehrere Journalisten werden im November 2007 in Inguschetien überfallen. Zur Katastrophe kommt es am 15. Juli 2009, als die Leiterin des Memorialbüros in Grosnyj, Natalja Estemirowa, vor ihrem Wohnhaus entführt und wenig später in der Nachbarrepublik Inguschetien ermordet aufgefunden wird. Mehrere Memorialmitarbeiter:innen verlassen vorübergehend Tschetschenien, das Büro bleibt für ein halbes Jahr geschlossen. Als Oleg Orlow den Präsidenten Tschet-

scheniens, Ramsan Kadyrow, öffentlich für den Mord verantwortlich macht, klagt dieser gegen ihn wegen angeblicher Verleumdung. Orlow, der im gleichen Jahr den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für die Meinungsfreiheit erhält, wird 2011 von einem Moskauer Gericht zu einem Schmerzensgeld von umgerechnet etwa 460 € verurteilt.

Ein Lichtblick in den juristischen Auseinandersetzungen, die Memorial an verschiedenen Fronten führt und mit zunehmender Häufigkeit in Russland verliert, zeigt sich 2017, als der EGMR die Klage der »Mütter Beslans« positiv entscheidet und Russland der Verletzung des Rechts auf Leben bezichtigt wird.

Auch nach der offiziellen Verkündung der Beendigung des seit 1999 andauernden zweiten Tschetschenienkriegs durch Ramsan Kadyrow im Jahr 2009 dokumentiert Memorial weiterhin massive Menschenrechtsverletzungen in der Kaukasusrepublik. Die weit verbreitete Perspektivlosigkeit zeigt sich besonders deutlich, als 2013 in der Republik gezielt Gerüchte über ein großzügiges deutsches Aufnahmekontingent für tschetschenische Geflüchtete gestreut wird und fast 15.000 Menschen Tschetschenien den Rücken kehren, um in Deutschland – überwiegend ohne Erfolg – Asyl zu beantragen. Swetlana Gannuschkina vermutet, dass diese Falschinformation das Ziel hatte, Europa mit einer »problematischen« Migrantengruppe zu destabilisieren, eine Strategie, die sich offenbar aktuell in Belarus wiederholt. Während Gannuschkina selbst kein Blatt vor den Mund nimmt und Kadyrows Tschetschenien gern als »kaukasisches Nordkorea« bezeichnet, gilt als feste Regel dennoch immer, die einheimischen Kontaktpersonen, mit denen Memorial im Nordkaukasus arbeitet, möglichst durch die Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Es ist ein permanentes Abwägen, Riskieren, Ausprobieren, was man sagen, veröffentlichen und von den für Folter, Korruption, Verfolgung, Verschwindenlassen und viele weitere Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Funktionären und Beamten einfordern kann. Libchan Basajewa, die als Geflüchtete im zweiten Tschetschenienkrieg in Inguschetien für Memorial arbeitet, weist auf die Gefahr hin, die Grenze, die man auf keinen Fall überschreiten darf, nicht mehr wahrzunehmen. Natalja Estemirowa sei genau das passiert.

In Grosnyj wird Anfang des Jahres 2018 Estemirowas Nachfolger im Memorialbüro, Ojub Titijew, wegen einer nachweislich von Polizisten fabrizierten Straftat zu vier Jahren Haft verurteilt, von denen er anderthalb Jahre absitzt. Kurz nach seiner Festnahme brennt das Memorialbüro in Nasran (Inguschetien) ab. Memorial schließt sein Büro in Grosnyj, führt seine Arbeit jedoch vollumfänglich in Inguschetien und allen anderen nordkaukasischen Regionen weiter.

Der FSB in Inguschetien und die Klage gegen das Menschenrechtszentrum

Im September 2019 erstellt die Russländische Verbraucherschutzbehörde erste Protokolle gegen das Menschenrechtszentrum Memorial wegen Verstoßes gegen die Auflagen des so genannten »Agentengesetzes«. Initiator der Protokolle ist der FSB in Inguschetien. Alexandr Tscherkasow, der von der Staatsanwaltschaft als Leiter des Menschenrechtszentrums Memorial auch persönlich haftbar gemacht wird, sieht einen Zusammenhang zu den bisher fünfzehn erfolgreichen Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen in Inguschetien vor dem EGMR. Ein weiteres Ärgernis aus Sicht Inguschetiens dürfte die juristische Unterstützung von 52 Personen durch Memorial sein, die im Frühjahr 2019 gegen die Änderung der Grenze zwischen Inguschetien

und Tschetschenien protestierten und nun strafrechtlich verfolgt werden.

Ruhig bleiben und weitermachen!

Memorial hat über die drei Jahrzehnte im Nordkaukasus trotz hoher Risiken und beklagenswerter Verluste ein weit gefächertes Netzwerk mit stabilen Strukturen und Kontakten aufgebaut. Es hat den Samen gelegt für ein klares Verständnis von Menschenrechten und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung überall – auch im von Traditionen und Repressionen beherrschten Nordkaukasus. Die Früchte der beharrlichen Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte zeigen sich nicht nur vor dem EGMR, sondern auch bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung und manchen Mitarbeitenden staatlicher Strukturen. Die Arbeit wird weitergeführt – so oder so.

Über die Autorin

Dr. Marit Cremer ist Akademische Mitarbeiterin/Postdoc an der Fachhochschule Potsdam und Tschetschenienexpertin bei MEMORIAL Deutschland. Zu ihrem Forschungs- und Tätigkeitsbereich gehören neben anderen Erinnerungskultur im postsowjetischen Raum, tschetschenische Diaspora in Deutschland und Politikberatung. Zu ihren Veröffentlichungen gehören: *Fremdbestimmtes Leben. Eine Studie über Frauen in Tschetschenien*. 2007. Transcript Verlag, Bielefeld und *Angewandte und integriert? Bewältigungsstrategien im Migrationsprozess*. 2017. Campus, FaM.

Verzichtbar? Der Einsatz für Religions- und Gewissensfreiheit durch das Menschenrechtszentrum Memorial

Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS, Berlin)

Das staatliche Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Bewegungen und daran beteiligte Personen in der Russischen Föderation trifft seit einigen Jahren auch Religionsgemeinschaften. Insgesamt war die große Religionsfreiheit der frühen 1990er Jahre bereits mit dem Religionsgesetz von 1997 einer latenten Privilegierung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) gewichen. Diese gilt als besonders prägend für die Geschichte und das zivilisatorische Selbstverständnis Russlands und fungierte seit dem Ende der Sowjetunion auch als wichtiger Pfeiler des postsowjetischen Selbstbewusstseins. Kleinere Religionsgemeinschaften oder die, die sich den anerkannten zentralisierten Strukturen nicht einordnen wollten, sind spätestens seit 1997 einem verstärkten bürokratischen Druck ausgeliefert. Von den gesetzlichen Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft in den 2010er Jahren sind diese Religionsgemeinschaften ebenfalls stark getroffen worden. Vor allem die Gesetze gegen Terrorismus, Extremismus und »ausländische Agenten« werden gezielt gegen kleine und als »nicht traditionell« wahrgenommene Religionsgemeinschaften angewandt.

Mit dem Druck auf die Religionsgemeinschaften wuchs in den vergangenen Jahren auch der Druck auf Menschen und Organisationen, die Verletzungen der Religions- und Gewissensfreiheit dokumentieren und national und international sichtbar machen. Das Menschenrechtszentrum Memorial ist dabei ein zentraler Akteur. Memorial führt eine offizielle Liste der politischen Gefangenen in Russland und von Personen, die aus religiösen Gründen strafrechtlich verfolgt werden. Ihnen ist eine eigene Zählung gewidmet – aktuell gehört die Mehrzahl der politischen Gefangenen in Russland zu dieser Gruppe. Gemeinsam mit dem Analytischen Zentrum Sowa (<https://www.sova-center.ru/>), welches sich den Zusammenhängen von Xenophobie, Nationalismus und Religion widmet, präsentiert Memorial seit vielen Jahren Angriffe auf die Religions- und Gewissensfreiheit bei internationalen Organisationen. Beide Organisationen wurden 2016 in das Register der »ausländischen Agenten« eingetragen, ihre Tätigkeit – auch zum Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit – wird verdächtigt, den Interessen Russlands zu schaden.

Die Analysen und Daten des Menschenrechtszentrums Memorial zeigen eindrücklich, wie in erster Linie muslimische Bewegungen seit 2004 – also seit der Tragödie von Beslan und deutlich vor den Anti-Terrorismus-Gesetzen des Jarowaja-Pakets 2016 – in den Fokus der Extremismusbekämpfung geraten sind. Gerade im Kampf gegen kleinere muslimische Gruppierungen, die sich nicht den zentralen Verwaltungsorganen des Islam in Russland unterstellen, ist die Terrorismusbekämpfung ein verbreitetes Mittel, Druck auszuüben. Dies gilt auch nach der Annexion der Krim im Verhältnis zu der krimtatarischen Minderheit. Der instrumentalisierte, politische Umgang mit der Extremismusbekämpfung wurde außerdem auch im Fall der Zeugen Jehovas sichtbar. Sie sind seit 2017 in Russland verboten, aktuell sind mehr als 60 Mitglieder inhaftiert, Hunderte werden strafrechtlich verfolgt, es liegen Berichte über Folter und Misshandlungen vor. Neben den muslimischen Gemeinschaften nehmen die Zeugen Jehovas in der Dokumentation und Unterstützung durch das Menschenrechtszentrum Memorial einen bedeutenden Platz ein.

Weder für kleinere muslimische Gruppen noch für sogenannte nichttraditionelle Religionsgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas gibt es innerhalb Russlands eine Lobby. Das liegt neben weitgehend fehlenden Kenntnissen über die Religionsgemeinschaften selbst auch daran, dass der Diskurs über die Verfolgung aus religiösen Gründen seit vielen Jahren durch die Leitung der Russischen Orthodoxen Kirche vereinnahmt wurde. In dieser Lesart ist die ROK der Garant der Religions- und Gewissensfreiheit sowohl innerhalb Russlands – etwa durch öffentlich demonstrierte Toleranz gegenüber dem staatlich kanalisierten Islam –, als auch international durch den Einsatz für verfolgte christliche Gemeinschaften im Nahen Osten, Afrika und Europa. Hinzu kommt das Engagement der ROK für den Schutz religiöser Gefühle im In- und Ausland. Durch diese Vereinnahmung und Monopolisierung des Diskurses entsteht der Eindruck, dass eine Verletzung der Religionsfreiheit nur gegeben ist, wenn sich die ROK dazu äußert. In keinem Fall der von Memorial dokumentierten politischen Verfolgungen aus religiösen Gründen hat die ROK allerdings Stellung bezogen. Ganz im Gegenteil sind Expert:innen der ROK maßgeblich an der Einstufung religiöser Gruppierungen als extremistisch beteiligt.

Besonders auf internationaler Ebene entsteht dadurch die irritierende Situation, dass etwa bei Länderberichten zur Menschenrechtslage in Russland bei UNO, OSZE oder EU-Gremien Vertreter:innen der ROK und von Menschenrechtsorganisationen wie Memorial wider-

sprüchliche Stellungnahmen abgeben. Diese Situation erinnert freilich an die historischen Umstände in der Sowjetunion: Die massiven Verletzungen der Religionsfreiheit wurden durch Vertreter:innen der ROK auf nationaler und vor allem internationaler Bühne heruntergespielt, während die eigenen Gläubigen gleichzeitig stark von den Repressionen betroffen waren. Die Kirche bezieht heute einen Teil ihrer moralischen Autorität aus eben jener Verfolgungssituation, für Memorial ist sie die Grundlage des Engagements für den Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit.

Diese Konstellation bringt den größeren Zusammenhang von Geschichtsbewusstsein und aktuellem Menschenrechtsschutz in den Fokus, der als Leitmotiv die Arbeit von Memorial und des Menschenrechtszentrums Memorial prägt. Mit der Dokumentation von Verletzungen der Religionsfreiheit und dem Einsatz für die Menschen, die aus religiösen Gründen unter dem Vorwand des Terrorismus oder Extremismus verfolgt werden, stellt Memorial die Geschichtskonstruktion in Frage, an der der russische Staat gemeinsam mit der ROK seit mehreren Jahren arbeitet. Sowohl die Opfer des Stalinismus als auch der atheistischen Politik in der Sowjetunion sowie der aktuellen Repressionen sind in dieser Konstruktion nur als »nützliche Geschichte« zulässig. Die Verehrung der für ihren Glauben in der Sowjetunion ermordeten orthodoxen Gläubigen als Neumärtyrer durch die ROK hat beispielsweise nur wenig Überschneidungen mit der Aufarbeitung der Opfer des stalinistischen Terrors durch Memorial in Sandarmoch oder dem jährlichen Gedenken der »Rückgabe der Namen«. Eine ähnliche Selektion der Fälle, die von der ROK als Verletzung der Religionsfreiheit öffentlich angesprochen werden, gilt für die aktuelle Lage.

Das selektive Menschenrechtsverständnis der ROK ist charakteristisch für das Reframing liberaler Konzepte durch konservative Akteure in der ganzen Welt. Das Menschenrechtszentrum von Memorial zeigt sich in seinem Engagement für Religions- und Gewissensfreiheit dem inklusiven Verständnis der unteilbaren Menschenrechte verpflichtet, und steht damit im Widerspruch zu einem exklusiven Verständnis, dementsprechend Menschenrechte im Dienst kollektiver Identitäten stehen. Eine Solidarisierung der ROK, die selbst so existentiell unter staatlicher Verfolgung gelitten hat, mit Menschenrechtsorganisationen wie Memorial bleibt vor diesem Hintergrund höchst unwahrscheinlich. Allerdings wäre die Schließung des Menschenrechtszentrums Memorial auch das Ende einer der wenigen verbliebenen Organisationen, die auch die Gläubigen der ROK gegen staatliche Repressionen schützen würde.

Über die Autorin

Dr. Regina Elsner ist Theologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS. Sie forscht zur Orthodoxie und ihrer gesellschaftlichen Rolle im postsowjetischen Raum.

Lesetipps

- Menschenrechtszentrum Memorial: Liste der politischen Gefangenen aus religiösen Gründen: <https://memohrc.org/ru/aktualnyy-spisok-presleduemyh-v-svyazi-s-realizaciy-prava-na-svobodu-veroisповedaniya>.
- Margarete Zimmermann: Die Russische Orthodoxe Kirche als Erinnerungspolitischer Akteur (1995–2009). Der Schießplatz Butovo als Fallbeispiel für die postsowjetische Gedenkkultur, in: Jörg Ganzenmüller, Raphael Utz: Sowjetische Verbrechen und russische Erinnerung. Orte – Akteure – Deutungen (Europas Osten im 20. Jahrhundert. Schriften des Imre-Kertész-Kollegs Jena, 4), de Gruyter Oldenbourg, München 2014, S. 59–90.

Der Fall Memorial: Ist das russische »Ausländische-Agenten«-Gesetz reformierbar?

Fabian Burkhardt (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

Die kurze Antwort auf die Frage, ob die seit dem Jahr 2012 immer wieder verschärfte Gesetzgebung über »ausländische Agenten« nachgebessert oder gar reformiert werden kann, ist eindeutig nein. Denn »reformierbar« wäre das Gesetz nur dann, wenn es ungewollte Mängel im Gesetzestext selbst gäbe, die es auszubessern gälte. Oder wenn die Aufsichts- und Strafbehörden bei der Anwendung des Gesetzes derart über die Stränge schlagen würden, dass auch solche Organisationen und Personen betroffen wären, für die das Gesetz gar nicht vorgesehen war.

Sowohl hinsichtlich des Textes als auch der Anwendung erfüllt das Gesetz über »ausländische Agenten« aber bisher genau den vom Inlandsgeheimdienst FSB, dem russischen Sicherheitsrat und letztendlich von Putin avisierten Zweck als repressives Instrument: Unabhängige und regimekritische NGOs, Medien und natürliche Personen sollen als »ausländische Spione« gebrandmarkt, rechtlich diskriminiert, von der Finanzierung innerhalb von Russland abgeschnitten und wie im Fall von *Memorial* zwangsliquidiert werden. So ist offensichtlich, dass der Vorwurf der Staatsanwaltschaft gegen Memorial International und das Menschenrechtszentrum Memorial, gegen die Kennzeichnungsbestimmungen des Gesetzes über »ausländische Agenten« verstoßen zu haben, im Kern nicht haltbar ist. Zudem wäre die vorgesehene Strafe der Auflösung der beiden NGOs selbst bei formalistischer Auslegung des Gesetzes äußerst unverhältnismäßig. Das Gesetz dient somit in einem politischen Prozess lediglich als Vorwand, um zwei der wichtigsten Organisationen der Gesellschaft Memorial den juristischen Garaus zu machen.

Die internationale Bewertung der Gesetzgebung über »ausländische Agenten« ist eindeutig: Die Gesetzgebung sollte am besten vollständig aufgehoben oder zumindest grundlegend revidiert werden. Zu diesem Schluss kamen im Jahr 2015 der UN-Menschenrechtsausschuss, 2014 und 2021 die Venedig-Kommission in

gleich zwei Gutachten, der Menschenrechtskommissar des Europarats in Gutachten von 2015 und 2017 oder das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte im Jahr 2020. In Russland selbst regte sich vor allem unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen Widerstand, die vom russischen Staat in das Register als »ausländische Agenten« eingetragen wurden. Im Jahr 2014 bescheinigte das russische Verfassungsgericht dem Gesetz Verfassungskonformität, und so blieb den gebrandmarkten NGOs nur noch die Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Memorial spielte im innerrussischen Widerstand gegen das Gesetz in zweifacher Hinsicht eine herausragende Rolle: Zum einen legte Memorial zusammen mit 10 anderen NGOs als eine der ersten schon am 06. Februar 2013 Beschwerde beim EGMR ein und trug somit entscheidend dazu bei, mit einem möglichen Urteil des EGMR (das allerdings bis heute noch aussteht) die Grundvoraussetzung für internationalen Druck auf Russland zu schaffen, das »Ausländische-Agenten«-Gesetz rückgängig zu machen. Zweitens wurde Memorial zum Hub und übernahm Koordinationsaufgaben innerhalb der Zivilgesellschaft, um weitere Beschwerden auf den Weg zu bringen, was in der EGMR-Beschwerde *ECODEFENCE and others v. Russia and 48 other applications* resultierte. Auch vor diesem Hintergrund sind die Auflösungsanträge der Staatsanwaltschaft zu lesen, denn nichts suchen autoritäre Regime mehr zu verhindern als kollektives Handeln und Mobilisierung von staatsunabhängigen Akteuren. In Russland selbst hat OWD-Info, das international vor allem durch das Monitoring von Festnahmen bei Protestaktionen bekannt geworden ist und das Memorial als zivilgesellschaftlichem Infrastrukturanbieter viel zu verdanken hat, wenige Monate, nachdem es Ende September 2021 zum »ausländischen Agenten« deklariert wurde, bisher den ausführlichsten Bericht vorgelegt, in dem die Autor:innen überzeugend darlegen, warum die

Gesetzgebung für gelistete NGOs, Medien und natürliche Personen rechtlich diskriminierend ist und deswegen abgeschafft gehört (<https://ovdinfo.org/reports/created-and-or-distributed#1>). OWD-Info wäre aber nicht OWD-Info, wenn es neben dem nüchternen Bericht nicht auch eine Petition an das russische Parlament und die Menschenrechtsbeauftragte geschickt hätte, die die Abschaffung des »Ausländische-Agenten«-Gesetzes fordert und die inzwischen über 260.000 Personen unterzeichnet haben (<https://bit.ly/3yi4Rm5>). Gleichzeitig wurde ein eigener Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht (<https://ovdinfo.org/reports/poyasnitelnaya-zapiska-i-zakonoproekt#1>). Somit fordert OWD-Info nicht nur die Abschaffung des Gesetzes, sondern liefert die gesetzlichen Normen dafür gleich mit.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Schritt naiv: Warum sollte jene Duma, die nahezu vollständig vom Kreml abhängig ist und die das Gesetz in den letzten Jahren schrittweise verschärft und ausgeweitet hat, von einem »ausländischen Agenten« wie OWD-Info Änderungsvorschläge auch nur in Betracht ziehen?

Bei genauerem Hinsehen ist es durchaus sinnvoll, gerade jetzt einen Entwurf für eine Änderung des »Ausländische Agenten«-Gesetzes in die Duma einzubringen.

Denn im vergangenen Jahr hat sich die Kritik an dem Gesetz massiv verschärft, und zwar insbesondere aus den Reihen derer, die für gewöhnlich als systemische und regimeloyale Akteure einzustufen sind. Insofern fällt die Antwort auf die Frage, ob das »Ausländische-Agenten«-Gesetz »reformierbar« ist, weniger eindeutig aus als die Kurzdarstellung oben vermuten lässt. Dass die internationale Gemeinschaft und russische unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure die Gesetzgebung kritisieren, ist wenig überraschend. Dass nun verschiedene organisierte regimeloyale Berufsgruppen Änderungen einfordern, lässt weitreichende Rückschlüsse über die Funktionslogik staatlicher Repressionen im heutigen Russland zu.

Die Machtorgane setzen Repressionen eben nicht nur gegen »widerspenstige« NGOs wie Memorial oder die politische Opposition wie Alexej Nawalnyj ein. Repressionen sind ein Herrschaftsinstrument, das vor allem auch gegen loyale Akteure oder gar Regimestützen eingesetzt wird, etwa gegen Minister:innen, Gouverneur:innen, Bürgermeister:innen, Politiker:innen der systemischen »Opposition« der KPRF oder LDPR, Geschäftsleute und selbst Mitarbeitende von Polizei, Strafverfolgung und Sicherheitsbehörden. Ist einmal ein neues Repressionsinstrument wie das »Ausländische Agenten«-Gesetz geschaffen, so bringt dies Dynamik in die Hackordnung der Repressionen: Die bürokratische Logik der Repressionen drängt auf Expansion, auch jene Berufsgruppen und Personen geraten zunehmend in Gefahr, für die das Gesetz ursprünglich gar

nicht vorgesehen war. An drei Beispielen kann dies gut verdeutlicht werden:

Erstens: Medien. Aus Listen der Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor wird ersichtlich, dass auch staatliche und staatsnahe Medien Gelder aus dem Ausland bekommen und somit unter das »Ausländische Agenten«-Gesetz fallen würden. Hierzu gehören etwa der Propagandasender RT, die staatliche Nachrichtenagentur ITAR-TASS, das zum Gazprom-Medienimperium gehörende NTV-Plus oder auch unpolitische Glamourzeitschriften. Über das Digitalministerium versuchen diese regimeloyalen Medien nun zu erwirken, dass sich die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« nicht auf staatlich Medien oder solche mit Staatsanteil erstrecken soll. Ein weiteres Beispiel ist das Sankt-Petersburger Onlinemedium »Rosbalt«, das im Oktober 2021 zum »ausländischen Agenten« erklärt wurde. »Rosbalt« ist durchaus noch als Nischen-Qualitätsmedium zu verbuchen, verfügt aber auch über enge Beziehungen weit in den Staat hinein. Gründerin und Direktorin von »Rosbalt« ist Natalja Tscherkesowa, die Frau von Wiktor Tscherkesow, der in den 2000er Jahren zu einem der mächtigsten Putin-vertrauten *Silowiki* gehörte und der, obwohl er im letzten Jahrzehnt in Ungnade gefallen ist, noch immer in der Elite gut vernetzt ist. Zudem gehören der börsennotierten milliardenschweren »AFK Sistema« (Wladimir Ewtuschenko) über ein Offshore Anteile an »Rosbalt«. Infolgedessen wurde im Sankt-Petersburger Regionalparlament eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der alle Parlamentsfraktionen (also auch Einiges Russland) sowie Medienschaffende vertreten waren, um Änderungsvorschläge für das »Agenten«-Gesetz zu erarbeiten. Wenig verwunderlich ist es deswegen, dass die sonst handzahme »Union der Journalisten Russlands« über die Duma-Fraktion von »Gerechtes Russland« im November ebenfalls einen Änderungsentwurf in die Duma einbrachte.

Zweitens: Rechtsanwälte. Bisher wurden seit November 2021 insgesamt fünf Jurist:innen als »ausländische Agenten« gelistet, mit Iwan Pawlow und Walerija Wetoschkina haben zwei der fünf eine Lizenz als Rechtsanwälte, Iwan Pawlow ist sogar Mitglied der Sankt-Petersburger Anwaltskammer. Zwar ist davon auszugehen, dass Iwan Pawlow als Strafverteidiger von Alexej Nawalnyj und als jemand, der sich mit heiklen Themen wie Staatsverrat befasst, die den FSB betreffen, aus politischen Gründen strafrechtlich verfolgt wird. Dennoch war die Listung von Pawlow auch ein deutliches Warnsignal an die russische Anwaltschaft als Ganzes, da die Gesetzgebung so breit gefasst ist, dass auch Rechtsanwälte, die Klienten aus dem Ausland betreuen oder aus dem Ausland Honorare beziehen, als »ausländische Agenten« eingestuft werden müssten. Die russische Anwaltschaft ist gut organisiert und zu kollektivem

Handeln fähig, sie ist insbesondere in der Föderalversammlung, also der oberen Kammer des Parlaments, gut vernetzt. Obwohl die Föderale Anwaltskammer insgesamt als loyal gilt, hat auch hier die »Agenten«-Gesetzgebung für sichtlichen Unmut gesorgt.

Drittens: Wohltätigkeitsorganisationen. Dass auch gemeinnützige Stiftungen als »ausländische Agenten« gelistet werden können, zeigen die Themen HIV, LGBTQ+ oder häusliche Gewalt, die in Russland politisch heikel sind. Allerdings wird aus einem Brief, den Vorsitzende von Wohltätigkeitsorganisationen Ende Oktober an Wladimir Putin richteten, ersichtlich, dass sich die Wohltätigkeitsbranche insgesamt in Gefahr wähnt. Zu den Unterzeichner:innen gehören regimeloyale und in der Moskauer Elite bestens verankerte Personen wie die Schauspielerinnen Tschulpan Chamtowa und Ksenija Rappoport oder der Leiter des Tschchow-Kunsttheaters, Konstantin Chabenskij. Es ist wohl kein Zufall, dass die Charity-Elite den offenen Brief kurz nach dem Waldaj-Forum veröffentlichte, bei dem der Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratow die Reformbedürftigkeit des »Ausländische-Agenten«-Gesetzes ansprach. Aus der Reaktion Putins wurde aber schnell ersichtlich, dass der russische Präsident die Gesetzgebung grundsätzlich für sinnvoll und notwendig hält, vereinzelt aber »Nachbesserungen« nicht ausschließt,

etwa um staatlich gepöppelte Wohltätigkeitsorganisationen abzusichern.

Der Antrag der Staatsanwaltschaften auf Auflösung von Memorial International und des Menschenrechtszentrums Memorial fällt also in ein Zeitfenster, in dem zahlreiche systemische Akteure versuchen, das »Ausländische Agenten«-Gesetz über Änderungen zu ihren Gunsten abzuschwächen. Denn die Gesetzgebung droht, wie ein Krebsgeschwür in das Regime hineinzustreuen. Allerdings melden sich auch die Sprachrohre der Sicherheitsorgane zu Wort: Aus dem Föderationsrat war schon zu hören, dass nicht nur eine Abschwächung, sondern auch eine Verschärfung des Gesetzes diskutiert werde. Für Memorial – für die unabhängige Zivilgesellschaft, für kritische Medien und Privatpersonen – muss das Zeitfenster also nicht unbedingt ein Hoffnungsschimmer sein. Wenn überhaupt, sind nur kosmetische Nachbesserungen zu erwarten, die auf bestimmte systemische Lobbygruppen ausgerichtet sind. Entscheidend für die russische Zivilgesellschaft wird sein, inwieweit sie sich trotz des repressiver werdenden Regimes – zur Not auch ohne juristischen Status – weiterhin horizontal vernetzen und kollektiv agieren kann. Denn früher oder später wird sich ein wirkliches Zeitfenster für Veränderungen öffnen.

Über den Autor

Dr. Fabian Burkhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg und forscht zu autoritären Regimen im postsowjetischen Raum mit Schwerpunkt Russland und Belarus.

DEKODER

Warum der Schlag gegen Memorial ein Schlag gegen Deutschland ist

Maxim Trudoljubow (Kennan-Institut und Meduza)

Zusammenfassung von dekoder

Warum Memorial, und warum geht es gleich um die Liquidierung der Organisation? Diese Fragen beschäftigen derzeit (nicht nur) Russlands Zivilgesellschaft: Am 25. November beginnt der Prozess am Obersten Gericht gegen die unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich seit der Perestrojka wie keine zweite der Aufarbeitung der Stalinzeit und dem Einsatz für Menschenrechte verschrieben hat. Seit bekannt wurde, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft den Antrag auf Liquidierung gestellt hat – offiziell wegen Nichteinhaltung der Regeln für sogenannte »ausländische Agenten« – wird diskutiert, warum es zu diesem massiven Schlag kommt, warum es in einem von heute auf morgen anberaumten Prozess darum gehen soll, die älteste russische Menschenrechtsorganisation aufzulösen.

»Das ist keine juristische, sondern eine politische Entscheidung von ganz oben«, sagt Memorial-Mitbegründerin Irina Schtscherbakowa im Podcast von Memorial Deutschland.

Spätestens seit den Solidaritätsprotesten für den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny im Frühjahr und

angesichts der Dumawahl im Herbst geht der Kreml massiv gegen unabhängige Akteure vor. Die Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja konstatiert bereits im Mai: »Die Unterdrückung wird radikal ausgeweitet, zur Zielscheibe wird alles, was die Macht als eine Form von Anti-Regime-Verhalten empfindet, ob individuell oder institutionell.« So wurden sämtliche Organisationen Nawalnys – wie etwa sein Antikorruptionsfonds – für »extremistisch« erklärt, seit Beginn des Jahres wurden aber etwa auch mehr als 70 unabhängige Medien und einzelne Journalisten als »ausländische Agenten« diffamiert. Auch Irina Schtscherbakowa sieht im Vorgehen gegen Memorial das Signal: »Ihr müsst alle Angst haben!«. Es gehe an alle, die mit der offiziellen Politik nicht einverstanden sind oder »überhaupt ihre Stimme erheben gegen etwas, was ihnen nicht passt«.

Gleichzeitig geht es bei Memorial um die Organisation der historischen Aufarbeitung, die seit 30 Jahren ein umfangreiches Archiv aufgebaut, eine Datenbank mit rund 3,5 Millionen Biographien angelegt und mit zahlreichen Aktionen wie der Rückgabe der Namen ein Gedenken an die Opfer des politischen Terrors in der Sowjetunion initiiert hat, – die Liste ließe sich fortsetzen. So sieht der Journalist Oleg Kaschin im Vorgehen gegen Memorial eine »Bestrafung des historischen Erinnerns« und den Versuch des Kreml, die Deutungsmacht über die Geschichte zu monopolisieren. Das explizite Benennen von Opfern wie Tätern wäre demnach im offiziellen Geschichtssynkretismus, bei dem Zarenfans wie Sowjetnostalgiker gleichermaßen bedient werden, selbst in Nischen ausdrücklich nicht mehr erwünscht.

Maxim Trudoljubow fügt solchen Thesen auf Meduza eine weitere hinzu: Er sieht das Vorgehen gegen die international renommierte Organisation als asymmetrische Antwort auf Sanktionen des Westens. Auch Schtscherbakowa von Memorial sagt im Podcast, das Signal »Wir sind durch nichts geschützt, die Macht kann mit uns machen, was sie will« gehe an unabhängige Akteure und ihre Unterstützer im Westen gleichermaßen.

Die drohende Vernichtung von Memorial durch die Behörden wird als schwerer Schlag empfunden – sowohl gegen die Menschenrechte im heutigen Russland als auch gegen den offenen Diskurs über die schrecklichen Ereignisse der Vergangenheit, für die der Staat die Verantwortung trägt. Eine Gesellschaft, die eine Organisation wie Memorial hat, und eine, die das nicht hat, sind zwei unterschiedlich reife Gesellschaften. Die russische Gesellschaft ist eine reife Gesellschaft. Noch. Doch der politischen Führung in Russland geht es nicht um den Reifegrad der Gesellschaft. Für die Akteure im Kreml ist Memorial die bekannteste russische Organisation in Deutschland und deswegen ein Instrument der Einflussnahme auf deutsche und europäische Politiker. Das ist einer der Knöpfe – und wenn man sie drücken kann, dann drückt man sie auch.

Zwei Mythen der russischen Politik

Über seine Innen- und seine Außenpolitik erzählt der russische Staat zwei dem Sinn nach entgegengesetzte Geschichten, zwei Mythen: Innerhalb des Landes, sagen uns Regierungsvertreter und Staatsmedien, herrsche Frieden, Harmonie und Stabilität. In der Welt da draußen gebe es hingegen weder Frieden noch Harmonie noch Stabilität. Russland habe es da gezwungenermaßen mit Feinden zu tun, die es an seinen Grenzen bedrängen, in seiner Entwicklung behindern und seinen Einfluss in der Welt schmälern wollten. Einzelne Probleme habe Russland zwar, sie seien jedoch eine Folge der Konflikte im Außen, sagen uns die Staatsmedien.

Für innere Probleme Ursachen im Außen zu suchen, ist eine althergebrachte Technik der Macht, die schon während der gesamten Sowjetära angewendet wurde und die es erlaubt, die Regierung auf rhetorischer Ebene

jeglicher Kritik zu entheben. Als Boten des üblen Einflusses von außen nennt die russische Regierung diverse »Andere«, die sich inmitten der einigen russischen Gesellschaft verschanzt hätten. Diese spürt der Staat auf und erklärt sie zu »ausländischen Agenten«, »unerwünschten« und »extremistischen« Organisationen.

Innere Probleme – nur Folgen externer Konflikte

Die Geschichte vom Frieden im Land ist, wie auch die vom Krieg in der Außenwelt, ausgedacht und hat mit der Realität sehr wenig zu tun. Die russische Gesellschaft ist in zahlreichen Fragen nicht einig, sondern heterogen und polarisiert – angefangen beim Umgang mit dem sowjetischen Erbe bis hin zu den Präferenzen hinsichtlich der Zukunft des Landes (das heißt, dem Weg, den das Land beschreiten soll). Existierten in Russland Parteien und Organisationen, die tatsächlich die Ansichten der Bürger widerspiegeln, würde der politische Machtkampf im Land zu unvorhersehbaren Wahlergebnissen führen und intensive, glühende Debatten über eine Vielzahl von Themen auslösen.

Nichts dergleichen findet derzeit statt: Die öffentliche Sphäre bleibt der Staatsmacht überlassen, die ständig bemüht ist, die realen inneren Konflikte zu vertuschen und äußere zu erschaffen. Sowohl die Einigkeit im Inneren als auch die Konflikte im Äußeren werden künstlich konstruiert – mit Hilfe von Propaganda, der Unterstützung durch bestimmte Bevölkerungsgruppen, und durch manipulierte Meinungsumfragen und Wahlen.

Der Krieg zwischen Russland und der Außenwelt ist ein zentraler politischer Mythos. In Wirklichkeit sind die, die der Staatsmacht am nächsten stehen, gleichzeitig am besten in die Außenwelt integriert. Studien über

die russische Elite zeigen, dass ihre Einstellung westlichen Ländern gegenüber zwar negativ und von Resentiments und Unzufriedenheit mit der ihnen entgegengebrachten Gastfreundschaft geprägt ist, aber sie orientieren sich dennoch am Westen.

Die Abgeordneten des russischen Parlaments verteidigen seit vielen Jahren das Recht, Immobilien im Ausland zu besitzen. Für die, die von der jetzigen Situation in Russland am meisten profitieren, ist der Weg in den Westen praktisch alternativlos – denn ihre Vermögen werden von den westlichen Rechtssystemen besser geschützt, ihren Kindern wird an westlichen Universitäten eine bessere Bildung geboten, und auch der angestrebte Grad an persönlicher Sicherheit ist nur außerhalb des Landes realisierbar.

Russland ist als Abnehmer von Industrieerzeugnissen und High-Tech-Produkten fest in die Weltwirtschaft integriert. Sowohl die russische Gesellschaft als auch die politische Führungsriege sind persönlich von ausländischen Finanz-, Rechts- und digitalen Infrastrukturen abhängig. Aus einer solchen Position heraus ist es schwierig, auf Unabhängigkeit und eine Führungsrolle in internationalen Beziehungen zu bestehen.

Aber Russlands Regierung will ihre Unabhängigkeit und Führungsrolle trotzdem behaupten. Und weil es nicht gelingt, das mit positiven »Trümpfen« – etwa ökonomischem Gewicht und Einfluss – zu erreichen, spielt sie negative aus, die auf die eine oder andere Art mit Konflikten zu tun haben. Gerade in Konfliktlagen weiß Russlands Führungsriege um die wirksamsten Knöpfe, die sie im internationalen Dialog drücken kann. In der Konfliktstrategie, die Russland verfolgt, geht es nicht um den tatsächlichen Einsatz von Gewalt, sondern vor allem um Gewaltpotenzial – um Drohungen und vielsagende Gesten.

Werte versus Preise

Bei einer solchen Herangehensweise eignet sich absolut alles als Waffe oder Konfliktwerkzeug, was den »Partnern der Gegenseite« wehtut: Zum Einsatz kommen da Truppenmanöver an der ukrainischen Grenze, Meldungen über neue Waffenarten und andere Kampfansagen. Russland ist für Westeuropa einer der wichtigsten Energielieferanten – also wird auch dieser Hebel in Bewegung gesetzt. Alexander Lukaschenkos Missbrauch von Flüchtlingen als Waffe gegen die EU löst dort Proteste aus – also wird Russland dieses grausame Spiel zumindest nicht verhindern. In diesem Fall wird der belarussische Diktator selbst zu einer Waffe in russischer Hand. Was überaus praktisch ist: Man kann eine Beteiligung an dem Konflikt jederzeit von sich weisen.

Bedeutende Organisationen und Personen innerhalb Russlands, einschließlich Memorial, werden ebenfalls zur gültigen Währung. Alle Mittel, mit denen man Aufsehen erregen und ein öffentliches Gefecht mit dem Gegner provozieren kann, sind recht. Im Fall von Memorial geht es den

russischen Politmanagern nicht so sehr darum, was diese älteste Menschenrechtsorganisation Russlands im Einzelnen tut, als vielmehr um deren Bekanntheit in Europa, vor allem in Deutschland, wo die Verbrechen des Totalitarismus ebenfalls ein sehr wichtiges – und schmerzhaftes – Thema sind. Diese Bekanntheit »funktioniert« bereits: Die Drohung, Memorial aufzulösen, hat in Deutschland öffentliche Reaktionen ausgelöst. Der Außenminister gab eine scharfe Erklärung ab (allein die Möglichkeit einer Schließung dieser Organisation bezeichnete er als erschütternd), und Personen des öffentlichen Lebens, Russlandforscher und Historiker haben bereits offene Briefe zur Unterstützung ihrer russischen Kollegen verfasst.

Je prominenter eine Person oder Organisation ist, desto schwerer wiegt sie in der Konfliktstrategie. Dabei wäre es falsch zu glauben, dieser Handel verlaufe geradlinig: Wir geben euch eine Spielfigur, ihr gebt uns eine – wie beim Austausch von Spionen oder der Ausweisung von Diplomaten. Natürlich hätte Russland gern, dass Deutschland Nord Stream 2 noch unter der aktuellen Kanzlerin zertifiziert. Russland weiß aber auch, dass es aus formalen Gründen diesen Prozess nicht beschleunigen kann, der noch dazu aufgrund anhaltender Diskussionen in und außerhalb der EU erschwert wird (in das Wortgefecht rund um die Pipeline hat sich jetzt auch Großbritannien eingeschaltet).

»Ausländische Agenten« und »unerwünschte« Organisationen als Geiseln

In der Konfliktstrategie, die die derzeitige Führungsriege des russischen Staates gewählt hat, muss den Gegnern deutlich gemacht werden, dass auf Sanktionen und andere Druckmittel seitens des Westens eine Reaktion erfolgt. Diese Reaktion kann in der Regel nicht symmetrisch sein, dafür ist Russlands ökonomisches und politisches Gewicht zu gering. Trotzdem kann die Antwort schmerzhaft sein, denn »ausländische Agenten« und »unerwünschte« Organisationen erinnern an Geiseln. Die Einstufung von Alexej Nawalyns Organisation und Regionalbüros als extremistisch erfolgte im vergangenen Frühling direkt nachdem die USA ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland angekündigt hatten. Mit dieser Geste wälzte die russische Regierung einen Teil der Verantwortung für das Schicksal des Politikers und seiner Anhänger auf den Westen ab. Es wäre nicht das erste Mal, dass der Kreml als Reaktion auf den Druck von außen Jagd auf einen westlichen »Agenten« im eigenen Land veranstaltet.

Stand: 16.11.2021

Übersetzung von Ruth Altenhofer & Jennie Seitz

Information über den Autor und zur Kooperation mit dekoder finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Maxim Trudoljubow ist Senior Fellow am Kennan-Institut und leitender Redakteur von Meduza. Von 2003 bis 2015 war er Redakteur bei Wedomosti. Seit Herbst 2013 schreibt er Meinungsbeiträge für die New York Times. Maxim Trudoljubow schreibt für das Kennan-Institut den Blog *The Russia File* und ist für Sonderpublikationen zuständig.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

NOTIZEN AUS MOSKAU

Memorial und die Hoffnung

Jens Siegert (Moskau)

Dies werden keine üblichen Notizen aus Moskau. Denn diese Notizen sind mit Herzblut geschrieben. Meinem ganz persönlichen Herzblut. Memorial ist in Gefahr. Nicht einfach nur in Gefahr (wie schon seit mindestens zehn Jahren), sondern in tödlicher Gefahr. In der Gefahr, vom russischen Staat unter Wladimir Putin einfach zugemacht zu werden. Und Memorial ist, ich schreibe das ohne jede Scham so pathetisch, das Herz eines demokratischen Russland.

Memorial ist nicht nur die wohl größte und eine der ältesten unabhängigen russischen NGOs, sondern auch ein Vorbild innerer Demokratie. Memorial lebt, mit allen Kämpfen und Brüchen, den schwierigen Weg, demokratische Regeln nicht nur nach außen zu fordern, sondern auch im Inneren einzuhalten. Das macht es manchmal ein wenig unbeweglich und ist mitunter ermüdend, aber auf Dauer dürfte es der erfolgreichere, auch der stabilere Weg (gewesen) sein. Genug der Dithyramben...

Am Nachmittag des 11. Novembers saßen wir im Konferenzsaal von Memorial in einer größeren Runde von etwa 20 Personen. Es ging darum, wie Memorial mit Fällen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz umgeht und wie, ganz allgemein, ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld sichergestellt werden soll. Anlass für die schon vor der Pandemie begonnene Diskussion waren weniger Vorfälle bei Memorial selbst (auch wenn es, fast möchte ich schreiben: natürlich, kleinere Beschwerden gegeben hat), sondern der Fall *Andrej Jurow*, der vor einigen Jahren die russischen NGO-Welt erschütterte. Der

langjährige Vorsitzende einer sehr aktiven Menschenrechtsgruppe hatte zugegeben, oder besser: zugeben müssen, ihm untergebene Frauen in seiner Organisation sexuell bedrängt zu haben. Bei Memorial organisierte sich daraufhin eine vorwiegend aus jüngeren Mitarbeiter*innen bestehende Arbeitsgruppe, die ein Anti-Diskriminierungsstatut erarbeitete. Über die vergangenen zwei Jahre wurde es in unterschiedlichen Foren innerhalb von Memorial diskutiert und immer wieder überarbeitet. Die Runde am 11. November wollte noch einmal alle Punkte durchgehen, bevor das Statut an den Vorstand gehen sollte, um dort hoffentlich beschlossen zu werden.

Wir waren etwa bei der Hälfte des Statuts angekommen, als Jelena Schemkowa, die Geschäftsführerin von Memorial, die Diskussion mit den Worten unterbrach: »Wir haben einen Notfall!« Dann las sie eine just eingetroffene E-mail des russischen Obersten Gerichts vor. Die Generalstaatsanwaltschaft habe die Schließung (im russischen Original: »Liquidierung«) von *Memorial International (MI)* beantragt und die Verhandlung auf den 25. November angesetzt. Kurze Zeit später traf die Nachricht ein, dass vor dem Moskauer Stadtgericht schon am 23. November wegen der von der Moskauer Staatsanwaltschaft geforderten Schließung des *Menschenrechtszentrums Memorial (MRZ)* verhandelt werden solle. Allen Versammelten, darunter dem Vorstandsvorsitzenden des Dachverbands *Memorial International* Jan Ratschinskij, dem langjährigen Vorsitzenden des *Menschenrechtszentrums* und zahlreichen anderen Vorstands-

mitgliedern, war sofort klar, dass das ein Generalangriff ist und es nun buchstäblich um Leben und Tod geht.

Wie so oft, gab es wohl niemand im Raum, die oder der damit nicht gerechnet, ja so einen Angriff irgendwann für wahrscheinlich gehalten hatte. Und trotzdem war die Welt, nachdem es nun passiert war, plötzlich eine andere. Die Vorstellung, dies alles, Memorial, das Archiv, die Bibliothek, den (zumindest einigermaßen) geschützten Raum am Moskauer *Karetnyj Rjad* zu verlieren, wurde augenblicklich sehr konkret. Im selben Moment (das ist keine Übertreibung) begann aber auch die Vorbereitung der Verteidigung. So wenig irgendjemand der Versammelten sich darüber Illusionen machte, dass der russische Staat Memorial vernichten kann, wenn er oder besser seine Führung das ernsthaft will, so wenig durfte das ohne Kampf geschehen. Zum einen natürlich, weil eben niemand wirklich wissen kann, was *der oder die dort oben* wollen und was sie für ihr Wollen in Kauf zu nehmen bereit sind. Zum anderen aber selbstverständlich auch, weil es ohnehin ein ständiger Kampf ist, in Putins Russland als *Memorial* zu bestehen.

Entsprechend vorbereitet und entschlossen gingen die Vertreter*innen von Memorial gemeinsam mit ihren Anwält*innen in die beiden Gerichtsverhandlungen. Das Moskauer Stadtgericht vertagte am 23. November, nach ein paar eher lustlosen Scharmützeln, die Verhandlung gegen das MRZ sehr schnell um eine Woche. Wie es aussieht, wollte der Richter erst einmal schauen, was das Oberste Gericht macht. Die erste Verhandlung gegen *MI* am 25. November dauerte länger. Die im Gerichtssaal anwesenden Memorial-Mitarbeiter*innen hatten den Eindruck, dass die Vertreter*innen der Anklage (Generalstaatsanwaltschaft, Justizministerium und die für die Internetkontrolle zuständige Aufsichtsbehörde *Roskomnadsor*) ernsthaft darauf aus waren, die Schließung schnell über die Bühne zu bringen. Allerdings waren sie schlecht vorbereitet, einen (aus juristischer Sicht) noch schlechter erstellten Schließungsantrag zu rechtfertigen. Beides kann übrigens darauf hindeuten, dass die Schließung von Memorial längst von oben angeordnet ist, und das Gericht entsprechend instruiert. Warum also sich Mühe machen, wenn ohnehin alles vorentschieden ist?

Memorials Anwälte begannen, den Schließungsantrag auseinanderzunehmen. Das machte anscheinend Eindruck. Erst beim Gericht und dann auch bei den Anklagevertreter*innen. Es kam zu einer richtigen Gerichtsverhandlung, an deren Ende sich das Gericht auf den 14. Dezember vertagte. Das Moskauer Stadtgericht vertagte sich nach der zweiten Verhandlung gegen das MRZ auf den 16. Dezember. Beide Termine dürften nicht zufällig gewählt sein. Denn am 9. Dezember traf sich Wladimir Putin, wie jedes Jahr, um den Internationalen Tag der Menschenrechte mit dem Men-

schenrechtsrat beim Präsidenten. Dieses offizielle Beratungsgremium, dessen Vorsitzender Mitarbeiter der Präsidentenadministration mit Büro und Stab am Moskauer *Staraja Ploschtschad* ist, hatte sich in einer Erklärung, wenn auch ein wenig klausuliert-vorsichtig, gegen die Schließung von Memorial ausgesprochen (http://president-sovet.ru/presscenter/news/spch_obespokoensituatsiey_vokrug_memoriala/). Wie zu erwarten war, hat sich Putin aber nicht in die Karten schauen lassen. Er nannte Memorial eine »lange von vielen geachtete Organisation«, um dann aber praktisch die Argumente der Staatsanwaltschaften in ihren Schließungsanträgen zu referieren: Das MRZ leiste mit seiner Liste der politischen Gefangenen extremistischen und terroristischen Organisationen Vorschub und Memorial International halte sich nicht an das Agentengesetz.

Trotzdem könnte eine vorsichtig hoffnungsfrohe Lesart lauten: Offenbar hat die öffentliche Solidaritätskampagne zugunsten Memorials auch die Gerichte nicht unbeeindruckt gelassen. Immerhin verzeichnete Memorial auf seiner Website Anfang Dezember 92 Petitionen, Solidaritätserklärungen, offene Briefe und vieles mehr (<https://www.memo.ru/ru-ru/memorial/departments/intermemorial/news/627/>). Und offenbar war das Signal von oben, Memorial zu schließen, nicht ganz so klar und eindeutig, um die Gerichte nicht doch zu veranlassen, sich vor Vollzug lieber noch einmal rückzuver sichern. Die Anweisung, gegen Memorial vorzugehen, könnte auch nicht direkt aus dem Kreml gekommen, sondern eine konzertierte Aktion der drei beteiligten Behörden sein, von denen allen bekannt ist, keine sonderlichen Freunde von Memorial zu sein. Andererseits sind, soweit erkennbar, in auch nur einigermaßen einflussreichen Stellungen schon längst keine Freund*innen von Memorial mehr übriggeblieben.

Die weniger optimistische Lesart wäre dann, dass das alles Teil eines Theaterstücks namens *unabhängige russische Gerichte* ist. Dass auch das Treffen Putins mit dem Menschenrechtsrat zu diesem Spektakel gehört, und dass dann, als Finale, sowohl Memorial International als auch das Menschenrechtszentrum aufgelöst werden.

In der Wahrnehmung vieler Beteiligten (von Memorial ebenso wie von Beobachter*innen von außen) schien die Sache direkt nach den Schließungsanträgen vor einem Monat klar: Nun geht es Memorial an den Kragen. Nach den drei Gerichtsverhandlungen und dem Treffen Putin-Menschenrechtsrat hat sich die Stimmung ein ganz klein wenig aufgehellt. Zwar scheint das Schicksal der MRZ weiter besiegelt, aber für Memorial International könnte es eine kleine Chance geben. So ein Ausgang, MRZ zu, Memorial International gerade noch einmal davongekommen, wäre auch durchaus im Stile Putins. Allerdings im Stile Putins vor 2021. In diesem Jahr macht der Staat mit unabhängigen Organisationen (bisher) eher *Tabula rasa*.

Da wir das aber alles nicht wissen, sondern maximal Vermutungen anstellen können (wie gut informiert oder argumentiert die auch immer sein mögen), bleibt wenig mehr übrig, als sich so lange wie möglich an die letzten Strohhalme zu klammern. Memorial wird also zusammen mit seinen Anwälten weiter so tun, als handele es sich um ganz normale Gerichtsverhandlungen, wird auf Recht, Gesetz und einzuhaltende Verfahrensregeln verweisen und diesen Rechtsweg bis zum Schluss beschrei-

ten (wobei der Schluss, wie so oft in Russland, der *Euro-päische Gerichtshof für Menschenrechte* sein dürfen, vor dem Memorial zweifellos Recht bekommen wird, ohne davon, zumindest vorerst, mehr als moralische Genugtuung erhalten zu können). Und *wir alle* sollten versuchen, den öffentlichen Druck möglichst lange hochzuhalten (in der Hoffnung, dass hier von *Druck* zu sprechen kein Euphemismus ist), so laut zu schreien, wie wir können. Und weiter hoffen.

Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und hat sich seither bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, *Public Diplomacy* in und mit Russland zu fördern. Im Juli erschien sein neues Buch »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen«.

DOKUMENTATION

Fokus Memorial der Zeitschrift OSTEUROPA

Russlands Behörden wollen Memorial verbieten. Die Staatsanwaltschaft begründet dies damit, dass Memorial gegen das Gesetz über »ausländische Agenten« verstoßen habe. Das juristische Verfahren ist eine Farce. Tatsächlich geht es um eine politische Entscheidung. Der Angriff auf die älteste Menschenrechtsorganisation Russlands, die das wichtigste unabhängige Zentrum zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ist, zielt auf die Enthauptung der russischen Zivilgesellschaft. Memorial ist seit seiner Gründung mit der DGO verbunden. Führende Mitglieder wie Arsenij Roginskij, Irina Ščerbakova oder Nikita Petrov sind Autoren von Osteuropa. Wir dokumentieren den Fall und bieten Hintergründe zur Arbeit von Memorial.

Quelle: *Zeitschrift Osteuropa*, 2021, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/themenschwerpunkt/fokus-memorial/>

Warum Russland »Memorial« verbieten will

»Memorial aufzulösen ist das gleiche, wie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zu verbieten.«

Eine Diskussion mit Elena Zhemkova, Direktorin von Memorial International, Grigorij Ochotin, Mitglied des Rates des Menschenrechtszentrums von Memorial, Gründer von OVD-Info, Dr. Stefan Meister, Leiter des Programms Internationale Ordnung und Demokratie, DGAP

Moderation: Dr. Volker Weichsel, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa

Quelle: *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.*, 23.11.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=zLsLHjJ6J1c>

Kampagne gegen Memorial

Zur Zerstörung von Memorial setzt das Putin-Regime drei Mittel ein: *das Recht* in Form des diskreditierenden Gesetzes über »ausländische Agenten«; *Repression* in Gestalt von Schlägertrupps, die begleitet von TV-Kameraleuten Memorial-Veranstaltungen sprengen und von der Polizei unbehelligt bleiben, und schließlich *Propaganda* in den Staatsmedien. Deren Form und Stil sind in Deutschland unbekannt. Am 15.11.2021, vier Tage nach der Bekanntgabe des Antrags der Generalstaatsanwaltschaft, Memorial zu »liquidieren«, strahlte NTV in seiner Nachrichtensendung einen 3:33-Minuten langen Beitrag aus. Journalistische Mindeststandards wie das Wahrheitsgebot, Objektivität, Unschuldsvermutung kennen die Autoren nicht. Ihr Grundton ist zynisch, sie arbeiten mit Unterstellungen, Verdrehungen und etwa der Diffamierung, dass Menschenrechtler Terrorismus Vorschub leisteten. Wir dokumentieren dieses Muster der Perfidie mit deutschen Untertiteln.

Quelle: *NTV*, 15.11.2021, <https://drive.google.com/file/d/14GTkUoTU2O91Y3zh699vLvFf4DIUm4lq/view>

Memorial: »Der russische Staat nimmt uns in Geiselhaft«

Am 11.11. hat die russische Generalstaatsanwaltschaft beim Obersten Gericht die Auflösung von Memorial International beantragt. Gleichzeitig soll das Menschenrechtszentrum Memorial verboten werden. Im Podcast von Memorial Deutschland spricht die Memorial-Mitbegründerin Irina Ščerbakova über die politischen Hintergründe dieses Vorgehens. *Quelle: Podcast Memorial Deutschland, 20.11.2021, <https://www.podcast.de/episode/587650444/folge-14-der-russische-staat-nimmt-uns-in-geiselhaft>*

Antrag der Generalstaatsanwaltschaft der Russländischen Föderation auf Auflösung von Memorial International

Der vollständige Antrag in deutscher Übersetzung im Fokus Memorial der Zeitschrift OSTEUROPA: *Zeitschrift Osteuropa, 12.11.2021, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/antrag-der-moskauer-generalstaatsanwaltschaft-auf-aufloesung-von-memorial-international/>*

Staatsanwaltschaft Moskau fordert Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial

Die Staatsanwaltschaft Moskau hat beim Moskauer Stadtgericht die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial beantragt. Der Antrag stammt vom 8.11.2021, am heutigen 12.11.2021 ist der vollständige Antrag Memorial gestellt worden. Aus ihm geht hervor, dass das Menschenrechtszentrum Memorial nicht nur »die Mitteilung unterlässt, dass es in der Funktion eines ausländischen Agenten auftritt«, sondern dass in seinen Schriften auch Anzeichen der Rechtfertigung von Extremismus und Terrorismus vorlägen.

Kurze Zusammenfassung des Antrags im Fokus Memorial der Zeitschrift OSTEUROPA in deutscher Sprache: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/staatsanwaltschaft-moskau-fordert-aufloesung-des-menschenrechtszentrums-memorial/>

Memorial unter Druck

Irina Ščerbakovas Beitrag frei zugänglich auf der Webseite der Zeitschrift OSTEUROPA: *Ščerbakova, I. (2020): Memorial unter Druck. In: OSTEUROPA, 3-4, 2020, S. 215–228. https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/memorial-unter-druck/#_ftnref5*

Memorial und seine Geschichte

Evgenija Lezinas Beitrag frei zugänglich auf der Webseite der Zeitschrift OSTEUROPA: *Lezina, E. (2014): Memorial und seine Geschichte. In: OSTEUROPA, 11-12/2014, S. 165–176. <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2014/11-12/memorial-und-seine-geschichte/>*

Agentenjagd

Grigorij Ochotins Beitrag frei zugänglich auf der Webseite der Zeitschrift OSTEUROPA: *Ochotin, G. (2015): Agentenjagd. In: OSTEUROPA, 1-2/2015, S. 83–94. <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2015/1-2/agentenjagd/>*

Streiflichter

Leben und Lebenswerk des 2017 verstorbenen russischen Historikers und Memorial-Mitgründers Arsenij Roginskij sind Schwerpunkt des OE-Bandes »Streiflichter. Der Terror, die Wahrheit und das Recht«. Geleitet von der Erkenntnis, dass das historische Gedächtnis der Nation und die tägliche Verantwortung des einzelnen Bürgers unabdingbar zusammengehören, haben Roginskij und seine Mitstreiter Entscheidendes zur Aufarbeitung der Geschichte des Stalinismus und des staatlichen Terrors während der gesamten 70 Jahre der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion geleistet. Der Band dokumentiert zentrale Texte von Arsenij Roginskij aus verschiedenen Jahren.

Quelle: Zeitschrift OSTEUROPA, 11-12/2017. <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2017/11-12/>

»Die Demonstranten sind keine Kinder!«

Seit der Verhaftung von Aleksej Naval'nyj am 17. Januar 2021 gibt es in ganz Russland Proteste für seine Freilassung. Die Behörden reagieren mit Repressionen. Über zehntausend Menschen wurden verhaftet. Die Hintergründe der Verhaftungen sowie den Missbrauch des Rechts analysiert Grigorij Ochotin. Der Gründer von OVD-Info unterstreicht: Versammlungsfreiheit ist ein Menschenrecht.

Quelle: Ochotin, G. (2020): »Die Demonstranten sind keine Kinder!« – Russlands Unrechtsstaat und seine Gegner. In: OSTEUROPA, 12/2020, S. 35–40. <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/12/die-demonstranten-sind-keine-kinder/>

Der Memorialgründer Arsenij Roginskij, 30.12.2017

Historische Wahrheit und Menschenrechte

Der Historiker und Vorsitzende der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial ist am 18. Dezember 2017 nach langer, schwerer Krankheit verstorben.

Seit den 1970er Jahren hat sich Arsenij Roginskij wie kaum ein zweiter um die Aufklärung der stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion verdient gemacht. Geboren 1946 im Gebiet Archangelsk, wohin sein Vater verbannt worden war, studierte Roginskij 1962–1968 an der Universität in Tartu und veröffentlichte ab 1965 Studien zur Geschichte der russischen Befreiungsbewegung im 19. Jahrhundert. Von 1968 bis 1981 lebte er in Leningrad, arbeitete in der Sal'tikov-Ščedrin-Bibliothek, unterrichtete gleichzeitig Russisch und Literatur und widmete sich eigenen historischen Forschungen. Sein Interesse galt der frühen Sowjetgeschichte, insbesondere der Zerschlagung der Partei der Sozialrevolutionäre. Dem Gedanken einer unabhängigen historischen Forschung verpflichtet, gab er im Samizdat die historische Reihe »Pamjat'« (Gedächtnis) heraus. 1981 versuchten die sowjetischen Behörden, Roginskij in die Emigration zu drängen. Im gleichen Jahr wurde er zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt. 1988 gründete er gemeinsam mit dem Nobelpreisträger Andrej Sacharov und anderen die Gesellschaft Memorial, deren Vorsitzender er seit 1998 war. Roginskij und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben Grundlegendes zur Geschichte des Stalinismus und des Gulag geleistet. Sie haben Millionen Opfern ihre Namen und ihnen damit ein Minimum an menschlicher Würde zurückgegeben. Alleine die Konfrontation mit der historischen Wahrheit – dies war Roginskij's unerschütterlicher Glaube – würde es ermöglichen, dass sich in Russland mündige Bürger zu einer freien Gesellschaft zusammenschließen.

Arsenij Roginskij war für uns Autor, Projektpartner, Anreger und Freund. Mit seinem Tod verlieren wir einen inspirierenden Intellektuellen, dessen Gewissen so klar wie sein Herz groß war. Wir sind dankbar, dass wir mit ihm zusammenarbeiten konnten.

Berlin, 18.12.2017 Manfred Sapper, Volker Weichsel, Redaktion Osteuropa

Quelle: Zeitschrift OSTEUROPA, 2017, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/zum-tod-von-arsenij-roginskij/>

Stand der Dokumentation: 07. Dezember 2021

Ausgewählte Stellungnahmen zur drohenden Auflösung von Memorial International und des Menschenrechtszentrums Memorial und zur zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland

Erklärung von MEMORIAL Deutschland zur drohenden Auflösung von Memorial International

Die Nachricht vom 11. November, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft die Auflösung von Memorial International beantragt, ist ein Schock sowohl für die Zivilgesellschaft in Russland als auch für alle, die die jüngste Entwicklung in Russland aus dem Ausland verfolgen und umso mehr für die Memorial International angegliederten ausländischen Mitgliedsverbände.

Seit der Verabschiedung des »Agenten-Gesetzes« im Jahre 2012 und weiterer ergänzender Bestimmungen dazu leben fast alle NGOs in Russland unter dem Damoklesschwert einer erzwungenen Selbstauflösung oder eines Verbots. Nicht umsonst hat Memorial von Anfang an kategorisch darauf bestanden, dass dieses Gesetz nicht redigiert und korrigiert werden sollte, sondern aufgehoben werden muss.

Im Laufe der Jahre haben sich die schlimmsten Erwartungen bestätigt. Wie viele andere NGOs wurden auch Memorial International sowie einzelne Memorial-Verbände in Russland mit akribischen, zeitraubenden und schikanösen Überprüfungen überzogen, es häuften sich anonyme Anzeigen. Wegen fehlender Markierungen als »Agent« etwa auf Facebook-Posts oder auf Briefen musste Memorial in den letzten beiden Jahren immense Strafzahlungen leisten. Der Druck nahm aber auch in anderen Bereichen zu – beispielsweise in Form von orchestrierten Hetzkampagnen in den Medien oder von Überfällen auf Veranstaltungen insbesondere bei Filmvorführungen, um nur einige zu nennen.

Memorial existiert seit Ende der 80er Jahre. Andrej Sacharov, dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr auch in Russland begangen wurde, gehörte zu den Gründern. Das offenbar in den herrschenden Kreisen gewünschte und eingeleitete Verfahren, mit dem eine Auflösung erzwungen werden soll, ist politisch motiviert, eine Rechtsgrundlage gibt es dafür nicht einmal in der russischen Gesetzgebung. Ausschlaggebend sind die beiden wesentlichen Arbeitsbereiche, für die Memorial International steht – Aufklärung über die sowjetische Vergangenheit mit Schwerpunkt auf

der Geschichte politischer Repressionen sowie aktuell der Einsatz für Menschenrechte und die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen.

Und diese Tätigkeit, für die Memorial weltweit hochgeachtet wird und die gerade für Russland von enormer Bedeutung ist, soll unterbunden werden.

Noch ist es allerdings nicht zu spät – die Verhandlung (in erster Instanz) wurde für den 25. November anberaumt. Jetzt ist internationale, nicht nachlassende Solidarität gefordert – von Medien und Wissenschaft, insbesondere aber der Politik. Das Verbot von Memorial International wäre ein verhängnisvolles Signal, seine Auswirkung auf zivilgesellschaftliche Initiativen und generell die weitere Entwicklung in Russland ist kaum zu überschätzen und hätte auch gravierende internationale Folgen.

Wir appellieren an Öffentlichkeit und Politik, Position zu beziehen und klarzustellen, dass ein Verbot von Memorial kein internes Problem ist, sondern auch für die internationalen Beziehungen einen irreparablen Schaden bedeuten würde. Der Vorstand von MEMORIAL Deutschland e.V.

12. November 2021

Quelle: *MEMORIAL Deutschland e.V.*, 12. November 2021, <https://www.memorial.de/index.php/7949-erklaerung-von-memorial-deutschland-zur-drohenden-aufloesung-von-memorial-international>

Petersburger Dialog zur drohenden Auflösung von Memorial

Seit mehr als 30 Jahren leistet die von Andrej Sacharow gegründete und international vielfach ausgezeichnete Organisation eine beispielhafte Arbeit zur Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit und zum Schutz der Menschenrechte in Russland. Durch den kontinuierlichen Austausch im Rahmen einer intensiven und über Jahrzehnte gepflegten Zusammenarbeit mit deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen – auch im Rahmen des Petersburger Dialogs – hat sich Memorial nicht hoch genug einzuschätzende Verdienste um das Verständnis der Menschen in beiden Ländern füreinander erworben. Die Zusammenarbeit mit Memorial ist ein Herzstück deutsch-russischer zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit. Die Auflösung von Memorial wäre eine Zäsur auch in der deutsch-russischen Zusammenarbeit.

Deshalb beauftragt die Mitgliederversammlung den Vorstand des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite, umgehend Gespräche mit der russischen Seite aufzunehmen, um das drohende Verbot von Memorial International und vom Menschenrechtszentrum Memorial zu verhindern.

Quelle: *Petersburger Dialog*, 18. November 2021 <https://petersburger-dialog.de/kategorie/aktuelles/>

Gemeinsame Erklärung zur drohenden Auflösung von Memorial von Mitgliedern des Deutschen Bundestages der Regierungsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Mit größter Besorgnis nehmen wir das politisch motivierte Vorgehen gegen Memorial International und das Menschenrechtszentrum Memorial zur Kenntnis und protestieren entschieden gegen die drohende Zwangsauflösung der bekanntesten und international renommiertesten Menschenrechtsorganisation der Russischen Föderation.

Memorial steht seit Jahrzehnten für eine lebendige, humanistische Erinnerungskultur und ein aktives, bürgerschaftliches Engagement für die Menschenrechte. Bis heute leistet Memorial einen unschätzbaren Beitrag zur historischen Aufarbeitung, Rehabilitierung politisch Verfolgter und zu Unrecht Verurteilter sowie zur Achtung der Menschenrechte. Im besten Sinne setzt sich Memorial für gesellschaftlichen Austausch und die Verwirklichung der auch von der russischen Verfassung ausdrücklich genannten europäischen Werte wie Demokratie, Rechte und Freiheiten des Menschen und damit für ein geeintes, friedliches Europa ein. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter unserer Fraktionen im Deutschen Bundestag pflegen seit Jahrzehnten ein enges Verhältnis zu Memorial und wollen auch weiterhin die wichtige, zur Völkerverständigung beitragende Zusammenarbeit mit Memorial und mit allen demokratischen Vertreterinnen und Vertretern der russischen Zivilgesellschaft fortsetzen.

In Zeiten zunehmender Spannungen in Europa ist die Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften ein wichtiger Garant für Frieden und Verständigung. Wir nehmen daher mit Sorge zur Kenntnis, dass die Gesetzgebung der Russischen Föderation in Bezug auf die sogenannten »Ausländischen Agenten« auf die Stigmatisierung und Delegitimierung eben jener grenzüberschreitenden, gesellschaftlichen Zusammenarbeit abzielt. Wir unterstützen die Forderungen Memorials und weiter Teile der Zivilgesellschaft, dass diese Gesetze aufgehoben werden müssen.

Das Vorgehen gegen Memorial steht im Widerspruch zu den Prinzipien und Werten der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der Charta von Paris. Eine Auflösung von Memorial International wäre ein direkter Angriff auf das Vermächtnis des Friedensnobelpreisträgers Andrei Dmitrijewitsch Sacharow. Eine unabhängige, kritische und professionelle Aufarbeitung der Geschichte ist für die deutsch-russischen Beziehungen, gerade vor dem Hintergrund der von Deutschen gegen Menschen in der Sowjetunion begangenen Verbrechen, existenziell.

Berlin, 19. November 2021

Gabriela Heinrich,
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Nils Schmid,
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Agnieszka Brugger,
Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Omid Nouripour,
Außenpolitiker der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Alexander Graf Lambsdorff,
Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
Bijan Djir-Sarai,
Außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
Quelle: Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 22. November 2021 <https://www.gruene-bundestag.de/themen/menschenrechte/drohenden-aufloesung-von-memorial>

Für eine nachhaltige Demokratieförderung in der Östlichen Nachbarschaft und der Russischen Föderation

Hintergrund

Die Östliche Nachbarschaft der EU ist gezeichnet von einer zunehmenden Polarisierung zwischen den Staaten, die auf der Basis von EU-Assoziierungsabkommen demokratische Reformen durchführen, und den Diktaturen in Belarus und Aserbaidschan, die immer repressiver gegen ihre Zivilgesellschaften vorgehen. Die Führung der Russischen Föderation (RF) hat sich unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin zu einem strategischen Gegner der EU entwickelt, der Völkerrecht und internationale Vereinbarungen bricht und zugleich im Inneren jegliche unabhängigen Kräfte der Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Bildung verfolgt. Wie Russlands anhaltende militärische Aggression im Osten der Ukraine und der Schulterchluss mit dem Lukaschenka-Regime zeigen, bedroht die russische Regierung systematisch die Unabhängigkeit und Souveränität der Länder der Östlichen Nachbarschaft und versucht, eine 1991 verlorene Dominanz wiederherzustellen. Immer offensichtlicher werden auch die Versuche der russischen Regierung, die offenen Gesellschaften in der EU und anderer europäischer Länder zu destabilisieren, das Vertrauen in demokratische Institutionen und Wahlen zu schwächen und Antagonisten der demokratischen Gesellschaftsordnung in EU-Mitgliedsstaaten zu stärken.

Für die Zukunft Europas wird es daher von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingen wird, die 1991 begonnene Systemtransformation in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit neuen Impulsen zu stärken und die offene Gesellschaftsordnung der EU gegen externe und interne Bedrohungen zu verteidigen. Ob die direkte Nachbarschaft der EU von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit oder von illiberalen und korrupten Autokratien geprägt sein wird, wird entscheidend von der Stärke und den Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Zivilgesellschaft in den Staaten der Östlichen Nachbarschaft und der Russischen Föderation abhängen. Gerade in autoritären Staaten, wo Regime den eigenen Machterhalt über die Entwicklung des Landes stellen, sind zivile Akteure die wichtigste Hoffnung für gesellschaftlichen Wandel und Reformen. Demokratieförderung muss daher als ein strategischer und unabdingbarer Teil der deutschen Außenpolitik verstanden werden. Gefördert werden sollten jene Kräfte und Personen, die bereit sind, sich trotz hoher Risiken für die international verbrieften Grundrechte und eine Annäherung an das Wertemodell des gemeinsamen, demokratischen Hauses Europa einzusetzen.

Die Bundesrepublik hat ein elementares Eigeninteresse daran, dass zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort ebenso wie im erzwungenen Exil die Möglichkeiten und Instrumente erhalten, um langfristig eine demokratische politische Kultur aufzubauen, staatsbürgerliche Grundrechte und rechtsstaatliche Verfahren – auch und gerade unter den verschärften Bedingungen wachsender Repression – einzufordern. Für ihren Einsatz brauchen sie und ihre zahlreichen Kooperationspartner in der deutschen Zivilgesellschaft einen verlässlichen programmatischen und finanziellen Rahmen, der die nötige Flexibilität auch für die Arbeit im »shrinking space« bietet. Deutschland verfügt über ein dichtes Netz an bürgerschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten in der ÖP-Region und in Russland. Bei der dortigen demokratischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit bestehen hohe Erwartungen an die normative Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Politik. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden ist es dringend erforderlich, die bestehenden Förderprogramme und ihre haushälterischen Rahmenbedingungen zu aktualisieren und bestmögliche Lösungen für die neuen Herausforderungen im »shrinking space« zu finden.

I Allgemeine Empfehlungen

- Die zunehmenden politischen und gesetzlichen Einschränkungen der unabhängigen Zivilgesellschaft in einigen Staaten der Östlichen Partnerschaft und der Russischen Föderation erfordern eine Anpassung der deutschen Demokratieförderung für die Region. Förderinstrumente, Haushaltsrichtlinien und bestehende Programme müssen entbürokratisiert und auf ihre Effizienz und Umsetzbarkeit unter den erschwerten politischen Rahmenbedingungen geprüft werden.
- Wir empfehlen die Entwicklung einer interministeriell koordinierten und mit hinreichenden Ressourcen ausgestatteten Demokratie-Förderpolitik für die Staaten der Östlichen Partnerschaft und die Russische Föderation. Expertise aus der Zivilgesellschaft in Deutschland und der Zielregion sowie aus zur Emigration gezwungenen Initiativen sollte in die Weiterentwicklung der Demokratieförderungs-Programme der Bundesregierung einfließen und bei ihrer Ausgestaltung berücksichtigt werden (etwa in Form von Konsultationen über Schwerpunkte und Methodenauswahl).
- Die Demokratieförderung der Bundesregierung sollte in engem Austausch mit vergleichbaren Strukturen in anderen EU-Mitgliedsländern sowie auf EU- und US-Ebene erfolgen, um bestmögliche Synergien zu erzielen und unkoordiniertes Nebeneinander zu vermeiden. Best practice-Erfahrungen können übernommen werden.
- Zielgerichtete Demokratieförderung ist auf einen guten Abstimmungsprozess zwischen Zivilgesellschaft und Politik/Diplomatie angewiesen. Das erfordert einen kontinuierlichen Austausch zwischen Ministerien und zivilgesellschaftlichen Akteuren im eigenen Land wie mit den entsprechenden Partner/innen in den Zielländern. Die Botschaften der Bundesrepublik spielen eine wichtige Rolle, um solche Abstimmungsprozesse zu befördern.
- Wo sich zentrale Themen, Anliegen und Formate der Demokratieförderung nicht oder nicht hinreichend mit dem weiterentwickelten Förderprogramm ÖPR realisieren lassen, sollten zusätzliche, spezifische Förderprogramme entwickelt werden.
- Die Position des/der Beauftragten für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft der ÖP und RF kann eine Schlüsselrolle in der konfliktbeladenen politischen Auseinandersetzung mit der russischen Regierung spielen. Die Personalie sollte vom neuen Bundestag mit einer außen- und russlandpolitisch erfahrenen Politikerin besetzt werden, der oder die eine klare Haltung in menschenrechtlichen Fragen vertritt.
- Der Petersburger Dialog kann nur fortgeführt werden, solange von der russischen Seite keine Mitglieder und deren Organisationen als »unerwünscht« gebrandmarkt oder anderweitig in der freien Ausübung ihrer zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Rechte eingeschränkt werden. Es muss kritisch geprüft werden, inwieweit der Petersburger Dialog noch den Interessen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit dient oder nur noch eine Alibifunktion wahrnimmt. Die Geschäftsstelle des PD sollte von der Geschäftsstelle des Deutsch-Russischen Forums gelöst werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

II Konkrete Empfehlungen an bestehende und zukünftig einzurichtende Demokratieförderprogramme

- Institutionelle Förderung von Trägern vor Ort ist ein zentrales Instrument, um nachhaltige und wirksame Akteursstrukturen in den Zielregionen zu entwickeln. Da in der Zielregion in der Regel weder staatliche Förderung noch ausreichend lokale Philanthropie bereitstehen, sollte die nachhaltige Förderung von strategischen Partnern Teil der deutschen Demokratieförderung werden. Sie erspart den geförderten Akteuren aufwändiges Fundraising, stärkt die institutionelle und strukturelle Entwicklung vor Ort und trägt damit zu effizientem Mitteleinsatz und stabilen internationalen Partnerschaften bei.
- Die Antragstellung bei Demokratieförderprogrammen sollte laufend oder zumindest mehrmals im Jahr möglich sein, um dynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen folgen zu können. Jährliche Ausschreibungszyklen wie sie derzeit im Förderprogramm ÖPR praktiziert werden sind zu unflexibel, um angemessen auf gesellschaftliche Chancen oder auch Gefahren zu reagieren.
- Um staatlichem Druck zu entgehen, verzichten mehr und mehr Initiativen in der Region auf eine formale Registrierung und agieren als strukturierte Netzwerke. Gleichzeitig werden z. B. durch die repressive aktuelle russische NGO Gesetzgebung zunehmend auch bereits registrierte Organisationen gezwungen, ihre Tätigkeit in diesem Format einzustellen und ohne formale juristische Registrierung weiterzuarbeiten. Daher sollten auch nicht registrierte Organisationen und Einzelpersonen von Förderprogrammen berücksichtigt werden können.
- Die Mehrjährigkeit sollte bei vom AA geförderten Projekten die Norm sein, um Nachhaltigkeit und Effizienz zu schaffen. Demokratieförderung braucht einen langen Atem und Vertrauen, das in langsam sich entwickelnden Partnerschaften entsteht. Langfristige Förderung sollte nicht ein zu vermeidendes, sondern ein angestrebtes Kooperationsmodell sein. Sie sollte in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirkung hin überprüft werden.

- Eine bestehende Partnerschaft mit Trägern in Deutschland darf keine zwingende Voraussetzung für Förderung mit Bundesmitteln sein. Gerade junge Initiativen in den Zielländern, die auf aktuelle Entwicklungen reagieren, haben in der Regel noch keine internationalen Partnerschaften. Auch für sie müssen Angebote bereitgestellt werden.
- Intermediäre Strukturen mit Fördererfahrung in der Zielregion können mit der Programmdurchführung beauftragt werden, um Zielgruppen vor Ort besser zu erreichen – sie kennen die Bedingungen vor Ort am besten und können die Vernetzung vor Ort und das begleitende Management flexibler und vertrauensvoller abwickeln als Ministerien oder Bundesverwaltungen. Über intermediäre Strukturen können auch Kleinförderungen verwaltet werden, die mit geringen finanziellen Mitteln oft eine erhebliche Wirkung entfalten. Die EU hat unlängst mit den »Framework Partnership Agreements« ein vergleichbares Instrument eingeführt, um kleinteilige und regionale Förderung zu ermöglichen.
- Ergänzend zur Förderung in der Zielregion müssen auch cross-border-Aktivitäten und Diaspora Initiativen, die in die Zielregionen zurückwirken, gefördert werden, insbesondere von demokratischen Akteuren, die aufgrund ihrer Tätigkeit ins Exil gezwungen wurden. Derzeit arbeiten die maßgeblichen belarusischen Menschenrechtsorganisationen und unabhängigen Medien weitgehend aus dem Ausland – eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bereits für die Russische Föderation infolge der massenweisen Verdrängung kritischer NGOs und investigativer Redaktionen durch die Führung des Landes seit August 2021. Zentrale Herausforderungen sind eine liberale und unbürokratische Visavergabe ebenso wie die niedrigschwellige Bereitstellung von Stipendien für verfolgte Akteure.
- Die haushälterischen Richtlinien sollten weit größere Flexibilität ermöglichen, um auch in repressiven Systemen effektive Arbeit zu ermöglichen – hierzu verweisen wir auf die jüngste Initiative »Positionspapier Zuwendungsrecht« <https://openletter.earth/positionspapier-zuwendungsrecht-d3b61a6f/de>. Förderrichtlinien und Abrechnungsverfahren müssen stärker an die veränderten Bedingungen der Arbeit in autoritären Regimes angepasst werden.

Berlin, Oktober 2021

Dr. Gabriele Freitag, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Ralf Fücks, Zentrum Liberale Moderne gGmbH

Hanno Gundert, n-ost

Stefan Melle, Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Cornelius Ochmann, Stiftung Deutsch-Polnische Zusammenarbeit e.V.

Stefanie Schiffer, Europäischer Austausch gGmbH

Quelle: *Europäischer Austausch*, 26.10.2021 <https://www.european-exchange.org/en/news/newsreader/fuer-eine-nachhaltige-demokratiefoerderung-in-der-oestlichen-nachbarschaft-und-der-russischen-foederation-empfehlungen-zivilgese.html>

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 16. November – 03. Dezember 2021

16.11.2021	Die russische Regierung stellt 2,2 Milliarden Rubel (etwa 26,5 Millionen Euro) aus dem Reservefonds zur Förderung föderaler Kultureinrichtungen, die aufgrund der Coronaviruspandemie finanzielle Verluste erlitten haben, zur Verfügung. Das »Bolschoj Teatr« (dt. »Großes Theater«) und die »Eremitage« in Sankt Petersburg erhalten daraus jeweils 196 bzw. 197 Millionen Rubel (etwa 2,4 Millionen Euro).
16.11.2021	Russland hebt ab dem 01. Dezember 2021 für eine Reihe von Ländern die aufgrund der Coronaviruspandemie geltenden Beschränkungen für Linien- und Charterflüge auf. Dazu gehören unter anderem Mexiko, Katar, Kuba, Vietnam, Italien und Brasilien.
17.11.2021	In der Region Krasnojarsk wird eine Covid-19-Impfpflicht für Menschen über 60 Jahre sowie Justizvollzugsbeamte eingeführt. Ziel ist, bis zum 15. Januar 2022 mindestens 80 Prozent der Angehörigen dieser Gruppe vollständig impfen zu lassen.
17.11.2021	In Russland versterben innerhalb von 24 Stunden 1.247 Menschen an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung und damit so viele wie noch nie seit Beginn der Pandemie im März 2020.

17.11.2021	Das »Institut für Molekularbiologie W. A. Engelgardt der Russischen Akademie der Wissenschaften« hat ein Medikament gegen Covid-19 entwickelt, das auf monoklonalen Antikörpern basiert. Dies gab Alexandr Makarow, Direktor des Instituts, bekannt. Die klinischen Tests werden im Januar 2022 beginnen.
18.11.2021	In Russland versterben innerhalb von 24 Stunden 1.251 Menschen an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung und damit erneut so viele wie noch nie seit Beginn der Pandemie im März 2020.
19.11.2021	In Russland versterben innerhalb von 24 Stunden 1.254 Menschen an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung und damit zum dritten Mal in Folge so viele wie noch nie seit Beginn der Pandemie im März 2020.
19.11.2021	In der Region Chabarowsk wird eine Covid-19-Impfpflicht für Studierende eingeführt. Außerdem gilt ab sofort eine Impfpflicht für Flughafenpersonal sowie Angestellte von Fluggesellschaften und Mitarbeitende von See- und Binnenhäfen. 80 Prozent der betroffenen Bevölkerungsgruppen sollen bis zum 13. Januar 2022 vollständig geimpft sein. Eine Impfpflicht hatte zuvor nur für Arbeitnehmer:innen ab 60 Jahren sowie für Pendler:innen gegolten. Zurzeit liegt die Auslastung der Krankenhäuser in der Region bei 89 Prozent.
19.11.2021	Der Gouverneur der Oblast Kaliningrad, Anton Alichanow, ist erneut an Covid-19 erkrankt. Alichanow war bereits im Herbst 2020 an Covid-19 erkrankt und ist außerdem geimpft.
23.11.2021	Die Oblast Nishnij Nowgorod führt eine Covid-19-Impfpflicht für Personen über 60 Jahre ein. Auch im Föderationskreis Wolga, in Tatarstan, Baschkirien und in der Region Kirow gilt ab sofort eine Impfpflicht für diese Bevölkerungsgruppe. Begründet wird dieser Schritt mit der angespannten epidemiologischen Situation.
24.11.2021	Die Region Kamtschatka hebt die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens in Bezirken mit einer Impfquote von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung auf.
24.11.2021	Der Leiter des russischen Direktinvestment Fonds, Kirill Dmitrijew, gibt bekannt, dass im Jahr 2022 der in Russland entwickelte Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« als Nasenspray auf den Markt kommen wird. Außerdem gibt das russische Gesundheitsministerium die Zulassung des Impfstoffs »Sputnik M« (offiziell: »Gam-Covid-Vak M«) für Kinder im Alter zwischen 12 und 17 Jahren bekannt.
24.11.2021	In der Oblast Leningrad wird eine Covid-19-Impfpflicht für Menschen über 60 Jahre, Staatsbedienstete und Studierende eingeführt.
26.11.2021	In der Oblast Swerdlowsk wird eine Covid-19-Impfpflicht für Personen über 60 Jahren eingeführt. Bereits seit dem 01. Oktober 2021 gilt eine Impfpflicht für die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen.
29.11.2021	In der Oblast Primorje wird eine Covid-19-Impfpflicht für Personen über 60 Jahre eingeführt. Ziel ist, Angehörige dieser Gruppe bis zum 25. Januar 2022 vollständig gegen Covid-19 zu impfen. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass 23,5 Prozent der an Covid-19 erkrankten und 74 Prozent der verstorbenen Personen älter als 60 Jahre sind.
03.12.2021	Die russische Armee entsendet 36 medizinische Fachkräfte in die Oblast Pskow zur Unterstützung medizinischer Einrichtungen im Kampf gegen Covid-19.
03.12.2021	Die Sterblichkeit stieg in Russland im Oktober 2021 um 20,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an. Dies gibt die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa bekannt. Der Grund für den Anstieg sei die hohe Sterblichkeit im Zusammenhang mit Covid-19. Zwischen Januar und Oktober 2021 sei die Sterblichkeitsrate insgesamt um 19,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Die Covid-19-Chronik wird als Teil der klassischen Chronik mit Jahresbeginn 2022 fortgeführt und nicht mehr gesondert abgedruckt. Unsere Such- und Filterfunktionen der Webseite bieten die Möglichkeit innerhalb der Chronik mit den entsprechenden Stichworten »Corona« und »Covid« sowie einem Länder-Stichwort, sich alle Meldungen zu Covid-19 anzeigen zu lassen. Der Zeitraum im Suchverlauf kann eingegrenzt werden und die Stichworte »Corona« und »Covid« sind gleichgesetzt, sodass auch die Treffer zum jeweils anderen Stichwort erscheinen.

CHRONIK

15. November – 03. Dezember 2021

15.11.2021	Das Innenministerium fahndet nach dem Herausgeber des Medienprojektes »Mediazona«, Pjotr Wersilow. Wersilow war am 06. Juli 2020 angeklagt worden wegen des Besitzes einer zweiten Staatsangehörigkeit, die er den Behörden nicht vorschriftsmäßig mitgeteilt habe. Er bestreitet die Vorwürfe. Ende September 2021 waren Wersilow, der Chefredakteur von »Mediazona«, Sergej Smirnow, sowie das Medium selbst auf die Liste der sogenannten »ausländischen Agenten« gesetzt worden.
17.11.2021	Die international nicht anerkannte »Donezker Volksrepublik« in der Ostukraine plant die Ausfuhr von Produkten der Eisenmetallurgie, der Metallverarbeitung, des Maschinenbaus und von Baumaterialien in die Russische Föderation auf Grundlage eines Erlasses des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 15. November 2021. Der »Erlass über die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung bestimmter Gebiete in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk« erkennt insbesondere in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk gefertigte Erzeugnisse als russische Waren an. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba betonte, der Erlass verstoße gegen die Minsker Vereinbarungen.
18.11.2021	Gegen die Kulturministerin der russischen Teilrepublik Krim, Arina Nowoselskaja, wird wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in großem Umfang ermittelt. Dies teilt das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation mit. Sie soll im Jahr 2018 Bestechungsgelder in Höhe von 25 Millionen Rubel (damals etwa 325.000 Euro) bei der Vergabe von Bauaufträgen für ein staatliches Kindertheater in Simferopol angenommen haben. Nowoselskaja ist seit 2014 Kulturministerin auf der Krim.
18.11.2021	Der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der Friedensnobelpreisträger und Chefredakteur der unabhängigen russischen Zeitung »Nowaja Gaset«, Dmitrij Muratow, fordern die russische Generalstaatsanwaltschaft auf, den Antrag auf Auflösung der Menschenrechtsorganisation »Memorial« zurückzuziehen. Für den 25. November 2021 ist eine Anhörung am Obersten Gerichtshof zu diesem Antrag geplant. Nach Ansicht der Generalstaatsanwaltschaft hat »Memorial« wiederholt gegen die Auflagen verstoßen, die gegen die Organisation aufgrund ihres Status als sogenannter »ausländischer Agent« gelten.
22.11.2021	Die USA bringen ihre Sorge über russische Truppenkonzentrationen nahe der ukrainischen Grenze zum Ausdruck. Sie berufen sich dabei auf Berichte des ukrainischen Verteidigungsministeriums, wonach Russland mehr als 92.000 Soldaten nahe der ukrainischen Grenze konzentriert habe und einen Angriff Ende Januar oder Anfang Februar 2022 vorbereite. Die russische Regierung weist diese Informationen als »absolut falsch« zurück.
24.11.2021	Die Europäische Union fordert Russland auf, das Präsidialdekret über die humanitäre Unterstützung der Bevölkerung in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk vom 15. November 2021 zurückzunehmen. In der Erklärung heißt es, Russland werde aufgefordert, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die nur zu einer weiteren Verschlechterung der Lage in der Ostukraine führten. Laut EU ziele das Dekret auf eine weitere Abtrennung der vorübergehend nicht von Kiew kontrollierten Gebiete in der Ostukraine ab und verstoße gegen die Ziele der Minsker Vereinbarungen.
25.11.2021	In der Oblast Kemerowo kommt es zu einer schweren Explosion in etwa 250 Metern Tiefe im Bergwerk »Listwjashnaja«. 52 Menschen werden getötet, 60 Verletzte werden in Krankenhäusern behandelt. Der Gouverneur der Oblast, Sergej Ziwiljow, teilt mit, dass sich in der Grube noch 46 Menschen befänden, zu denen der Kontakt abgerissen sei. Die Bergungsarbeiten wurden am Nachmittag wegen Explosionsgefahr vorübergehend eingestellt, nachdem zu einer der Rettungsmannschaften der Kontakt abgebrochen war. Drei Retter konnten nur noch tot geborgen werden, drei weitere werden noch vermisst. Am Abend teilt das russische Ermittlungskomitee mit, dass der Direktor des Bergwerks, sein erster Stellvertreter sowie der Bauleiter im Rahmen des eingeleiteten Strafverfahrens festgenommen worden seien.
25.11.2021	Diplomatische Vertreter aus insgesamt 21 Ländern sind beim heute beginnenden Prozess im Fall der beantragten Auflösung der russischen Menschenrechtsorganisation »Memorial« anwesend. Dies teilt der Pressedienst des Gerichts mit. »Memorial« wird vorgeworfen, wiederholt gegen die Auflagen verstoßen zu haben, die für Organisationen gelten, die in Russland als sogenannte »ausländische Agenten« registriert sind. »Memorial International« steht seit 2016 auf der Liste.
26.11.2021	Im Bergwerk »Listwjashnaja« in der Oblast Kemerowo, in dem sich gestern ein Grubenunglück ereignet hat, werden die zuvor unterbrochenen Rettungsarbeiten fortgesetzt. Rettungskräften gelingt es, ein Mitglied der vermissten Rettungsmannschaft lebend zu bergen.
26.11.2021	Das Presnenskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt den unabhängigen Radiosender »Echo Moskwy« zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 160.000 Rubel (etwa 1.900 Euro) wegen Verstößen gegen Auflagen, die aus der Registrierung des Mediums als sogenannter »ausländischer Agent« resultieren. Das Gericht befindet »Echo Moskwy« für schuldig, mehrere seiner Beiträge nicht mit dem vorgesehenen Label gekennzeichnet zu haben.

03.12.2021	Boris Dobredejew, CEO des russischen Internetunternehmens »Vkontakte« tritt von seinem Posten zurück. Gleichzeitig teilt die Holdinggesellschaft »USM«, die dem russischen Milliardär Alischer Usmanow gehört, mit, dass sie 45 Prozent ihrer Beteiligung an »MF Technologies« an das Versicherungsunternehmen »Sogaz« verkauft hat. »MF Technologies« hält 57,3 Prozent der Stimmrechte an »Vkontakte«. Mit dem Verkauf sind nun »Sogaz« und die »Gazprombank« zu jeweils 45 Prozent an »Vkontakte« beteiligt. Die restlichen 10 Prozent sind Eigentum von »Rostec«, eines Staatsunternehmens zur Herstellung von industriellen High-Tech-Erzeugnissen. »Sogaz« wurde vom russischen Erdgasproduzenten »Gazprom« gegründet. Größter Anteilseigner ist Jurij Kowaltschuk, ein Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Als neuer CEO von »Vkontakte« wird Wladimir Kirijenko, Sohn des stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration, Sergej Kirijenko, ernannt.
------------	---

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Florian Kübler
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>